**103**

**Wirtschaftsprognose**

**Economic Forecast**

**Juli 2018**

# Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2022

## Wachstumskurs durch Strukturreformen stützen

**SPERRFRIST: Mittwoch, 18. Juli 2018, 10:00 Uhr**

INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

103

Wirtschaftsprognose

Economic Forecast

Juli 2018

# Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2022

## Wachstumskurs durch Strukturreformen stützen

Die Modellprognosen werden von der
Arbeitsgruppe Prognose erstellt:

Benjamin Bittschi
Ines Fortin
Daniela Grozea-Helmenstein
Jaroslava Hlouskova
Helmut Hofer
Sebastian Koch
Martin G. Kocher
Robert M. Kunst
Michael Reiter
Edith Skriner
Klaus Weyerstraß

Ökonometrisches Forschungsprogramm
des Instituts für Höhere Studien

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

**Kontakt:**

**Martin G. Kocher**
☎: +43/1/599 91-125
email: direktion@ihs.ac.at

**Helmut Hofer**
☎: +43/1/599 91-251
email: hofer@ihs.ac.at

**Klaus Weyerstraß**
☎: +43/1/599 91-233
email: klaus.weyerstrass@ihs.ac.at

**Paul Glück**
Public Relations
☎: +43 660 150 5001
email: glueck@paulglueck.com

---

Das Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS) forscht im Interesse der Öffentlichkeit zu wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fragen. Im Mittelpunkt stehen wirtschaftliche Dynamik, Strukturwandel und Nachhaltigkeit, Wohlfahrtsstaat, öffentliche Finanzen und europäische Integration. Das IHS ist insbesondere für seine vierteljährliche Konjunkturprognose bekannt, arbeitet aber auch zu anderen wirtschafts- und sozialpolitisch relevanten Themen, wie Gesundheit, Bildung, und Arbeitsmarkt.

Gegründet wurde das IHS auf Initiative der beiden Exil-Österreicher Paul F. Lazarsfeld und Oskar Morgenstern mit Mitteln der Ford Foundation. Heute erfolgt die Finanzierung über Subventionen des Bundesministeriums für Finanzen (BMF), der Österreichischen Nationalbank (OeNB) und sonstiger Institutionen. Über 50 % des Institutsbudgets wird durch Auftragsforschung erwirtschaftet. Zurzeit sind ca. 150 MitarbeiterInnen und Studierende am Institut beschäftigt. Die WissenschaftlerInnen arbeiten fächerübergreifend und lösungsorientiert in Forschungsgruppen zusammen.

# Inhalt


**1. EINLEITUNG UND ZUSAMMENFASSUNG 1**

Texttabelle: Wichtige Prognoseergebnisse ..... 5

Abbildungen: Wichtige Prognoseergebnisse ..... 6/7/8

**2. DAS PRODUKTIONSPOTENZIAL DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT 9**

Abbildung: Produktionspotenzial und seine Determinanten ..... 10

Abbildung: Produktionslücke ..... 10

**3. DIE INTERNATIONALE KONJUNKTUR 11**

Texttabelle: Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum ..... 12

Texttabelle: Internationale Rahmenbedingungen ..... 21

**4. DIE ÖSTERREICHISCHE AUSSENWIRTSCHAFT 22**

**5. PERSPEKTIVEN DER INLANDSKONJUNKTUR 24**

Abbildung: Sparquote der privaten Haushalte ..... 24

Abbildung: Lohneinkommensquote und Haushaltssparquote ..... 25

Abbildung: Privater Konsum und Investitionen ..... 26

Abbildung: Inflation in Österreich und im Euroraum ..... 30

Abbildung: Struktur des Inflationsdifferenzials zum Euroraum ..... 31

**6. MONETÄRE PROGNOSE 34**

Texttabelle: Leitzinsen ..... 34

Abbildung: Renditeabstände zehnjähriger Staatsanleihen ..... 36

Texttabelle: Zinsen und Renditen ..... 36

**7. EINE ANALYSE DES MEHRJÄHRIGEN FINANZRAHMENS DER EU 37**

**TABELLENANHANG 45**

# Wachstumskurs durch Strukturreformen stützen

**Gegenwärtig befindet sich die österreichische Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase. Im kommenden Jahr dürfte sich die heimische Konjunktur etwas abkühlen und die Wirtschaft auf einen soliden Wachstumspfad einschwenken. Im Zeitraum 2018 bis 2022 sollte das reale Bruttoinlandsprodukt um durchschnittlich 1.9 % pro Jahr zulegen, nach 1.3 % in den vergangenen fünf Jahren. Die heimische Wirtschaft würde damit etwas rascher wachsen als die im Euroraum (1.7 %). Die Exportnachfrage und der solide private Konsum stützen die Konjunktur. Die Inflationsrate dürfte durchschnittlich 2.0 % betragen. Aufgrund der guten Konjunktur sollte sich die Arbeitsmarktlage weiter verbessern. Mit 7.4 % am Ende des Prognosezeitraums bleibt die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition aber auf einem historisch hohen Niveau. Die Konjunktur und die niedrigen Zinsen ermöglichen wohl einen positiven Saldo des öffentlichen Haushalts. Diese günstigen Rahmenbedingungen sollten für notwendige Strukturreformen im öffentlichen Sektor genutzt werden.**

## 1. Einleitung und Zusammenfassung

Seit Jahresbeginn 2017 befindet sich die österreichische Wirtschaft in einer Hochkonjunkturphase. Der Aufschwung sollte sich auch in den kommenden Jahren fortsetzen, allerdings mit merklich geringerem Tempo. Das Institut erwartet für den Zeitraum 2018 bis 2022 ein Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts von durchschnittlich 1.9 % pro Jahr. Diese mittelfristige Vorausschau übernimmt traditionell die Werte der kurzfristigen Prognose vom Juni für die ersten beiden Jahre und erweitert den Prognosehorizont um drei Jahre. Nach 2.9 % und 1.7 % in den Jahren 2018 und 2019 sollte die Wachstumsrate im restlichen Prognosezeitraum durchschnittlich 1.7 % ausmachen. Mit 1.9 % fällt das erwartete mittelfristige Wirtschaftswachstum um gut ½ Prozentpunkt höher aus als im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre und etwas kräftiger als im Euroraum (1.7 %).

Als Teil der mittelfristigen Prognose ermittelt das Institut das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft, also die Wirtschaftsleistung bei Normalauslastung der Kapazitäten. Im Zuge des Konjunkturaufschwungs hat sich das Wachstum des Produktionspotenzials deutlich beschleunigt. Es dürfte im Jahr 2017 um 1.7 % gestiegen sein, nach 1.6 % im Jahr 2016 und nur 1.0 % im Jahr 2015. Im Prognosezeitraum dürften die Produktionsmöglichkeiten um 1.9 % pro Jahr zunehmen. Dazu tragen das Arbeitsvolumen, die Nutzung des Kapitalstocks und der technische Fortschritt etwa im gleichen Ausmaß bei. Die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten dürften im Jahr 2017 noch um 0.3 % unterausgelastet gewesen sein. Mit dem kräftigen Aufschwung ist für 2018 und 2019 eine Überauslastung von ¾ % zu erwarten. Ab 2020 dürfte das Bruttoinlandsprodukt laut Prognose mit geringeren Raten als das Produktionspotenzial steigen. Im Jahr 2022 sollte die Produktionslücke geschlossen sein.

Der Prognose liegt die Erwartung einer weiterhin soliden Expansion der Weltwirtschaft zugrunde. Gestützt von der Unternehmenssteuerreform sollte die US-Wirtschaft im Prognosezeitraum ein durchschnittliches Wachstum von knapp über 2 % erzielen. Im Euroraum sollte sich der Wirtschaftsaufschwung mit einem durchschnittlichen Wachstum von 1 ¾ % fortsetzen. In den OECD-Ländern dürfte die Wirtschaft im Durchschnitt um 2 % zulegen. In den Schwellenländern

bleibt das mittelfristige Wachstum voraussichtlich moderat. Mit gut 6 % dürfte der Produktionsanstieg in China um einen Prozentpunkt geringer als in den vergangenen fünf Jahren ausfallen. Die Weltwirtschaft sollte somit um durchschnittlich 3 ½ % pro Jahr zulegen.

Im Prognosezeitraum dürfte der private Konsum in Österreich mit einem durchschnittlichen Wachstum von knapp 1 ½ % eine wesentliche Konjunkturstütze darstellen. Die weiterhin zunehmende Beschäftigung, Lohnzuwächse im Ausmaß der Produktivitätssteigerung, leicht anziehende Kapitaleinkommen sowie eine stabile Preisentwicklung treiben die Realeinkommen und tragen die Konsumentwicklung. Mit 7 % erreicht die Sparquote am Ende des Prognosezeitraums wieder das Niveau der Jahre vor der Steuerreform 2016.

Seit 2016 expandieren die Bruttoanlageinvestitionen sehr kräftig, insbesondere die Ausrüstungsinvestitionen verzeichnen einen Boom. Die ausgezeichnete Konjunktur, eine hohe Kapazitätsauslastung, die günstigen Finanzierungsbedingungen und zu Beginn wohl auch der Bedarf an Ersatzinvestitionen trieben diese Entwicklung. In den kommenden Jahren sollte sich die Konjunkturdynamik etwas abschwächen; die anderen Einflussfaktoren für die Investitionsentscheidungen werden aber wohl günstig bleiben. Insgesamt sollte sich die Investitionsdynamik daher merklich verlangsamen, insbesondere bei den Ausrüstungen, aber doch solide bleiben. Somit erwartet das Institut ein durchschnittliches Wachstum der Anlageinvestitionen von 2 ¼ % pro Jahr. Die Ausrüstungsinvestitionen dürften dabei um 2 ½ % pro Jahr zulegen. Mit einer durchschnittlichen Wachstumsrate von 1 ¾ % expandieren die Bauinvestitionen merklich stärker als in den vergangenen fünf Jahren. Hierbei sollten auch die aufgrund des Zuzugs erhöhte Wohnbaunachfrage und die verbesserte Budgetsituation der öffentlichen Haushalte unterstützend wirken.

Nach einer längeren Schwächephase hat sich seit dem Jahr 2016 der Welthandel wieder belebt, die Handelsintensität bezogen auf das globale Wachstum hat jedoch nicht mehr die Werte von vor der Wirtschaftskrise erreicht. Vor dem Hintergrund des robusten Wachstums der globalen Wirtschaft wird für den Welthandel eine durchschnittliche Ausweitung um 3 ¾ % pro Jahr erwartet. Dabei wird unterstellt, dass es zu keiner weiteren Eskalation des Handelskonflikts kommt. Im Einklang mit der Dynamik der Exportmärkte werden die heimischen Exporte laut Prognose um durchschnittlich 3 ¾ % expandieren, wobei die Warenexporte mit gut 4 % etwas schneller wachsen. Die im Vergleich mit den vergangenen fünf Jahren etwas höhere Exportdynamik und die stabile Binnennachfrage implizieren ein durchschnittliches Wachstum der Gesamtimporte von knapp 3 ½ %, nach gut 3 % in den letzten fünf Jahren. Von der Außenwirtschaft geht somit im Prognosezeitraum ein positiver Wachstumsbeitrag (0.4 Prozentpunkte pro Jahr) aus.

Für die Jahre 2018 bis 2022 erwartet das Institut eine durchschnittliche Inflationsrate von 2.0 %. Im Vergleich mit den vergangenen fünf Jahren sollte sich damit der Preisauftrieb etwas verstärken, was primär auf die verbesserte Konjunktursituation und den stärkeren internationalen Preisauftrieb zurückgeht. Dabei wird unterstellt, dass von den internationalen Rohstoff- und Energiepreisen sowie den Lohnstückkosten nur moderate Impulse ausgehen. Dies impliziert, dass im Jahr 2022 die heimische Inflationsrate jener im Euroraum entspricht.

Die Hochkonjunktur hat zu einer Verbesserung der Arbeitsmarktlage geführt. Die Beschäftigung nimmt kräftig zu und seit dem Vorjahr sinkt auch die Arbeitslosenzahl. Mit der Eintrübung der Konjunktur im Laufe des Prognosezeitraums wird das Beschäftigungswachstum zwar etwas an Tempo verlieren, mit einer durchschnittlichen Zunahme um 1 ¼ % sollte die Beschäftigungs-

nachfrage aber kräftig bleiben. Das Wachstum des Arbeitskräfteangebots dürfte sich aus demografischen Gründen verlangsamen. Ausgehend von 8.5 % im Vorjahr sollte die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 7.4 % zurückgehen. Laut Eurostat-Definition dürfte die Arbeitslosenquote 5.0 % betragen. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die auf eine Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitslosen abzielen, sowie eine weitere Verringerung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit wären geeignete Maßnahmen, um die strukturelle Arbeitslosigkeit zu senken.

Das ausgezeichnete konjunkturelle Umfeld sowie die niedrigen Finanzierungskosten lassen erwarten, dass die öffentlichen Haushalte im Prognosezeitraum Überschüsse erwirtschaften können. Laut Einschätzung des Instituts dürfte der Maastricht-Saldo des Gesamtstaates bis zum Jahr 2020 annährend ausgeglichen sein, in den Jahren 2021 und 2022 könnten leichte Überschüsse von 0.3 % bzw. 0.4 % des BIP erzielt werden. Das Institut begrüßt eine Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung. Die Senkung der Lohnnebenkosten ist hierbei positiv zu erwähnen. Ansatzpunkte für weitere Reformschritte stellen die Entlastung mittlerer Einkommen, Maßnahmen im Bereich der Unternehmenssteuern sowie eine weitere Senkung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit dar. Diese Maßnahmen müssen aber gegenfinanziert werden, da die hohe Staatsverschuldung zurückgeführt werden sollte und insbesondere die Kosten der Alterung der Bevölkerung die öffentlichen Budgets mittelfristig merklich belasten werden. Gegenwärtig wäre der richtige Zeitpunkt, um Strukturreformen anzugehen, etwa in den Bereichen Pensionen, Finanzausgleich und Gesundheit. Durch diese Reformen sollten die vorhandenen Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich gehoben werden. So könnten etwa durch eine anreizkompatiblere Verteilung der Kompetenzen und eine Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten im Rahmen der Reform des Finanzausgleichs die Transparenz erhöht und die Weichen für eine effizientere öffentliche Verwaltung gestellt werden. Maßnahmen zur Reduktion der Verwaltungskosten im Sozialversicherungsbereich sind zwar positiv zu beurteilen, lösen aber nicht die Kompetenzprobleme bei der Gesundheitsfinanzierung („Finanzierung aus einer Hand“). Im Hinblick auf die Budgetstruktur wäre eine stärkere Priorisierung zukunftsorientierter öffentlicher Ausgaben erforderlich (etwa in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung). Die Mittel müssen aber auf jeden Fall effizient eingesetzt werden. So sind etwa Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz der eingesetzten Mittel insbesondere im Bildungswesen angezeigt. Österreich kann seine Rolle als Hochlohnstandort mittelfristig nur beibehalten, wenn Innovationen und der Aufbau von Humankapital gefördert werden.

Im Vergleich zur mittelfristigen Prognose vom Juli 2017 haben die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur merklich zugenommen. Das zentrale Risiko stellt gegenwärtig eine Eskalation des Handelskonflikts dar. Die US-Regierung ist auf einen protektionistischen Kurs eingeschwenkt und hat Zölle auf Stahl und Aluminium verhängt. Zusätzlich erwägt die US-Regierung Einfuhrzölle auf Kraftfahrzeuge. Die EU und China haben daraufhin ihrerseits Straffzölle auf ausgewählte amerikanische Produkte verhängt. Eine weitere Ausweitung der Handelsbeschränkungen würde den Welthandel merklich belasten. Neben den negativen Folgen für die Weltkonjunktur könnte aufgrund einer verringerten Investitionstätigkeit und eines damit einhergehenden langsameren Wachstums der totalen Faktorproduktivität auch das Produktionspotenzial der Weltwirtschaft mittelfristig leiden. Ein weiteres Prognoserisiko stellen die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU dar. Ein starker Einbruch der britischen Wirtschaft oder deutlich verringerte

Handelsbeziehungen aufgrund eines „harten“ Brexit würden wohl auf die Wirtschaftsleistung im restlichen Europa drücken. Risiken gehen auch vom Tempo der Normalisierung der Geldpolitik aus. Der notwendige Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte Anspannungen auf den Finanzmärkten auslösen, insbesondere in den Schwellenländern. Eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte könnte zu einer deutlichen Erhöhung der Energiepreise führen. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass insbesondere die US-Konjunktur merklich nachlassen könnte. Die demografische Entwicklung und der Fachkräftemangel sprechen gegen eine weitere Konjunkturbeschleunigung in Deutschland. Andererseits könnte eine Lösung des Handelskonflikts die Wirtschaftsstimmung wieder verbessern und die Weltkonjunktur weiter antreiben. Davon würde auch die österreichische Wirtschaft profitieren, und die gegenwärtige Hochkonjunkturphase könnte in eine Verlängerung gehen.

In einem Sonderkapitel der Prognose wird der mehrjährige Finanzrahmen (MFR) der Europäischen Union behandelt. Dieses Thema verdient aus der Sicht des Instituts in der gegenwärtigen Situation aus verschiedenen Gründen eine vertiefende Analyse. Zunächst ist dies darin begründet, dass in der zweiten Jahreshälfte 2018 die EU-Ratspräsidentschaft durch die österreichische Bundesregierung übernommen wurde. Dieser obliegt es somit, das Themenfeld der EU-Finanzierung voranzutreiben. Des Weiteren fällt durch den Brexit ein großer Nettozahler in das EU-Budget weg, was zu einer Budgetlücke und der Möglichkeit grundsätzlicher Umgestaltungen im EU-Budget führt. Der neue MFR ist wesentlich dafür, festzulegen, wie die Struktur der EU-Finanzierung für den Zeitraum 2021 bis 2027 aussehen wird. Eng mit dieser Finanzierungsstruktur sind auch die Aufgaben verknüpft, welche die EU in diesem Zeitraum erbringen kann. Die starke Fixierung auf Nettozahlerpositionen in den Budgetverhandlungen verhindert allerdings einen rationalen Diskurs über eine effiziente Aufgabenzuweisung an die EU. Die Folge ist daher eine deutliche Diskrepanz zwischen den in der Realität an die EU delegierten Aufgaben und solchen, welche diese optimalerweise erfüllen sollte. Beispielsweise übernimmt die EU viele Aufgaben, die dem Subsidiaritätsprinzip zuwiderlaufen und nur geringen europäischen Mehrwert schaffen. Besonders deutlich wird dies an der Gemeinsamen Agrarpolitik, dem größten Budgetposten im EU-Haushalt, für dessen Übertragung auf die europäische Ebene es wenig evidenzbasierte Argumente gibt. Im Gegenzug ist die Mittelzuweisung für Programme mit klarem europäischem Mehrwert (z.B. Asyl- und Flüchtlingspolitik, Verteidigungspolitik) gering.

# Wichtige Prognoseergebnisse

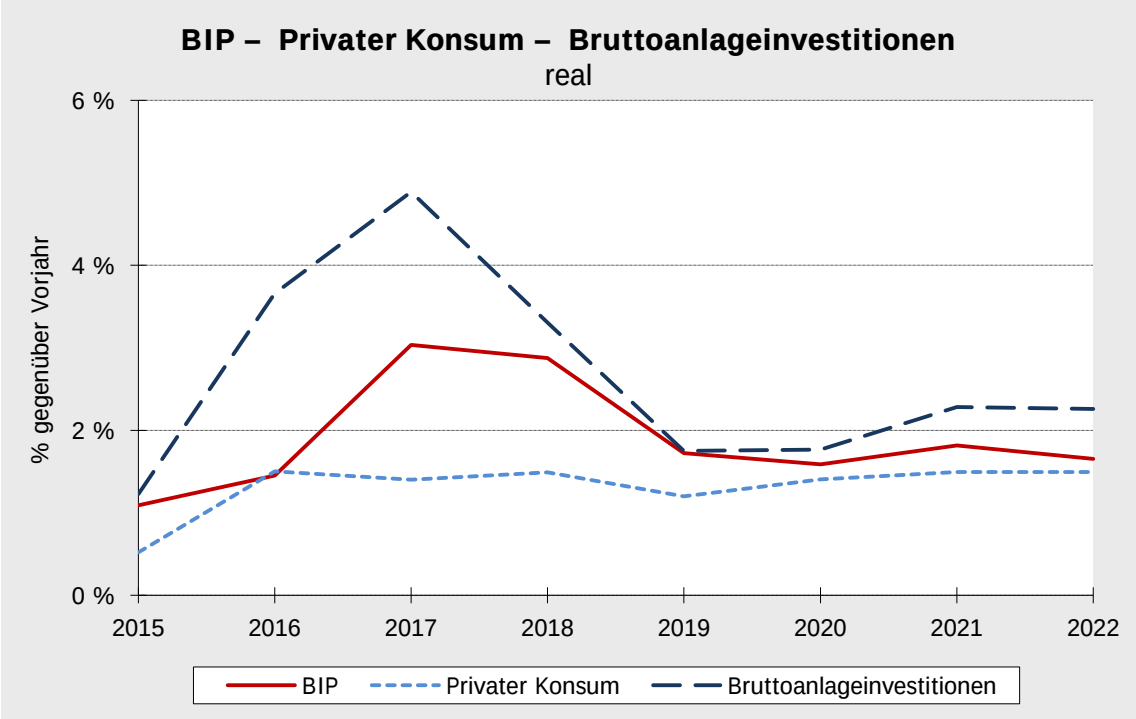
## Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

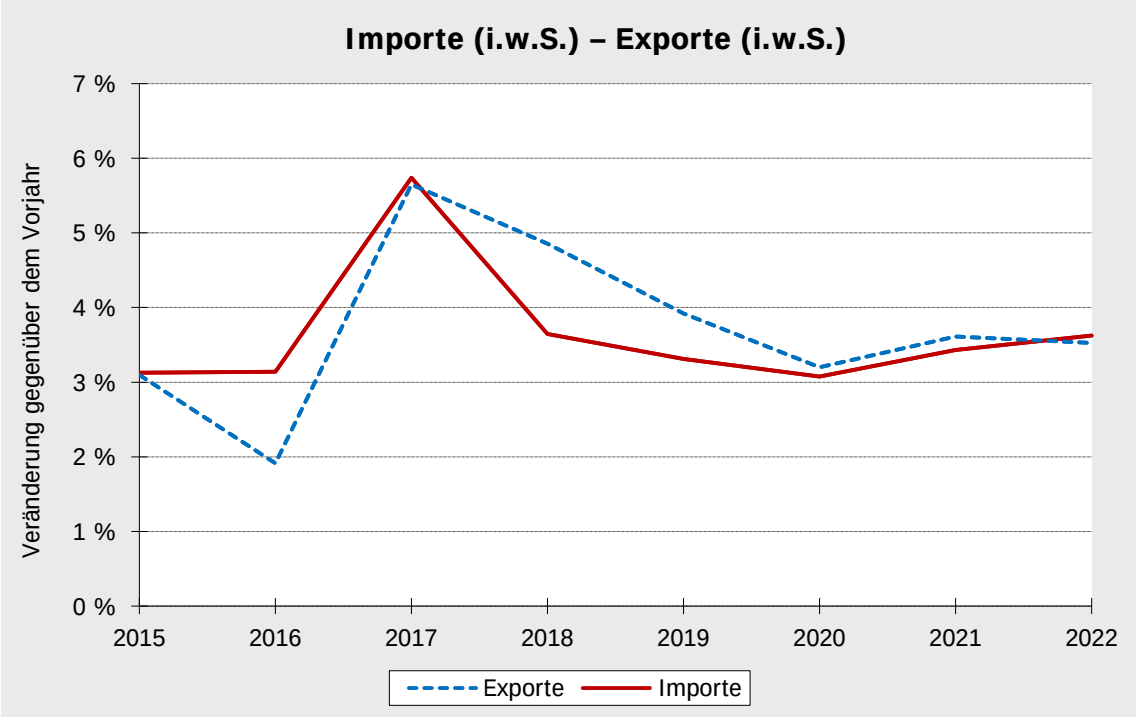
| | 2008-2012 | 2013-2017 | 2018-2022 |
|---|---|---|---|
| Bruttoinlandsprodukt, real | 0.6 | 1.3 | 1.9 |
| Privater Konsum, real | 0.9 | 0.7 | 1.4 |
| Bruttoinvestitionen insgesamt, real | -0.8 | 2.4 | 2.5 |
| Bruttoanlageinvestitionen, real | -0.2 | 2.1 | 2.3 |
| Ausrüstungsinvestitionen, real | 1.0 | 3.4 | 2.6 |
| Bauinvestitionen, real | -1.6 | 0.6 | 1.8 |
| Inlandsnachfrage, real | 0.6 | 1.4 | 1.6 |
| Exporte i.w.S., real | 1.2 | 2.8 | 3.8 |
| Waren, real (laut VGR) | 1.3 | 2.5 | 4.1 |
| Reiseverkehr, real (laut VGR) | 0.1 | 2.1 | 1.4 |
| Importe i.w.S., real | 1.3 | 3.1 | 3.4 |
| Waren, real (laut VGR) | 1.4 | 2.4 | 3.4 |
| Reiseverkehr, real (laut VGR) | -1.6 | 2.1 | 1.1 |
| Unselbständig Aktiv-Beschäftigte | 1.0 | 1.2 | 1.3 |
| Arbeitslosenquote: Nationale Definition*) | 6.8 | 8.5 | 7.5 |
| Arbeitslosenquote: Eurostat-Definition*) | 4.7 | 5.6 | 5.0 |
| Bruttolohnsumme pro Aktiv-Beschäftigten | 2.2 | 2.0 | 2.5 |
| Preisindex des BIP | 1.7 | 1.7 | 1.8 |
| Verbraucherpreisindex | 2.2 | 1.5 | 2.0 |
| Budgetsaldo Maastricht in % des BIP*) | -3.2 | -1.6 | 0.2 |
| 3-Monats-Euribor*) | 1.7 | -0.0 | 0.3 |
| 10-Jahres-Rendite öst. Staatsanleihen*) | 3.4 | 1.0 | 1.4 |

Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnungen

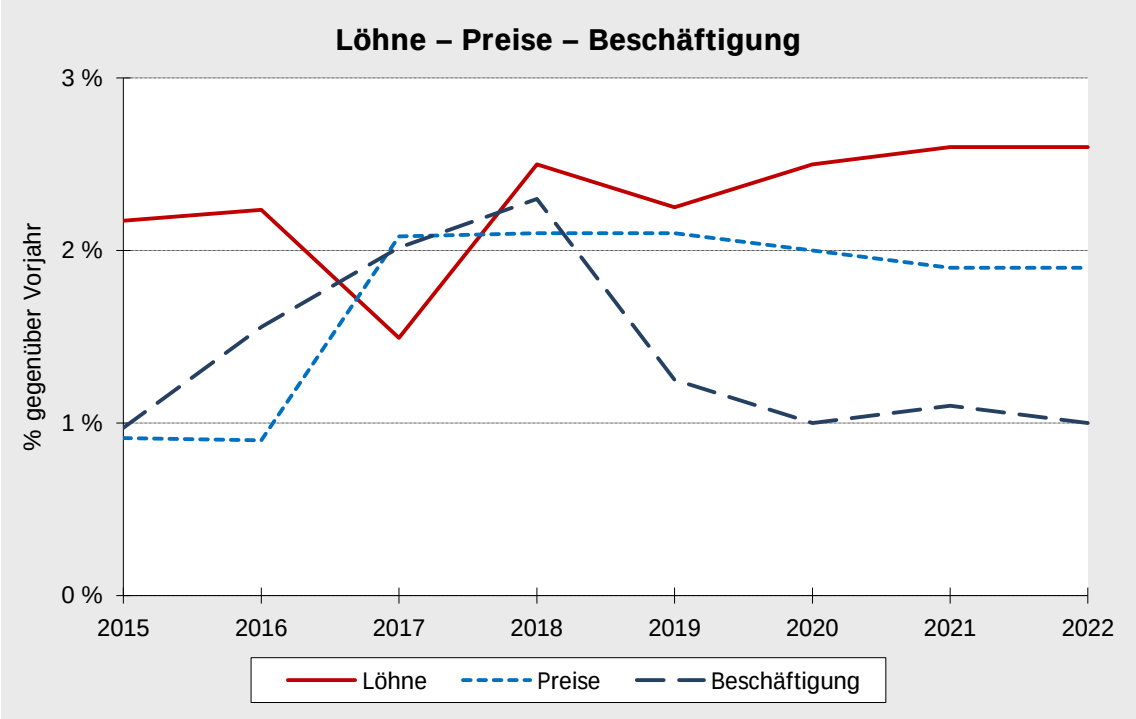
*) absolute Werte

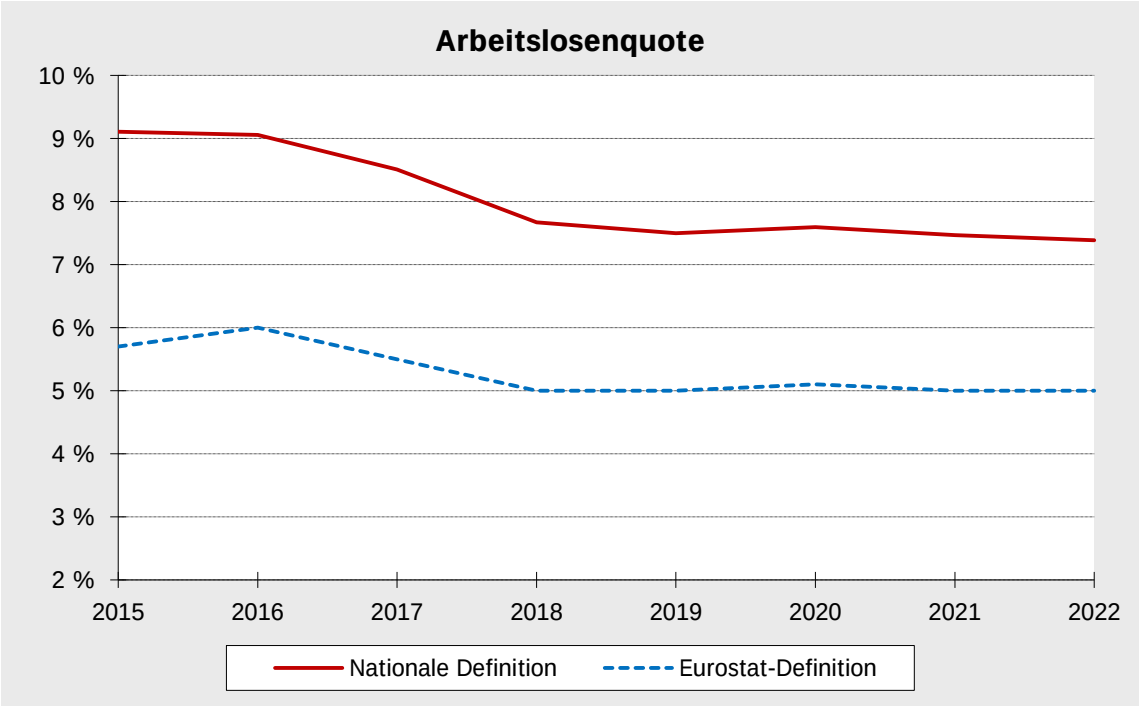
## WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 1



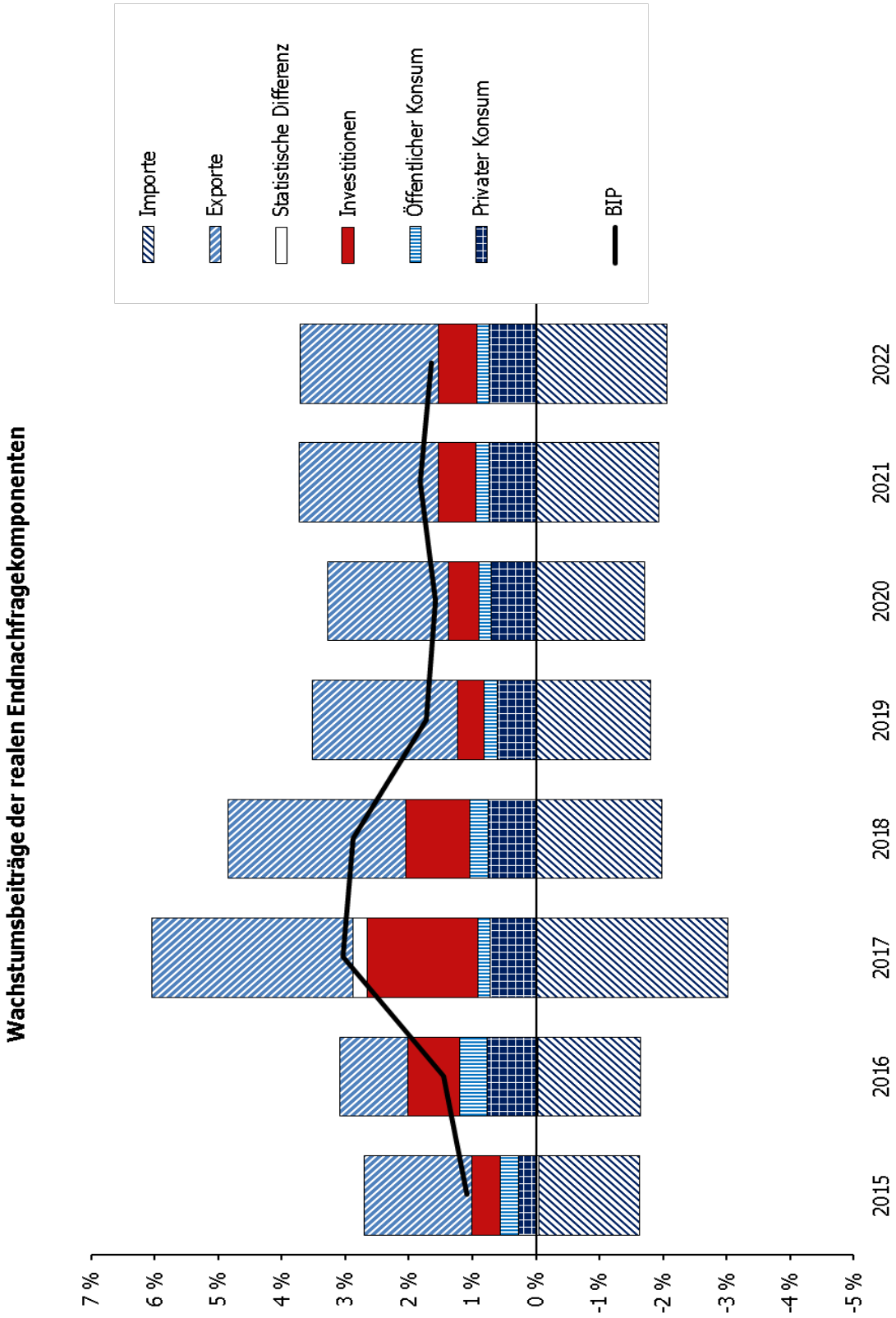



## WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 2



## WICHTIGE PROGNOSEERGEBNISSE / 3



# 2. Das Produktionspotenzial der österreichischen Wirtschaft

Für die Mittelfristprojektion bildet das **Produktionspotenzial**, also das bei normaler Kapazitätsauslastung erreichbare gesamtwirtschaftliche Produktionsvolumen, eine wesentliche Grundlage. Im Einklang mit der Methode, die von der Europäischen Kommission verwendet wird, schätzt das Institut das österreichische Produktionspotenzial auf Basis einer Produktionsfunktion mit den Trendwerten der Einsatzfaktoren Arbeit, Kapital und technischer Fortschritt.

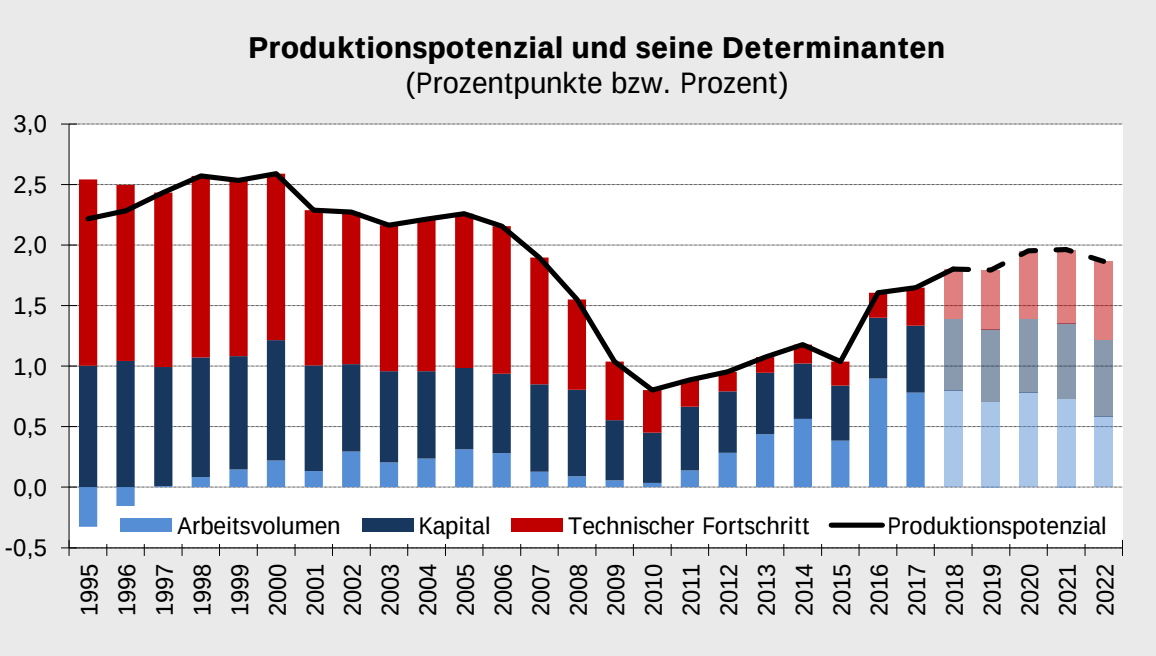
Das Arbeitsvolumen setzt sich aus der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter (15 bis 64 Jahre), der Erwerbsquote, der strukturellen Arbeitslosenquote und der durchschnittlichen Arbeitszeit je Erwerbstätigen zusammen. Bezüglich der Bevölkerung wird auf die Prognose von Statistik Austria zurückgegriffen. Demnach steigt die Bevölkerung im Alter von 15 bis 64 Jahren weiter, wenn auch mit abnehmenden Raten. Der aktuellen Prognose zufolge wird die Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter im Jahr 2022 um rund 183,500 Personen höher sein als im Jahr 2017. Dies entspricht einer durchschnittlichen Zunahme um ½ % pro Jahr. Der Anstieg ist beinahe ausschließlich auf einen positiven Wanderungssaldo mit dem Ausland zurückzuführen. Hinsichtlich der trendmäßigen Erwerbsquote, also des Anteils der Personen im erwerbsfähigen Alter, die entweder erwerbstätig oder arbeitslos sind, wird für den Prognosezeitraum ein Anstieg um 0.35 Prozentpunkte pro Jahr unterstellt. Hinsichtlich der strukturellen Arbeitslosenquote geht das Institut davon aus, dass diese seit Ausbruch der Finanz- und Wirtschaftskrise infolge des geringen Wirtschaftswachstums um rund 1 ½ Prozentpunkte gestiegen ist. Für den Prognosezeitraum wird ein leichter Rückgang auf 7 ½ % im Jahr 2022 erwartet. Die durchschnittliche Arbeitszeit je Erwerbstätigen war in den vergangenen Jahren im Trend rückläufig, was insbesondere auf die wachsende Bedeutung der Teilzeitarbeit zurückzuführen ist. Im Jahr 2017 sank die durchschnittliche Arbeitszeit aber nur noch um 0.1 %. Der vorliegenden Prognose zufolge wird sie im Projektionszeitraum konstant bleiben. Aus den Komponenten ergibt sich, dass das trendmäßige Arbeitsvolumen bis zum Jahr 2022 um rund 1 % pro Jahr zunimmt.

Die Investitionstätigkeit, die wegen des geringen Wirtschaftswachstums nach der Finanz- und Wirtschaftskrise in Österreich lange Zeit sehr schwach war, hat sich seit dem Jahr 2015 deutlich belebt. Auch im Prognosezeitraum sollten die Investitionen recht kräftig expandieren, sodass der Faktor Kapital einen markanten Beitrag zum Wachstum des Produktionspotenzials leisten sollte. Das Institut schätzt, dass der Kapitalstock bis zum Jahr 2022 um durchschnittlich 1 ¾ % pro Jahr expandieren wird. Im Vergleich zum zurückliegenden Fünf-Jahres-Zeitraum stellt dies eine Beschleunigung um 0.4 Prozentpunkte pro Jahr dar.

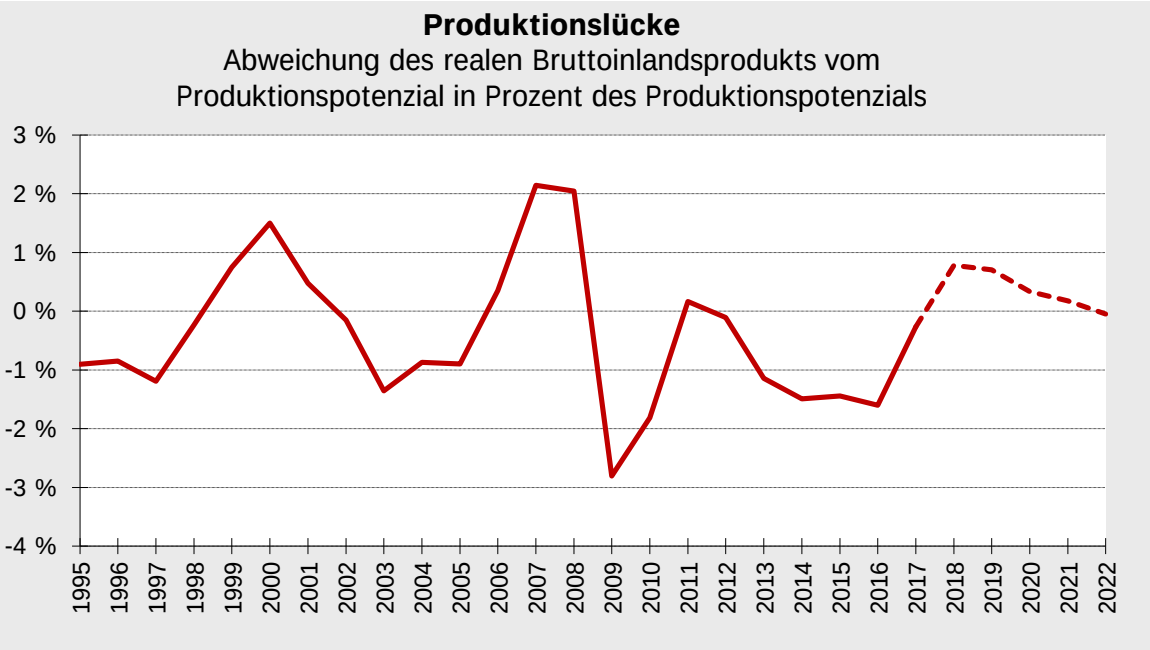
Da mit der Installation neuer Kapitalgüter meistens technische Weiterentwicklungen verbunden sind, ist im Zuge der Investitionsschwäche auch der technische Fortschritt nur noch wenig gewachsen. Den Schätzungen des Instituts zufolge ist er in Österreich im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre nur um 0.2 % pro Jahr gestiegen. Parallel mit der Belebung der Investitionstätigkeit hat sich zuletzt aber auch die Rate des technischen Fortschritts erholt. Im Prognosezeitraum dürfte die Wachstumsrate des technischen Fortschritts 0.5 % pro Jahr betragen.

Nach den Schätzungen des Instituts ist das Produktionspotenzial im Jahr 2017 um 1.7 % gestiegen, nach 1.6 % im Jahr 2016 und nur 1.0 % im Jahr 2015. Für den Prognosezeitraum ergeben die

Schätzungen und Projektionen der Komponenten, dass das Produktionspotenzial um durchschnittlich 1.9 % pro Jahr zunehmen wird. Wie die Abbildung zeigt, tragen im Durchschnitt des Prognosezeitraums das Arbeitsvolumen, die Nutzung des Kapitalstocks und der technische Fortschritt etwa im gleichen Ausmaß zum Anstieg des Produktionspotenzials bei.




Infolge der mehrjährigen Konjunkturschwäche dürften die gesamtwirtschaftlichen Produktionskapazitäten im Jahr 2017 noch um 0.3 % unterausgelastet gewesen sein. Mit dem kräftigen Aufschwung ist für Ende 2018 aber bereits eine Überauslastung von ¾ % zu erwarten. Im Jahr 2019 dürfte sich die positive Produktionslücke kaum ändern. Ab 2020 dürfte das Bruttoinlandsprodukt mit geringeren Raten als das Produktionspotenzial steigen, und am Ende des Prognosezeitraums sollte die Produktionslücke geschlossen sein.



# 3. Die internationale Konjunktur

In den Jahren 2013 bis 2017 wuchs die Weltwirtschaft um durchschnittlich 3.5 %. Der Welthandel legte um 2.6 % pro Jahr zu, womit die Handelsintensität bezogen auf das globale Wachstum deutlich schwächer ausfiel als in den Jahren vor der Finanz- und Wirtschaftskrise. Von 2013 bis 2016 fielen die Rohstoffpreise und die Zinsen gaben nach, trotzdem wurde vergleichsweise wenig investiert. Vor allem in der Güterverarbeitenden Industrie mangelte es den Unternehmern an Vertrauen. Zusätzlich dämpften die notwendig gewordenen Budgetkonsolidierungsmaßnamen in den hochverschuldeten Staaten die globale Nachfrage. So verzeichneten die Industrieländer eine deutliche Verlangsamung der konjunkturellen Entwicklung, die sich rasch auf die Schwellenländer übertrug. Fallende Rohstoffpreise und Währungsabwertungen beeinträchtigten das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika und Russland. In China setzte sich die strukturelle Abkühlung fort. Nach der schleppenden konjunkturellen Entwicklung in den Jahren 2013 bis 2015 begann 2016 ein Aufschwung, der im Jahr 2017 alle Weltregionen erfasste. Die Niedrigzinspolitik, die Rückbildung der Staatsverschuldung und der Abbau der Arbeitslosigkeit stützten in den Industrieländern die Nachfrage. Die wirtschaftliche Entwicklung festigte sich auch in den Schwellen- und Entwicklungsländern. Die Investitionstätigkeit gewann an Schwung und dadurch verstärkte sich die Dynamik im globalen Handel. Wegen des Anstiegs der Rohstoffpreise nahm die Inflation zu.

Am Anfang des Prognosezeitraums setzt sich der konjunkturelle Aufschwung fort. Belastend wirken jedoch die zunehmenden Handelsschranken. Hinzu kommt, dass es aufgrund eines Mangels an qualifizierten Arbeitskräften und technischen Kapazitäten für Unternehmen immer schwieriger wird, ihre Produktion zu erhöhen. In den folgenden Jahren wird sich die weltwirtschaftliche Expansion etwas abkühlen. Die Handelsintegration sollte deutlich langsamer voranschreiten als in den Dekaden zuvor. Die Inflation dürfte moderat bleiben, auch weil sich die Rohstoffpreise stabilisieren. Die Investitionstätigkeit sollte einen positiven Einfluss auf das Produktivitätswachstum haben. IWF und OECD fordern die Länder zu wachstumsfördernden Maßnahmen auf (Steigerung der Produktivität, Investitionen in die Infrastruktur, Erhöhung der Erwerbsquote, Abbau von Hemmnissen für Unternehmen, Senkung der öffentlichen Neuverschuldung). Das Institut erwartet, dass weltweit gesehen von der Geld- und Fiskalpolitik eher belebende Impulse ausgehen, diese im Zeitablauf aber merklich geringer werden.

Nachdem der Erdölpreis (Brent) im Zeitraum 2013 bis 2017 im Durchschnitt 72.2 US-Dollar pro Fass ausmachte, wird dieser Prognose ein durchschnittlicher Preis von 70.0 US-Dollar zugrunde gelegt. Angesichts einer effizienteren Nutzung sollte der Zuwachs in der Nachfrage nach Erdöl in den kommenden Jahren geringer als in den vergangenen Aufschwungphasen ausfallen. Das Institut geht von einem durchschnittlichen Euro-Dollar-Wechselkurs von 1.16 US-Dollar aus.

Die Weltwirtschaft dürfte im Prognosezeitraum um durchschnittlich 3.6 % zulegen, der globale Handel dürfte um durchschnittlich 3.7 % wachsen. In den Industrieländern sollte das Wirtschaftswachstum durchschnittlich 2.0 % betragen, nach 2.1 % in den vergangenen fünf Jahren. Die Wirtschaft Asiens (ohne Japan) wuchs in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 6.7 %. Im Prognosezeitraum dürfte sich dort das Wirtschaftswachstum auf durchschnittlich 6.5 % verlangsamen. Zwischen 2013 und 2017 wuchs die Wirtschaft Lateinamerikas im Jahresdurchschnitt um 1.0 %. Nach der Rezession im Jahr 2016 verbesserte sich die Wirtschaftslage in der Region

zunehmend. Somit könnte im Prognosezeitraum das Wirtschaftswachstum in Lateinamerika im Jahresdurchschnitt 2.6 % ausmachen.

Im Vergleich zur mittelfristigen Prognose vom Juli 2017 haben die Abwärtsrisiken für die Weltkonjunktur merklich zugenommen. Das zentrale Risiko stellt gegenwärtig eine weitere Eskalation des Handelskonflikts dar. Die US-Regierung ist auf einen protektionistischen Kurs eingeschwenkt und hat Zölle auf Stahl und Aluminium verhängt. Zusätzlich überlegt die US-Regierung, Einfuhrzölle auf Kraftfahrzeuge einzuheben. Die EU und China haben ihrerseits Straffzölle auf ausgewählte amerikanische Produkte verhängt. Eine weitere Ausweitung der Handelsbeschränkungen würde den Welthandel merklich belasten. Neben den negativen Folgen für die Weltkonjunktur könnte aufgrund einer verringerten Investitionstätigkeit und eines damit einhergehenden langsameren Wachstums der totalen Faktorproduktivität auch das Produktionspotenzial der Weltwirtschaft mittelfristig leiden. Ein weiteres Prognoserisiko stellen die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU dar. Ein starker Einbruch der britischen Wirtschaft oder deutlich verringerte Handelsbeziehungen aufgrund eines „harten" Brexit würden wohl auf die Wirtschaftsleistung im restlichen Europa drücken. Risiken gehen auch vom Tempo der Normalisierung der Geldpolitik aus. Der notwendige Ausstieg aus der expansiven Geldpolitik könnte Anspannungen auf den Finanzmärkten auslösen, insbesondere in den Schwellenländern. Eine Verschärfung der geopolitischen Konflikte könnte zu einer deutlichen Erhöhung der Energiepreise führen. Darüber hinaus besteht das Risiko, dass insbesondere die US-Konjunktur merklich nachlassen könnte. Die demografische Entwicklung und der Fachkräftemangel in gewissen Branchen sprechen gegen eine weitere Konjunkturbeschleunigung in Deutschland. Andererseits könnte eine Lösung des Handelskonflikts die Wirtschaftsstimmung wieder verbessern und die Weltkonjunktur weiter antreiben.

**Wirtschaftliche Eckdaten für den Euroraum**

| | 2013-2017 | 2018-2022 |
|---|---|---|
| BIP-Wachstum (%) | 1.5 | 1.7 |
| Arbeitslosenquote (%) | 10.7 | 8.0 |
| Inflation HVPI (%) | 0.7 | 1.8 |

Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Im **Euroraum** nahm in den vergangenen fünf Jahren die Wirtschaftsleistung um 1.5 % pro Jahr zu. Im Jahr 2013 belastete die Staatsschuldenkrise noch immer die Konjunktur. Die südeuropäischen Länder litten unter strukturellen Problemen. Die mangelnde Wettbewerbsfähigkeit erforderte drastische gesamtwirtschaftliche Anpassungen, die auf die Nachfrage dämpfend wirkten. Im folgenden Jahr begannen sich im Euroraum die Wirtschaftsbedingungen zu verbessern. Die wesentlichen konjunkturbelebenden Effekte gingen von der expansiven Geldpolitik der EZB aus. Darüber hinaus haben die fallenden Rohstoffpreise und die markante Abschwächung des Euro gegenüber dem US-Dollar die Konjunktur gestützt. Von den drei großen Ländern wies die deutsche Wirtschaft die stärkste Wachstumsdynamik auf, deutlich verhaltener entwickelte sich dagegen der Aufschwung in Italien. Im gesamten Euroraum begann sich die Binnennachfrage zu verstärken. Der private Konsum wurde von steigenden Realeinkommen und besseren Arbeitsmarktbedingungen begünstigt und auch die Unternehmensinvestitionen verzeichneten einen leichten Aufwind. Die Ausfuhren in die Länder außerhalb des Währungsgebiets gewannen an Dynamik, da sie von der

steigenden globalen Nachfrage nach Investitionsgütern profitierten. Im Jahr 2017 verzeichnete der Euroraum das stärkste Wirtschaftswachstum seit dem Jahr 2008.

Das jahresdurchschnittliche Wirtschaftswachstum im Euroraum sollte im Prognosezeitraum 1.7 % betragen. In Deutschland dürfte die konjunkturelle Entwicklung das Tempo der vergangenen fünf Jahre nahezu beibehalten. In Frankreich und insbesondere in Italien könnte sich das Wirtschaftswachstum verstärken. Am Anfang des Prognosezeitraums stützen im Euroraum die guten Arbeitsmarktbedingungen und die Einkommensentwicklung den privaten Konsum. Das Beschäftigungswachstum könnte sich jedoch bald abschwächen, auch wegen der Arbeitskräfteknappheit in einigen Mitgliedsländern. Für die folgenden Jahre bleiben die grundlegenden Bedingungen für einen anhaltenden Aufschwung bestehen. Die Inflation wird voraussichtlich die Zielvorgabe der EZB nicht überschreiten. Die Geldpolitik der EZB kann daher im Prognosezeitraum konjunkturstützend ausgerichtet bleiben. Dadurch sollte die Kreditversorgung in der Wirtschaft sichergestellt sein und die Investitionsbereitschaft erhöht werden. Die EU-Investitionsoffensive könnte dazu ihren Beitrag leisten. Die Fiskalpolitik wird in den Mitgliedsländern leicht expansiv ausgerichtet sein.

Um ein nachhaltiges Wachstum zu erzielen, fordert die Europäische Kommission die Mitgliedstaaten auf, die wirtschaftlichen Fundamentalfaktoren zu stärken. Insbesondere gilt es, die gemeinsamen wirtschaftlichen und sozialen Prioritäten umzusetzen und die Investitionstätigkeit anzukurbeln, Strukturreformen voranzutreiben und eine verantwortungsvolle Haushaltspolitik zu gewährleisten. Das größte Risiko für die europäische Konjunktur betrifft die wirtschaftlichen Folgen des Austritts des Vereinigten Königreichs aus der EU und vermehrte Handelsbeschränkungen in der Weltwirtschaft. Dies hätte merklich negative Auswirkungen auf die Wirtschaftsentwicklung der Haupthandelspartner. Ein Risiko stellt auch die Sorge um die wirtschaftspolitische Ausrichtung Italiens dar.

### Länderprognosen

Die Wirtschaft der **USA** ist im Zeitraum 2013 bis 2017 im Jahresdurchschnitt um 2.2 % gewachsen. Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise haben umfangreiche Konjunkturpakete und eine expansive Geldpolitik die Nachfrage spürbar belebt. Seit Ende 2008 senkte die amerikanische Zentralbank nicht nur die Leitzinsen auf nahezu Null, sondern verfolgte darüber hinaus eine Politik des *Quantitative Easing*, mit deren Hilfe die langfristigen Zinsen nach unten gedrückt werden sollten. Dies geschah, um Investitionen und Konsum anzukurbeln und die Lage am Arbeitsmarkt zu verbessern. Infolgedessen stieg die Zuversicht der Konsumenten. Der Immobilienmarkt profitierte von den niedrigen Zinsen und auch die Finanzmärkte verzeichneten einen Aufschwung. Aufgrund der soliden Wirtschaftslage und der niedrigen Inflation beschloss die Fed im Jahr 2014, das Wertpapierankaufprogramm zu beenden. Ende 2015 begann die Notenbank den Leitzinssatz anzuheben. Im Jahr 2017 stiegen die Exporte kräftig zuzulegen und die Investitionstätigkeit erhöhte sich. Nach einer zwei Jahre anhaltenden Stagnation weitete sich die Güterproduktion wieder aus. In der Gesamtwirtschaft herrschte nahezu Vollbeschäftigung.

Im Prognosezeitraum sollte das BIP der USA um durchschnittlich 2.1 % zulegen. Zu Beginn des Prognosezeitraums nimmt die Konjunktur weiter Fahrt auf. Die Konsumnachfrage entwickelt sich robust und der Aufschwung in der Güterverarbeitenden Industrie erhöht die Bereitschaft der Unternehmer, verstärkt Ausrüstungsinvestitionen vorzunehmen. Die Steuerreform dürfte die gesamtwirtschaftliche Nachfrage stützen, das Handelsbilanzdefizit könnte aber steigen. Auch in den

folgenden Jahren wird die expansive Fiskalpolitik einen konjunkturstützenden Beitrag leisten. Angesichts einer dynamischen Vermögensentwicklung und der guten Arbeitsmarktlage wird der private Konsum merklich zum Wirtschaftswachstum beitragen. Bei den öffentlichen Ausgaben dürfte der Fokus auf der Förderung von Infrastrukturinvestitionen liegen. Strukturpolitische Maßnahmen sollten dazu beitragen, die Erwerbsquote zu erhöhen. Die öffentliche Verschuldung könnte jedoch dadurch zunehmen. Um den Inflationsdruck einzudämmen, werden die Zinsen im Prognosezeitraum weiter angehoben. Spannungen in Bezug auf Handelshemmnisse könnten die Exportnachfrage beeinträchtigen.

In **Japan** ist die Wirtschaft in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 1.3 % gewachsen. Im Jahr 2013 erhielt die Wirtschaft noch immer Impulse von den Maßnahmen zum Wiederaufbau nach der Naturkatastrophe im März 2011. Dieser Effekt klang jedoch in den folgenden Jahren ab. Die japanische Notenbank verfolgte in den vergangenen fünf Jahren einen extrem expansiven geldpolitischen Kurs. Dadurch sollte die Inflationsrate in Richtung des Ziels von 2 % gebracht werden. Die Investitionstätigkeit nahm zwar etwas zu, der Konsum der privaten Haushalte weitete sich dagegen kaum aus und die Inflation entwickelte sich nur sehr verhalten. Die Exportwirtschaft, die von der Krise im Euroraum und politischen Auseinandersetzungen mit China belastet wurde, stabilisierte sich zunehmend. Dazu beigetragen haben die Yen-Abwertung und der Aufschwung in der Güterverarbeitenden Industrie weltweit.

Im Prognosezeitraum dürfte das japanische BIP um durchschnittlich 0.9 % wachsen. Am Anfang des Prognosezeitraums gehen Wachstumsimpulse von der Exportwirtschaft aus, wodurch sich auch die Investitionen in Ausrüstung verstärken dürften. Lohnerhöhungen und eine gedämpfte Inflation erhöhen die Realeinkommen der privaten Haushalte und entfalten eine positive Wirkung auf die Konsumnachfrage. In den kommenden Jahren könnte jedoch eine schrittweise Anhebung des Mehrwertsteuersatzes die Inlandsnachfrage und insbesondere den privaten Konsum dämpfen. Wegen der alternden Bevölkerung nimmt der Arbeitskräftemangel zu. Der Bevölkerungsrückgang macht Strukturreformen in Hinblick auf den Abbau von Hindernissen für die Erwerbsbeteiligung und Beschäftigungsfähigkeit erforderlich. Maßnahmen im Unternehmenssektor sollten zu einer Steigerung der Produktivität führen. Es finden sich keine Anzeichen für einen Ausstieg aus der ultralockeren Geldpolitik, da die Inflationserwartungen weit unter dem Ziel der Notenbank bleiben dürften. Auch die Auswirkungen der hohen Staatsverschuldung können durch die niedrigen Zinssätze abgefedert werden.

Die Wirtschaft der **Volksrepublik China** ist in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 7.1 % gewachsen. In diesem Zeitraum verlangsamte sich das Wachstum. Dies geht vor allem auf die Umsetzung des Reformprozesses zurück. Kernpunkt ist die angestrebte Umwandlung des chinesischen Wirtschaftsmodells, weg von einer export- und investitionsgetriebenen Entwicklung hin zu einer stärker konsumgetriebenen Wirtschaft. Eine nachhaltige Wirtschaftsentwicklung setzt auch die Umsetzung der geplanten Reformen im Bankenwesen und bei den staatseigenen Unternehmen voraus. Im Einklang mit den angestrebten Zielen hat sich in den vergangenen fünf Jahren der Zuwachs bei den Investitionen abgeschwächt. Dagegen setzte sich das Wachstumstempo beim privaten Konsum ungebremst fort. Wegen der engen Bindung des Yuan an den US-Dollar hat die starke Aufwertung des US-Dollar in den vergangenen Jahren eine Verschlechterung der preislichen Wettbewerbsfähigkeit der chinesischen Wirtschaft gegenüber Japan und dem Euroraum mit sich

gebracht. Vom globalen Aufschwung in der Güterverarbeitenden Industrie im Jahr 2017 profitierten auch die exportorientierten Branchen in China.

Im Prognosezeitraum sollte in China das BIP-Wachstum im Jahresdurchschnitt 6.1 % betragen. Die tendenzielle Wachstumsabschwächung geht weiterhin auf die Umsetzung des Reformprozesses zurück. Am Anfang des Prognosezeitraums verliert die Investitionstätigkeit an Dynamik und der Zuwachs bei den Staatsausgaben verringert sich. Die rasch voranschreitende Urbanisierung und steigende Einkommen stärken dagegen den privaten Konsum. Die Importtätigkeit dürfte sich dadurch erhöhen, wodurch sich der Leistungsbilanzüberschuss stabilisieren könnte. Die Geldpolitik bleibt weiterhin leicht restriktiv, da die Eindämmung der Verschuldung eine der wichtigsten politischen Prioritäten darstellt. Die Fiskalpolitik wird konjunkturstützend bleiben. Die Urbanisierung und die rasche Expansion der Dienstleistungsbranchen werden für Beschäftigungsmöglichkeiten sorgen und die Arbeitslosigkeit niedrig halten. Das größte Risiko für die Wirtschaftsentwicklung stellen Einschränkungen im globalen Handel dar.

In den Jahren 2013 bis 2017 wuchs die Wirtschaft in **Deutschland** im Durchschnitt um 1.7 %. Die konjunkturelle Schwäche im Jahr 2013 ging auf die geringe Exportnachfrage und sinkende Investitionen zurück. In den darauf folgenden Jahren verstärkte sich die konjunkturelle Entwicklung. Die Erholung des privaten Konsums festigte sich und trug wesentlich zur Belebung der Binnennachfrage bei. Ab dem Jahr 2014 stützen der intakte Arbeitsmarkt, steigende Einkommen und die moderate Preisentwicklung den privaten Konsum. Niedrige Hypothekenzinsen und die starke Wohnungsnachfrage beflügelten den privaten Wohnbau. Im Vergleich dazu entwickelte sich das Auslandsgeschäft noch immer verhalten. Im Jahr 2017 verzeichnete die deutsche Wirtschaft eine Hochkonjunktur, die von der Inlandsnachfrage und den Exporten getragen wurde.

Am Anfang des Prognosezeitraums schwächt sich in Deutschland zwar das konjunkturelle Expansionstempo ab, der Aufschwung bleibt aber intakt. In den kommenden Jahren wird die günstige Arbeitsmarktlage weiterhin den privaten Konsum stärken. Die Zuwanderung sowie die günstigen Finanzierungsbedingungen werden den Wohnbau stimulieren. Die Unternehmens-investitionen werden sich unter dem Einfluss von Kapazitätsengpässen und Fachkräftemangel deutlich erhöhen. Angesichts der stabilen Rohölpreise, des günstigen Wechselkursverhältnisses zum US-Dollar und einer verstärkten Konjunktur in wichtigen Abnehmerländern dürfte sich das deutsche Exportwachstum in den kommenden Jahren beschleunigen. Der Leistungsbilanzüberschuss sollte hoch bleiben. Die deutsche Wirtschaft wird somit im Prognosezeitraum voraussichtlich um 1.6 % pro Jahr zulegen. Die Inflation dürfte gemäßigt bleiben. Der Budgetüberschuss könnte sich wegen der wachstumsfördernden Staatsausgaben in den Bereichen Bildung und öffentliche Infrastruktur verringern. Eine geplante Steuerreform soll insbesondere die Mittelschicht entlasten. Risiken für die Wirtschaftsentwicklung gehen von der Verunsicherung durch den Brexit und von Handels-hemmnissen in der Weltwirtschaft aus.

In den Jahren 2013 bis 2017 hat in **Italien** die Wirtschaftsleistung um durchschnittlich 0.3 % zugelegt. Im Jahr 2013 befand sich die Wirtschaft noch immer in einer Rezession. In den folgenden zwei Jahren sind wegen der notwendig gewordenen Konsolidierungsmaßnahmen die Staats-ausgaben gesunken und auch die von öffentlichen Aufträgen abhängige Bauindustrie verzeichnete einen Einbruch. In den anderen Wirtschaftsbereichen verbesserte sich jedoch die Wirtschaftslage. Steuersenkungen für Unternehmen und für Personen mit niedrigen Einkommen begannen ihre

Wirkung zu entfalten. In der Folge haben die Konsumausgaben der privaten Haushalte wesentlich zum Wirtschaftswachstum beigetragen. Dies ging einerseits auf die steigende Beschäftigung zurück, andererseits führten Lohnerhöhungen zusammen mit nahezu stagnierenden Verbraucherpreisen zu einer Verbesserung der Kaufkraft der Haushalte. Auch wurde die Konjunktur vom schwachen Euro und den niedrigen Rohstoffpreisen sowie vom weltweiten Aufschwung in der Güterverarbeitenden Industrie begünstigt.

Im Prognosezeitraum dürfte die italienische Wirtschaft um durchschnittlich 1.1 % wachsen. Am Anfang des Prognosezeitraums stützen die wirtschaftliche Erholung des Euroraums und eine expansive Fiskal- und Geldpolitik die Konjunktur. In den kommenden Jahren sollten die Konsumausgaben der privaten Haushalte weiterhin zum Wirtschaftswachstum beitragen, allerdings etwas abgeschwächt. Die Gründe dafür sind ein langsamerer Beschäftigungsaufbau und höhere Verbraucherpreise. Die Ausrüstungsinvestitionen könnten sich dagegen verstärken, weil sich die Auslandsnachfrage dynamischer entwickeln wird. Die Lockerung der Kreditvergabebestimmungen der Banken erleichtert eine Finanzierung. Die Arbeitslosigkeit wird hoch bleiben. Die vorrangigen Ziele der Regierung sind daher auch im Prognosezeitraum die Umsetzung von Arbeitsmarktreformen (Bekämpfung der Arbeitslosigkeit von Frauen und Jugendlichen) und die Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit, eine Ausrichtung der öffentlichen Ausgabeprioritäten auf die Bereiche Infrastruktur, Forschung und Armutsbekämpfung sowie eine Reform des Einkommensteuersystems und eine Strategie zur Stabilisierung des Bankensektors. Die jüngsten Politikentwicklungen könnten jedoch die Reformumsetzung gefährden und zu Spannungen mit den europäischen Partnern führen.

In **Frankreich** betrug das Wirtschaftswachstum in den Jahren 2013 bis 2017 im Durchschnitt 1.2 %. Nach einer schwachen Entwicklung im Jahr 2013 verbesserte sich in den folgenden Jahren die gesamtwirtschaftliche Nachfrage. Die Inlandskonjunktur bildete dabei die treibende Kraft. Der private Konsum verstärkte sich zunehmend, beflügelt von der Einkommensentwicklung und der steigenden Beschäftigung. Der private Wohnbau begann wieder zu wachsen. Die Investitionstätigkeit, insbesondere in der Bauindustrie, litt hingegen unter den Sparprogrammen der Regierung und unter der hohen Unsicherheit bezüglich der weiteren Wirtschaftsentwicklung im Euroraum. Die Sondermaßnahmen der Regierung, die 2016 in Kraft traten, führten zu einer Belebung der Ausrüstungsinvestitionen. Auch bei den Bauinvestitionen erhöhte sich die Dynamik. Mit dem Anziehen des globalen Handels haben sich die Exporte verstärkt. Im Jahr 2017 verzeichnete die Wirtschaft mit 2.3 % die höchste Wachstumsrate seit 2007.

Das französische BIP wird im Prognosezeitraum voraussichtlich um jährlich 1.6 % zulegen. Am Anfang des Prognosezeitraums schwächt sich das Wachstum des privaten Konsums vorübergehend ab, weil der Anstieg der Inflation die Realeinkommen mindert. Auch die Ausrüstungsinvestitionen verlieren vorübergehend an Dynamik. In der Bauwirtschaft sowie in der exportorientierten Industrie setzt sich die konjunkturelle Entwicklung ungebremst fort. In den kommenden Jahren wird die Inlandsnachfrage einen wesentlichen Beitrag zum Wirtschaftswachstum leisten. Durch die Entlastung des Faktors Arbeit und bei einer erfolgreichen Umsetzung der Arbeitsmarktreformen dürfte das Vertrauen der privaten Haushalte hoch bleiben. Die schrittweise Senkung der Unternehmenssteuern und günstige Finanzierungsbedingungen werden das Wachstum der Investitionen in der Privatwirtschaft unterstützen. Auch die Bauinvestitionen sollten sich im Prognosezeitraum deutlich beleben. Risiken für das Wirtschaftswachstum in den kommenden

Jahren stellen neben dem hohen Leistungsbilanzdefizit Terroranschläge sowie ständig wiederkehrende Streikwellen dar.

Die Wirtschaftsleistung im **Vereinigten Königreich** verzeichnete in den vergangenen fünf Jahren einen Zuwachs um durchschnittlich 2.2 %. Von 2013 bis 2015 wies die Konjunktur im Vergleich zu den großen Industrieländern eine außerordentlich starke Dynamik auf. Der Aufschwung begann am Immobilienmarkt und erfasste später die gesamte Inlandsnachfrage. Die Haushaltseinkommen stiegen und die wachsende Zuversicht der Unternehmer in den zukünftigen Geschäftsverlauf belebte die Investitionstätigkeit. Die Dienstleistungsexporte nahmen stark zu. Die Warenexporte entwickelten sich dagegen nur sehr verhalten, was primär auf die Nachfrageschwäche im Euroraum zurückging. Aufgrund der guten konjunkturellen Entwicklung nahm die Arbeitslosigkeit kontinuierlich ab. Durch das Votum zugunsten eines Brexit am 23. Juni 2016 haben sich die Wachstumserwartungen zunächst drastisch eingetrübt. Wegen einer Rezessionsgefahr senkte die Notenbank im August 2016 den Leitzinssatz von 0.50 % auf 0.25 %. Die darauf folgende Währungsabwertung verbesserte zwar die Wettbewerbsfähigkeit der exportorientierten Industrien, die Inlandsnachfrage entwickelte sich dagegen gedämpft. In Folge der Pfund-Abwertung erhöhten sich die Produktions- und Verbraucherpreise sprunghaft. Zum ersten Mal seit dem Jahr 2007 hob daher die Notenbank im November 2017 den Leitzinssatz von 0.25 % auf 0.50 % an.

Im Prognosezeitraum wird sich im Vereinigten Königreich das Wirtschaftswachstum auf jährlich 1.4 % abschwächen. Am Anfang des Prognosezeitraums bleibt die Inflation hoch und die Löhne steigen langsamer. Die Nachfrage der privaten Haushalte sollte sich dadurch abschwächen. In den kommenden Jahren werden die Unsicherheiten in Bezug auf den Ausgang des Brexit die gesamtwirtschaftliche Entwicklung belasten. Die Nachfrage der privaten Haushalte und die Investitionstätigkeit werden eine gedämpfte Entwicklung aufweisen. Die Inflation dürfte sich nicht wesentlich zurückbilden. Trotzdem wird die geldpolitische Normalisierung voraussichtlich in sehr verhaltenem Tempo vonstattengehen. Die negativen Folgen des Brexit sollten begrenzt bleiben, falls der Austrittsprozess zügig und mit geringen Einschränkungen der vier Grundfreiheiten des Gemeinsamen Marktes erzielt werden kann. Zusätzlich müssen möglichst rasch neue Handelsabkommen abgeschlossen werden. Die Regierung ist auch gefordert, langfristige Investitionen in die Infrastruktur und Bildung vorzunehmen, um die Produktivität, die Löhne und die Beschäftigungsfähigkeit zu steigern.

In den Jahren 2013 bis 2017 wuchs die Wirtschaft der **Schweiz** um durchschnittlich 1.6 %. Ab dem Jahr 2013 verstärkte sich die Konjunktur, gestützt durch historisch niedrige Zinsen, fallende Verbraucherpreise und eine starke Dynamik im Bausektor. Dieser Trend hielt bis zum Jahresende 2014 an. Dann veränderten sich die außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen grundlegend. Nach der Aufhebung des Mindestkurses von 1.20 Franken pro Euro durch die Schweizerische Nationalbank (SNB) am 15. Jänner 2015 und der darauf folgenden Aufwertung des Schweizer Franken verschlechterten sich die Wachstumsaussichten für die exportorientierte Wirtschaft. Als Reaktion senkte die SNB das Zielband für den Dreimonats-Libor auf -1.25 % bis -0.25 %. Zwar beeinträchtigte die Aufwertung die Konkurrenzfähigkeit der Schweizer Firmen, die aufgehellten Konjunkturperspektiven für Europa und die solide Nachfrage aus den USA milderten diesen belastenden Effekt aber. Die Inlandsnachfrage entwickelte sich robust, denn der private Konsum wurde von der Zuwanderung und der Preisentwicklung gestützt.

Am Anfang des Prognosezeitraums wird die Wirtschaft der Schweiz vom globalen Aufschwung erfasst, was sich in einem besseren Exportgeschäft niederschlägt. Die ausgezeichnete Wirtschaftslage veranlasst die Unternehmer, kapazitätserweiternde Investitionen vorzunehmen. Anders als in den Vorjahren, werden in den kommenden Jahren auch stärkere Impulse von der Inlandsnachfrage ausgehen, die von steigenden Reallöhnen und Negativzinsen angekurbelt wird. Dabei dürfe der private Konsum dynamisch bleiben und die Ausrüstungsinvestitionen könnten sich verstärken. Im Prognosezeitraum sollte die Schweizerische Wirtschaft somit um durchschnittlich 1.8 % wachsen. Nach einem leichten Rückgang der Verbraucherpreise im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre dürften die Preise in den kommenden Jahren geringfügig anziehen. Die SNB wird weiterhin den expansiven Kurs ihrer Geldpolitik beibehalten. Damit will sie den aus ihrer Sicht deutlich überbewerteten Franken für Anleger weniger attraktiv machen. Auch die Konzentration auf qualitätsorientierte, wertschöpfungsintensive Branchen mit komparativen Vorteilen sollte die Exportwirtschaft stützen, womit negative Effekte einer möglichen Währungsaufwertung besser abgefedert werden können. Neben dem Risiko einer Aufwertung könnten insbesondere zunehmende Handelsbarrieren eine Fortsetzung des Aufschwungs gefährden.

Nach einem BIP-Anstieg um 3.2 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte die Wirtschaftsleistung in den **NMS-6** (mittel- und osteuropäische EU-Mitgliedstaaten, die nicht dem Euroraum angehören) mittelfristig das hohe Wachstumstempo beibehalten und im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2022 um 3.3 % expandieren. Damit liegt das Wachstumsdifferenzial gegenüber dem Euroraum bei 1.6 Prozentpunkten und die Konvergenz wird mit moderatem Tempo weiter fortschreiten. Die steigende Arbeitsproduktivität sowie die damit einhergehende allmähliche Annäherung des Lohnniveaus an den EU-Durchschnitt werden den Aufholprozess unterstützen. Die Implementierung weiterer Strukturreformen, die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und die Verbesserung der Rahmenbedingungen für Unternehmen sind dafür wichtige Voraussetzungen.

Die treibende Kraft der Wirtschaftsdynamik bleibt in allen Ländern der Region die Inlandsnachfrage. Die verstärkte Umsetzung der mit EU-Mitteln kofinanzierten öffentlichen Investitionsvorhaben trägt zusammen mit dem privaten und dem öffentlichen Konsum das Wachstum. Eine abnehmende Zahl von Personen im erwerbsfähigen Alter und der sich verschärfende Fachkräftemangel führen zu Engpässen auf dem Arbeitsmarkt und zu Nominallohnsteigerungen. Allerdings dürften die Realeinkommen aufgrund der konjunkturbedingt steigenden Inflation nur moderat zunehmen. Nachlassende Fiskalimpulse und dämpfende geldpolitische Maßnahmen werden die Wirtschaftsexpansion im Laufe der Prognoseperiode bremsen. Im Einklang mit der nachlassenden Dynamik im Euroraum werden die Exporte nur moderat zunehmen. Dabei dürfte der Beitrag der Nettoexporte zum BIP-Wachstum durch die steigenden Importe von Konsum- und Investitionsgütern niedrig bleiben. Eine Eskalation der globalen Handelsspannungen insbesondere im Automobilsektor, der eine bedeutende Rolle in der Region hat, würde das Wirtschaftswachstum in vielen Ländern dämpfen.

Der bevorstehende Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU dürfte die Wirtschaftsexpansion in den mittel- und osteuropäischen Mitgliedstaaten in der Prognoseperiode nur leicht dämpfen. Abhängig von den zukünftigen Zugangsbedingungen des Vereinigten Königreichs zum EU-Binnenmarkt könnten sich die Exporte dieser Länder in das Vereinigte Königreich und, durch indirekte Effekte, in die übrige EU abschwächen. Eine Einschränkung der Arbeitnehmerfreizügigkeit der Europäer im Vereinigten Königreich könnte die Überweisungen der dort ansässigen

osteuropäischen Arbeitnehmer sinken lassen und somit den privaten Konsum in den Entsendeländern mindern.

Nach einem BIP-Anstieg um durchschnittlich 2.8 % in den Jahren 2013 bis 2017 sollte sich die dynamische Expansion der Wirtschaftsleistung in **Tschechien** fortsetzen. Dabei dürfte die Wirtschaft infolge dynamischer öffentlicher und privater Investitionen und eines anhaltenden Konsumwachstums bei sehr niedriger Arbeitslosigkeit im Prognosezeitraum um 3.0 % expandieren. Nachlassende Fiskalimpulse und Engpässe auf dem Arbeitsmarkt werden hingegen das Wachstum dämpfen.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Ungarn** um 3.2 % gestiegen. Infolge einer dynamischen Inlandsnachfrage dürfte das Wirtschaftswachstum in der Prognoseperiode stabil bleiben und im Durchschnitt der Periode 2018 bis 2022 3.0 % betragen. Die Engpässe auf dem Arbeitsmarkt und ein langsamerer Anstieg der Realeinkommen, bedingt durch die steigende Inflation und das Auslaufen der Fiskalimpulse, werden dämpfend wirken.

In **Polen** dürfte sich die dynamische Entwicklung der vergangenen fünf Jahre (3.2 %) fortsetzen und das BIP-Wachstum wird im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2022 voraussichtlich 3.4 % betragen. In der Prognoseperiode werden Impulse von der Inlandsnachfrage erwartet, gestützt durch eine dynamische Entwicklung der Investitionstätigkeit und des privaten Konsums. Ein Arbeitskräftemangel infolge demografischer Entwicklungen und eines herabgesetzten Pensionsantrittsalters dürfte das Wachstum etwas dämpfen.

Im Fünfjahresdurchschnitt 2013 bis 2017 ist die Wirtschaftsleistung der **Slowakei** um 3.0 % gestiegen. Im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2022 dürfte das BIP mit 3.6 % stärker zunehmen. Durch Erweiterungen bestehender und den Aufbau neuer Produktionskapazitäten in der Automobilindustrie sowie öffentliche Infrastrukturinvestitionen bekommt die slowakische Wirtschaft am Anfang der Prognoseperiode neue Impulse. Der Konsum wird durch die stark steigende Beschäftigung und zunehmende Realeinkommen gestützt.

Für **Slowenien** wird in den Jahren 2018 bis 2022 ein durchschnittliches Wachstum von 3.4 % erwartet, womit eine Beschleunigung gegenüber den letzten fünf Jahren (2.4 %) erreicht werden dürfte. Die zunehmende Beschäftigung und steigende Löhne werden die Inlandsnachfrage stützen. Die Investitionen, teilweise kofinanziert durch EU-Fördermittel, dürften weiter zunehmen und zusammen mit der Auslandsnachfrage das BIP-Wachstum tragen. Die hohe Unternehmensverschuldung und der Fachkräftemangel könnten das Wachstum hingegen dämpfen.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre ist das BIP in **Rumänien** um 4.5 % gestiegen. Damit war Rumänien im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre das osteuropäische EU-Land mit der höchsten Wachstumsrate. In der Prognoseperiode dürfte sich das durchschnittliche BIP-Wachstum auf 3.8 % belaufen. Impulse gehen von den Infrastrukturinvestitionen, kofinanziert durch EU-Strukturfonds, und von der moderaten Steigerung der Realeinkommen aus. Dämpfend wirken dürften sowohl der Arbeitskräftemangel, welcher aus einer abnehmenden Bevölkerung im arbeitsfähigen Alter und starker Abwanderung resultiert, als auch die notwendigen fiskalpolitischen Maßnahmen zur Budgetkonsolidierung.

Im Durchschnitt der letzten fünf Jahre expandierte das BIP in **Kroatien** um 1.6 %. Im Jahr 2015 ist die Wirtschaft Kroatiens erstmals seit 2008 wieder gewachsen. In der Prognoseperiode sind

aufgrund der sinkenden Arbeitslosigkeit und steigender Realeinkommen positive Impulse vom privaten Konsum zu erwarten. Nach einer schwachen Investitionstätigkeit in den vergangenen fünf Jahren dürfte sich die Durchführung von Infrastrukturprojekten, kofinanziert durch EU-Mittel, im Prognosezeitraum beschleunigen. Infolgedessen könnte die Wirtschaft im Durchschnitt der Jahre 2018 bis 2022 um 2.8 % wachsen.

Nach einem BIP-Anstieg um 2.7 % im Durchschnitt der letzten fünf Jahre dürfte die Wirtschaft in **Bulgarien** im Zeitraum 2018 bis 2022 ein Wachstum von 3.3 % verzeichnen. Nach einer schwachen Entwicklung in den Jahren 2013 und 2014 beschleunigte sich das Wachstum in den vergangenen drei Jahren. Die Investitionen, teilweise kofinanziert durch EU-Fördermittel, dürften das BIP-Wachstum treiben. Mit sinkender Arbeitslosigkeit und steigender Beschäftigung sowie Lohnsteigerungen bekommt der private Konsum in der Prognoseperiode weitere Impulse.

In **Russland** wurde in den letzten fünf Jahren ein durchschnittliches BIP-Wachstum von 0.2 % verzeichnet. Die langsame Erholung der Investitionen und der privaten Konsumnachfrage nach der rückläufigen Entwicklung in den Jahren 2015 und 2016 dürfte dazu beitragen, dass die gesamtwirtschaftliche Produktion im Prognosezeitraum moderat ausgeweitet wird. Der private Konsum dürfte bei steigenden Löhnen und sinkender Inflation allmählich zunehmen. Die Stabilisierung des Ölpreises und die dynamische Auslandsnachfrage dürften einen Zuwachs der Exporte von Erdöl und Erdölprodukten stützen. Die restriktive Geld- und Fiskalpolitik zusammen mit der sektoralen und institutionellen Strukturschwäche der russischen Wirtschaft und der Mangel an qualifizierten Arbeitskräften sowie an Infrastrukturausstattung werden die Entwicklung in der Prognoseperiode begrenzen. Infolgedessen wird mit einem Wirtschaftswachstum von 1.8 % im Zeitraum 2018 bis 2022 gerechnet.

# Internationale Rahmenbedingungen

## Durchschnittliche jährliche Veränderung in Prozent

| | 2013 – 2017 | 2018 – 2022 |
|---|---|---|
| Welthandel | 2.6 | 3.7 |
| BIP, real | | |
| Deutschland | 1.7 | 1.6 |
| Italien | 0.3 | 1.1 |
| Frankreich | 1.2 | 1.6 |
| Vereinigtes Königreich | 2.2 | 1.4 |
| Schweiz | 1.6 | 1.8 |
| USA | 2.2 | 2.1 |
| Japan | 1.3 | 0.9 |
| China | 7.1 | 6.1 |
| Polen | 3.2 | 3.4 |
| Slowakei | 3.0 | 3.6 |
| Tschechien | 2.8 | 3.0 |
| Ungarn | 3.2 | 3.0 |
| Slowenien | 2.4 | 3.4 |
| MOEL-5*) | 3.1 | 3.3 |
| Bulgarien | 2.7 | 3.3 |
| Rumänien | 4.5 | 3.8 |
| Kroatien | 1.6 | 2.8 |
| Russland | 0.2 | 1.8 |
| Euroraum | 1.5 | 1.7 |
| NMS-6*) | 3.2 | 3.3 |
| EU-28 | 1.7 | 1.9 |
| OECD | 2.1 | 2.0 |
| Welt | 3.5 | 3.6 |
| Österreichische Exportmärkte | 3.8 | 3.9 |
| USD/EUR Wechselkurs**) | 1.20 | 1.16 |
| Rohölpreis (Brent, USD/barrel)**) | 72.2 | 70.0 |

Quelle: Eurostat, IWF, OECD, CPB, nationale statistische Ämter, eigene Berechnungen

*) MOEL-5: Polen, Slowakei, Tschechien, Ungarn, Slowenien; NMS-6: Polen, Tschechien, Ungarn, Bulgarien, Rumänien, Kroatien

**) absolute Werte

# 4. Die österreichische Außenwirtschaft

Die **österreichische Außenwirtschaft** entwickelte sich in den vergangenen fünf Jahren verhalten. Hierfür waren primär die schleppende Welthandelsdynamik und das daraus resultierende schwache Wachstum der österreichischen Exportmärkte verantwortlich. Dabei gingen auch Marktanteile verloren. Die Warenexporte in den Euroraum stagnierten in den Jahren 2013 bis 2016 nahezu und die Güterverarbeitende Industrie litt unter der weltweit geringen Investitionsbereitschaft der Unternehmen. Die Schwäche bei den Warenexporten konnte jedoch von den Dienstleistungsexporten, insbesondere von stark wachsenden Reiseverkehrsexporten, zum Teil abgefedert werden. Im Jahr 2017 profitierten die exportorientierten Branchen Österreichs von einem deutlich besseren internationalen Umfeld. Neben dem Vorteil der engen Handelsbeziehungen mit den dynamisch wachsenden Märkten, wie zum Beispiel Deutschland und Osteuropa, erwies sich in der österreichischen Exportwirtschaft auch ihre Produktstruktur mit dem Schwerpunkt auf Investitionsgütern als Vorteil.

Am Anfang des Prognosezeitraums wird die Entwicklung der österreichischen Außenwirtschaft vom anhaltend guten internationalen Umfeld geprägt. Nach dem kräftigen Aufschwung im vergangenen Jahr wird die Exportkonjunktur jedoch einen flacheren Verlauf aufweisen. Dies betrifft die Exportnachfrage nach Gütern, aber auch in der Tourismusindustrie könnte sich der Zuwachs im Auslandsgeschäft abschwächen. Die robuste globale Nachfrage nach Investitionsgütern und die günstige Einkommensentwicklung der Haushalte in den Nachbarländern sollten die österreichische Außenwirtschaft in den kommenden Jahren stützen. Aufgrund der geringen Handelsverflechtung mit dem vereinigten Königreich sollte der Brexit die österreichischen Exporte kaum dämpfen. Die österreichische Handelsbilanz, die von 2013 bis 2017 ausgeglichen war, wird im Durchschnitt der kommenden Jahre mit einem geringfügig positiven Saldo abschließen.

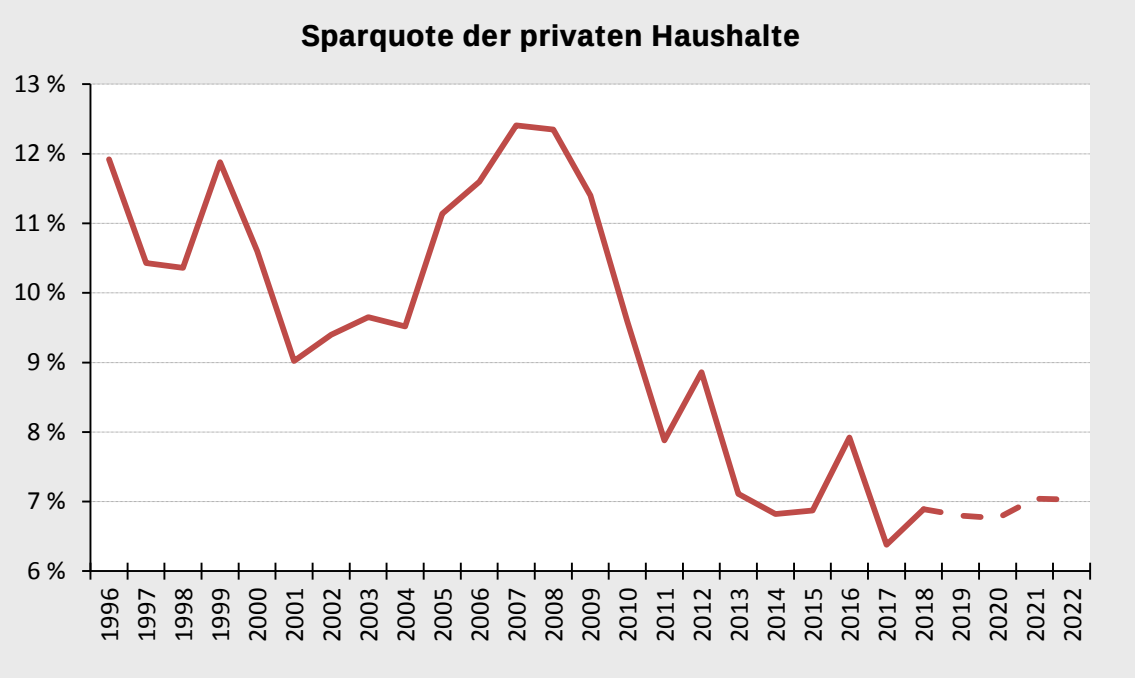
Laut Außenhandelsstatistik von Statistik Austria wuchsen die nominellen Warenexporte im Zeitraum 2013 bis 2017 im Jahresdurchschnitt um 2.8 %. Die Exporte in den Euroraum legten dabei um 2.7 % zu, während jene in die Länder außerhalb des Euroraums um 2.9 % wuchsen. Nach Produktgruppen stiegen die Exporte von Chemischen Erzeugnissen sowie von Maschinen und Fahrzeugen um 3.8 %. Die Exporte von Bearbeiteten Waren stiegen um 1.9 % und die Exporte von Fertigwaren legten um 2.7 % zu. Im Prognosezeitraum dürften die nominellen Warenexporte um durchschnittlich 5.5 % wachsen. Die nominellen Warenimporte wuchsen in den vergangenen fünf Jahren durchschnittlich um 1.7 %. Im Prognosezeitraum wird das Wachstum durchschnittlich 4.8 % betragen.

Die österreichischen Tourismusexporte erzielten in den vergangenen fünf Jahren ein durchschnittliches nominelles Wachstum von 4.0 %. In den Jahren 2013 und 2014 entwickelten sich die Tourismusexporte dynamisch. In den folgenden zwei Jahren sorgten der schwächere Euro und die steigenden verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte in den Nachbarländern für einen zusätzlichen Impuls im österreichischen Tourismus. Die Tourismusbranche wird auch in den kommenden Jahren das österreichische Exportwachstum stützen, die außerordentlich hohen Wachstumsraten der vergangenen vier Jahre werden aber wohl nicht mehr erreicht. Im Prognosezeitraum werden die Reiseverkehrsexporte um durchschnittlich 3.5 % pro Jahr zulegen.

Die realen Exporte i.w.S. laut VGR stiegen in den vergangenen fünf Jahren um durchschnittlich 2.8 %. Im Prognosezeitraum sollte sich das Wachstum auf 3.8 % beschleunigen. Dies impliziert bei einem Exportmarktwachstum von 3.9 % geringe Marktanteilsverluste für die österreichische Exportwirtschaft. Die realen Warenexporte werden durchschnittlich um 4.1 % wachsen, nach einem Zuwachs um 2.5 % im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre. Die realen Reiseverkehrsexporte sollten durchschnittlich um 1.4 % zunehmen. Die Importnachfrage dürfte sich aufgrund der kräftigeren Inlandsnachfrage etwas verstärken. Die realen Importe i.w.S. laut VGR werden somit um durchschnittlich 3.4 % wachsen, nach einem Anstieg um 3.1 % in den vergangenen fünf Jahren. Für die realen Warenimporte wird ein durchschnittliches Wachstum von 3.4 % erwartet. Die realen Reiseverkehrsimporte dürften um durchschnittlich 1.1 % zunehmen.

# 5. Perspektiven der Inlandskonjunktur

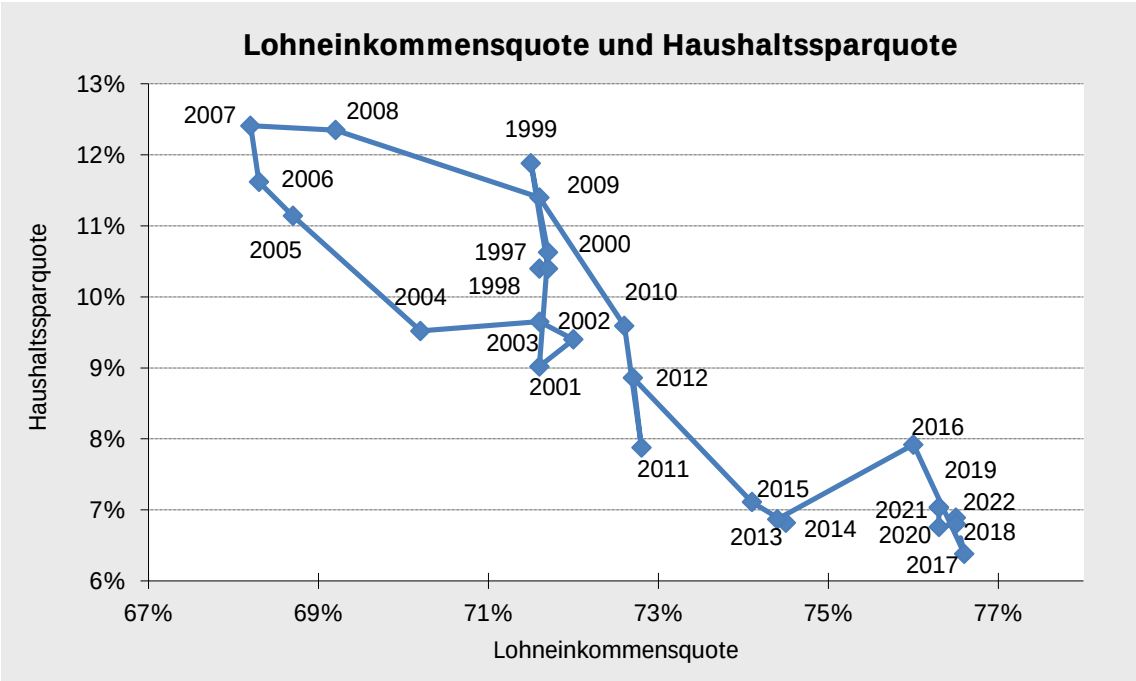
Im Prognosezeitraum wachsen die real verfügbaren Einkommen der Haushalte im jährlichen Mittel um 1.5 %. Das ist vor allem im Vergleich zu der jüngsten Vergangenheit ein sehr guter Wert, denn in den fünf Jahren zuvor hatten die realen Einkommen nur um magere 0.2 % pro Jahr zugenommen. Die stärkste Jahreszuwachsrate von 2.0 % fällt bereits im Jahr 2018 an, im kommenden Jahr geht vom Familienbonus ein Sondereffekt aus. Die mittlere jährliche Expansionsrate des realen **privaten Konsums** liegt mit 1.4 % nur wenig unter der Wachstumsrate der Einkommen, der private Konsum fungiert also weiter als wichtige Konjunkturstütze. Im Prognosezeitraum ist die **Sparquote der Haushalte** annähernd konstant bei nur leicht steigender Tendenz, sie liegt im Mittel bei 6.9 %. Das vergleichsweise kleine Aggregat „**Eigenkonsum der Dienste ohne Erwerbscharakter**" wächst im Prognosezeitraum mit 1.4 % pro Jahr, also parallel zum Konsum der Haushalte.




Die Grafik zeigt die Entwicklung der Haushaltssparquote seit 1996, wobei es sich bei den letzten fünf Werten um Prognosen handelt. Es ist erkennbar, dass diese Kenngröße markanten Wellenbewegungen unterliegt. In der Folge der globalen Finanzkrise ist sie stark abgefallen und dürfte im weiteren Verlauf die früher gewohnten zweistelligen Werte nicht mehr erreichen. Ab 2013 ist eine Stabilisierung auf einem Niveau von rund 7 % zu erkennen. Nur im Jahr 2016 lag die Haushaltssparquote als Reaktion auf die in diesem Jahr implementierte Steuerreform etwas höher, im Jahr darauf war sie wieder ungewöhnlich niedrig, als die aus der Reform erwachsenen Einkommenszuwächse verkonsumiert wurden.

Nach ökonometrischen Befunden hängt die gleichgewichtige Höhe der Haushaltssparquote in Österreich vor allem von zwei Variablen ab: erstens dem längerfristigen Normalwert der realen Einkommenszuwächse, zweitens dem Anteil der Lohneinkünfte an den Haushaltseinkommen. Die kurzfristig realisierte Haushaltssparquote reagiert zwar spontan auf einmalige Einkommensimpulse, wie etwa im Zuge einer Steuerreform, strebt dann jedoch wieder ihrem Gleichgewicht zu, solange

die Erwartungen der beiden Bestimmungsfaktoren sich nicht ändern. Für den europäischen Raum existieren mehrere empirische Studien, [1] die sich mit der Erklärung der Haushaltssparquote, sowohl im Zeitverlauf als auch im Ländervergleich, befassen. Der Einfluss der sogenannten ricardianischen Effekte, nach denen die Gebarung der öffentlichen Haushalte die private Nachfrage beeinflusst, bleibt ungesichert. Unsicherheit über die wirtschaftliche Situation, wie sie sich durch höhere Volatilität von Indikatoren oder durch eine höhere Arbeitslosenquote manifestiert, spielt im Ländervergleich eine Rolle. In Ländern mit vergleichsweise geringer Arbeitslosigkeit jedoch, wie in Österreich, ist von dieser Seite kein Einfluss auf die Konsumnachfrage erkennbar. Vermögensbestände können als zusätzliches Reservoir für die Bedürfnisse der Haushalte dienen und damit zusätzlichen Konsum in Zeiten schwacher Einkommensdynamik ermöglichen, sie sind aber nur schwer gesichert zu erheben. Hingegen hat die Art der Einkünfte eine tragende Bedeutung: die Konsumneigung aus Lohneinkommen dürfte etwa doppelt so hoch sein wie diejenige aus Nichtlohneinkommen. Dieser Aspekt dürfte auch für den österreichischen Zeitverlauf hoch relevant sein, wie das folgende Streudiagramm bestätigt, das deutlich den negativen Zusammenhang zwischen dem Lohnanteil an den Einkünften und der Haushaltssparquote dokumentiert. Der andere wichtige Erklärungsfaktor für die Sparquote ist naturgemäß das Einkommenswachstum. Liegt das jährliche Wachstum der Realeinkommen im Bereich von unter 1 %, wie dies zuletzt mehrere Jahre hindurch der Fall war, dann fehlt den Haushalten der Spielraum für aktive Sparpläne, und die Sparquote fällt ab. Bei stärkerem Einkommenswachstum baut sich die Sparquote auf.

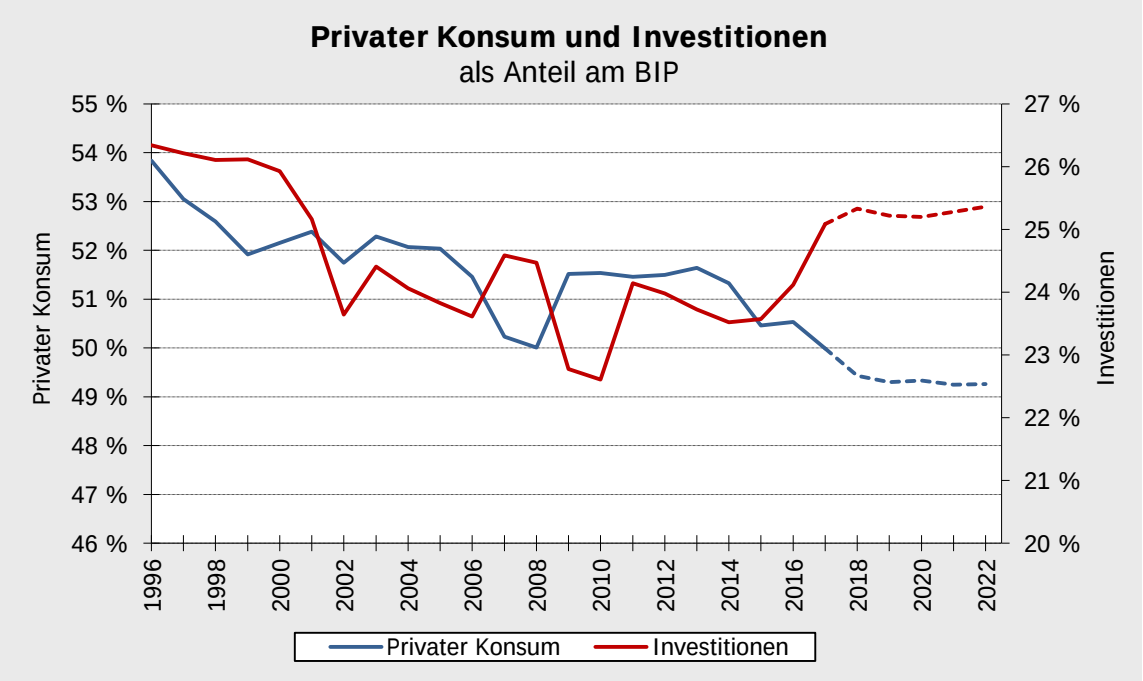



In dem Streudiagramm ist auf der horizontalen Achse der Anteil der Lohneinkommen an den Einkünften der Haushalte aufgetragen, auf der vertikalen Achse die Haushaltssparquote. Die Werte im Zentrum der Grafik bis etwa um die Jahrtausendwende waren durch einen Lohnanteil von rund 72 % und starke Schwankungen in der Sparquote im Bereich von 9 bis 12 % gekennzeichnet. In

[1] Rocher, S., Stierle, M.H. (2015), Household saving rates in the EU: Why do they differ so much? Discussion Paper 005, European Commission und de Bondt, G.J., Gieseck, A., Zekaite, Z. (2018), Thick modelling income and wealth effects: a forecast application to euro area private consumption, Working paper, European Central Bank.

der Folge ging der Lohnanteil auf unter 69 % zurück, und die Haushaltssparquote baute sich bis zum Wendepunkt 2007 auf. Seither dominiert eine Bewegung nach rechts, also zu höheren Lohnanteilen, und nach unten, also zu niedrigeren Sparquoten. Im Prognosezeitraum kommt diese Bewegung zur Ruhe bei eher niedrigen Sparquoten im Bereich von 6 bis 7 % und einem hohen Lohnanteil von über 76 %. Da im Prognosezeitraum Lohneinkommen und Vermögenseinkommen parallel wachsen, ergeben sich keine neuen Impulse auf die Haushaltssparquote.

Die Tatsache, dass die Haushaltssparquote im letzten Jahrzehnt gefallen ist, bedeutet, dass sich der Anteil der Konsumausgaben am verfügbaren Haushaltseinkommen erhöht hat. Die folgende Grafik zeigt allerdings, dass der Anteil des privaten Konsums am Bruttoinlandsprodukt in den letzten Jahrzehnten einer fallenden Tendenz unterlegen ist. Zum Vergleich sind hier die Entwicklung des privaten Konsums und der Bruttoanlageinvestitionen als Anteil am Bruttoinlandsprodukt dargestellt, kurz der **Konsumquotient** und der **Investitionsquotient**, wobei hier alle Nachfrageaggregate zu laufenden Preisen gemessen sind. Diese Quotienten gehören historisch zu den sogenannten „großen Quotienten“ [2] und werden vielfach als langfristig konstante (stationäre) Kennzahlen einer Ökonomie angesehen. In Österreich haben jedenfalls beide Quotienten im Zehnjahreszeitraum 1996 bis 2005 eher abgenommen, wobei speziell der Konsumquotient einen Rückgang von rund 54 % auf rund 49 % zeigt. Diese gemeinsame relative Abwärtsbewegung der beiden wichtigen Inlandsaggregate spiegelt saldenmechanisch die gleichzeitige Verbesserung der Leistungsbilanz wider. In der Folgezeit scheinen beide Quotienten neue Normalwerte gefunden zu haben. Zuletzt ist der Konsumquotient eher gefallen, der Investitionsquotient gegenläufig gestiegen. Beide Bewegungen kommen im Prognosezeitraum zur Ruhe.




[2] Klein, L.R., Kosobud, R.F. (1961), Some Econometrics of Growth: Great Ratios of Economics, The Quarterly Journal of Economics, 75(2), S. 173-198 und King, R.G., Plosser, C.I., Stock, J.H., Watson, M.W. (1991), Stochastic Trends and Economic Fluctuations, American Economic Review, 81, S. 819-840.

Die **Anlageinvestitionen** sind für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung in doppelter Hinsicht von Bedeutung. Zum einen sind sie ein Teil der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage. Zum anderen fließen sie über die Erneuerung und Erweiterung des Kapitalstocks in die Bestimmung des Produktionspotenzials ein. Die Investitionen entfalten somit kurzfristig einen Nachfrageeffekt und mittelfristig darüber hinaus einen Kapazitätseffekt. Die Anlageinvestitionen werden ihrerseits von der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage beeinflusst. Dies trifft insbesondere auf die Unternehmensinvestitionen zu, also die Ausrüstungsinvestitionen und die Bauinvestitionen der Unternehmen. Aufgrund der Langlebigkeit von Kapitalgütern ist weniger die gegenwärtige als vielmehr die für die Zukunft erwartete Entwicklung der Absatzmöglichkeiten relevant. Zudem sind die Unternehmen an Planungssicherheit interessiert, sodass eine hohe Volatilität der Gewinne die Investitionstätigkeit beeinträchtigt. Neben den Absatzmöglichkeiten sind die Finanzierungskonditionen für Investitionsentscheidungen wesentlich. Hier ist zunächst der Zinssatz auf langfristige Staatsanleihen zu nennen. Je höher dieser ist, umso attraktiver sind Finanzanlagen statt Investitionen in Sachanlagen. Zudem steigen mit höheren Staatsanleiherenditen in der Regel auch die Zinssätze für Bankkredite. Oft ist aber letzterer deutlich höher, und dieser Risikoaufschlag ist gleichfalls für die Investitionsfinanzierung relevant. Schließlich sind für die Kreditfinanzierung die sonstigen Konditionen abseits der reinen Zinskosten wichtig.

Die **realen Ausrüstungsinvestitionen** (einschließlich Investitionen in sonstige Anlagen) sind im zurückliegenden Fünf-Jahres-Zeitraum um 3.4 % pro Jahr gestiegen. Die Durchschnittsbetrachtung verdeckt teils beträchtliche Schwankungen zwischen den Jahren. So gab es in diesem Zeitraum Jahre mit einer sehr schwachen Investitionstätigkeit (-1.3 % im Jahr 2014) sowie mit recht kräftigen Wachstumsraten (6.0 % im Jahr 2016 und 6.9 % im Jahr 2017). Innerhalb der Ausrüstungsinvestitionen wurden die Investitionen in Maschinen und Geräte um 4.0 %, die Käufe von Fahrzeugen um 2.4 % und die Investitionen in geistiges Eigentum um 3.2 % pro Jahr ausgeweitet. Im Projektionszeitraum bleiben die Rahmenbedingungen vorteilhaft für die Investitionstätigkeit, allerdings dürften sie sich allmählich etwas verschlechtern. Die Kapazitätsauslastung ist gegenwärtig im historischen Vergleich sehr hoch, sodass zunächst noch Erweiterungsinvestitionen getätigt werden dürften. Mit dem erwarteten Nachlassen der Konjunkturdynamik und der Steigerung der Produktionskapazitäten aufgrund der seit dem Jahr 2016 sehr lebhaften Investitionstätigkeit sollte der Bedarf an Erweiterungsinvestitionen aber rasch gedeckt sein und die Sachkapitalbildung einen ruhigere Gangart einschlagen. Zudem werden die langfristigen Zinsen im Prognosezeitraum steigen, wenngleich nur sehr langsam. Die Ausrüstungsinvestitionen werden im laufenden Jahr um 4.0 % und im kommenden Jahr um 1.8 % steigen. Für den Zeitraum ab 2020 erwartet das Institut eine Ausweitung um 2.5 % pro Jahr, womit sich für den gesamten Fünf-Jahres-Zeitraum ein durchschnittliches Wachstum von 2.6 % ergibt.

Die ausgeprägte Konkurrenz auf den Weltmärkten für Investitionsgüter dämpft die Preisentwicklung für diese Produkte. Im zurückliegenden Fünf-Jahres-Zeitraum ist der Preisindex der Ausrüstungsinvestitionen durchschnittlich um 1.0 % gestiegen, wobei die Spanne von 0.7 % im Jahr 2017 bis 1.4 % im Jahr 2015 reichte. Vor dem Hintergrund der abnehmenden Dynamik der Ausrüstungsinvestitionen sowie der unterstellten weitgehenden realen Konstanz der Rohstoffpreise erwartet das Institut, dass der Deflator der Ausrüstungsinvestitionen bis zum Jahr 2022 durchschnittlich um 0.8 % jährlich zulegen wird.

Die **realen Bauinvestitionen** haben in den vergangenen Jahren ihre lange Schwächephase überwunden und sind zuletzt kräftig gestiegen. Dass für den Fünf-Jahres-Zeitraum dennoch nur ein jährliches Wachstum von 0.6 % zu Buche steht, liegt daran, dass die Bauinvestitionen in den Jahren 2013 und 2014 noch gesunken sind und erst im Jahr 2015 die Erholung einsetzte. Die Investitionen in Wohnbauten und in sonstige Bauten wurden im Durchschnitt der fünf Jahre im gleichen Ausmaß ausgeweitet. Das war in der Vergangenheit meistens nicht der Fall, denn in den zurückliegenden 20 Jahren wurden die sonstigen Bauinvestitionen um 0.4 % pro Jahr gesteigert, während die Wohnbautätigkeit um 0.8 % jährlich zurückging. Trotz der jüngsten Belebung waren die realen Wohnbauinvestitionen daher im Jahr 2017 noch immer um 15 % niedriger als 20 Jahre zuvor, während die sonstigen Bauinvestitionen ihr Niveau von 1997 um 7 ½ % übertrafen.

Im Prognosezeitraum sollten die Bauinvestitionen aufwärts gerichtet bleiben. Für das Jahr 2018 rechnet das Institut mit einem Wachstum von 2.5 %, das in etwa jenem im Vorjahr entspricht. Anschließend wird sich das Tempo aber wohl verringern. Die Wohnbautätigkeit wird weiterhin von der zunehmenden Nachfrage nach Wohnraum aufgrund der steigenden Bevölkerung und der Tendenz zu kleineren Familiengrößen gestützt. Zudem werden die Immobilienpreise wohl weiter steigen, und die langfristigen Zinsen ziehen nur sehr zögerlich an. Die Bauinvestitionen der Unternehmen sollten sich etwa im Einklang mit den Ausrüstungsinvestitionen entwickeln. Die Bautätigkeit von Bund, Ländern und Gemeinden profitiert von der verbesserten Kassenlage der Gebietskörperschaften. Alles in allem erwartet das Institut, dass die Bauinvestitionen im Zeitraum 2018 bis 2022 um 1.8 % pro Jahr ausgeweitet werden.

Die Baupreise werden maßgeblich durch die Löhne sowie die Preise für im Baubereich wichtige Materialien wie Bitumen, Eisen und Stahl beeinflusst. Dabei sind die Rohstoffpreise für den Tiefbau besonders wichtig, während für das personalintensivere Ausbaugewerbe die Lohnkosten eine größere Rolle spielen. Der Deflator der Bauinvestitionen ist im zurückliegenden Fünf-Jahres-Zeitraum durchschnittlich um 2.4 % und damit um 0.7 Prozentpunkte stärker als der Deflator des Bruttoinlandsprodukts gestiegen. Vor dem Hintergrund der erwarteten moderaten Entwicklung der internationalen Rohstoffpreise und der heimischen Lohnstückkosten erwartet das Institut, dass der Deflator der Bauinvestitionen bis 2022 um 2.2 % pro Jahr steigt, womit sich der Abstand zur allgemeinen Preisentwicklung auf 0.4 Prozentpunkte pro Jahr verringert.

Die gesamten **realen Bruttoanlageinvestitionen**, also die Summe aus Ausrüstungs- und Bauinvestitionen, sind in den zurückliegenden fünf Jahren um 2.1 % pro Jahr gestiegen. Die vorliegende Prognose der Ausrüstungs- und der Bauinvestitionen impliziert für die Anlageinvestitionen bis 2022 eine geringe Zunahme des jahresdurchschnittlichen Wachstums auf 2.3 %. Dabei laufen die Erhöhung des durchschnittlichen Wachstums der Bauinvestitionen und die Abschwächung der Ausrüstungsinvestitionen in entgegengesetzte Richtungen. Die Investitionsquote, also der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am nominellen Bruttoinlandsprodukt, betrug im Durchschnitt des vergangenen Fünf-Jahres-Zeitraums 23.0 %. Gemäß der vorliegenden Prognose wird sie im Durchschnitt des Prognosezeitraums 23.5 % betragen und damit auf dem im Jahr 2017 erreichten Niveau verharren. Die Lagerbestandsveränderungen waren im Durchschnitt der zurückliegenden Jahre in etwa neutral für das Wirtschaftswachstum, und dies sollte auch im Durchschnitt des Prognosezeitraums so sein. Die gesamten **realen Bruttoinvestitionen**, also die Summe aus Anlageinvestitionen und Lagerbestandsveränderungen, werden gemäß der vor-

liegenden Prognose bis 2022 um 2.5 % jährlich zulegen, nach 2.4 % pro Jahr in den vergangenen fünf Jahren.

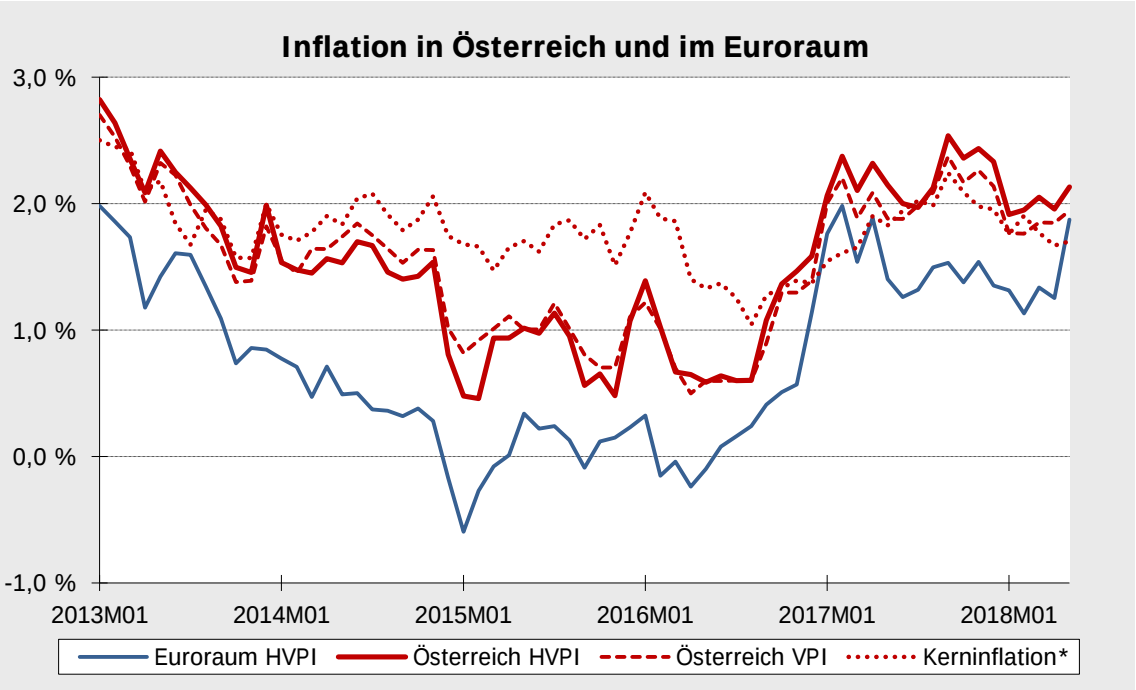
Für die Lage der **öffentlichen Haushalte** lassen das gute konjunkturelle Umfeld sowie die niedrigen Finanzierungskosten erwarten, dass im Prognosezeitraum zum ersten Mal seit 1974 Überschüsse erwirtschaften werden können. So wird sich der Maastricht-Saldo des Gesamtstaates von -0.2 % im Jahr 2018 auf leichte Überschüsse von 0.1 % in den Jahren 2019 und 2020 verbessern. In den Jahren 2021 und 2022 verbessert sich dieses nahezu ausgeglichene Budget weiter auf Überschüsse von 0.3 % bzw. 0.4 % des BIP. Diese Budgetüberschüsse in Kombination mit dem soliden Wachstum werden bewirken, dass es auch zu einer Absenkung der Staatsschulden in Relation zum BIP kommt und der Gesamtstaat sich zum Ende des Prognosezeitraums in Richtung des Maastricht-Referenzwerts von 60 % bewegen wird.

Diese günstige Lage im Bereich der öffentlichen Haushalte geht einnahmeseitig primär auf die Entwicklung der direkten Steuern zurück. Für die Jahre 2020 bis 2022 unterstellt das Institut einen gleichbleibenden Anteil der direkten Steuern am BIP, eine Status-quo-Prognose würde einen etwas höheren Budgetüberschuss implizieren. Des Weiteren wird die Einnahmeseite von einer positiven Entwicklung der Produktionsabgaben gestützt, welche im Prognosezeitraum durchschnittlich um 2.7 % steigen sollten. Ausgabeseitig wird davon ausgegangen, dass sich das Wachstum des öffentlichen Konsums von 2.3 % bzw. 1.8 % in den Jahren 2019 und 2019 über den weiteren Prognosezeitraum abschwächen wird und im Durchschnitt der Jahre 2020 bis 2022 bei 1.7 % liegen wird.

Im Bereich der Steuern begrüßt das Institut grundsätzlich die Vorhaben zur Verringerung der im internationalen Vergleich hohen Abgabenbelastung. Ansatzpunkte für weitere Reformschritte stellen die Dämpfung der kalten Progression, Maßnahmen im Bereich der Unternehmenssteuern sowie eine weitere Senkung der steuerlichen Belastung des Faktors Arbeit dar. Diese Maßnahmen müssen aber gegenfinanziert werden. Bei einem Ausbleiben der Gegenfinanzierung droht ansonsten ein Nichterreichen der Budgetüberschüsse mit entsprechenden Folgen für die immer noch hohe Staatsverschuldung. Gegenwärtig wäre der richtige Zeitpunkt, um Strukturreformen anzugehen, etwa in den Bereichen Pensionen, Finanzausgleich und Gesundheit. Durch diese Reformen sollten die vorhandenen Effizienzpotenziale im öffentlichen Bereich gehoben werden. Durch eine anreizkompatiblere Verteilung der Kompetenzen und eine Beseitigung von Mehrfachzuständigkeiten im Rahmen der Reform des Finanzausgleichs könnten die Transparenz erhöht und die Weichen für eine effizientere öffentliche Verwaltung gestellt werden. Maßnahmen zur Reduktion der Verwaltungskosten im Sozialversicherungsbereich sind positiv zu beurteilen, lösen aber nicht die Kompetenzprobleme bei der Gesundheitsfinanzierung („Finanzierung aus einer Hand"). Im Hinblick auf die Budgetstruktur wäre eine stärkere Priorisierung zukunftsorientierter öffentlicher Ausgaben erforderlich (etwa in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung, Infrastruktur und Digitalisierung). Die Mittel müssen aber auf jeden Fall effizient eingesetzt werden. So sind etwa Maßnahmen zur Erhöhung der Effizienz der eingesetzten Mittel insbesondere im Bildungswesen angezeigt. Österreich kann seine Rolle als Hochlohnstandort mittelfristig nur beibehalten, wenn Innovationen und der Aufbau von Humankapital gefördert werden.

Im Zeitraum 2013 bis 2017 sind die **Arbeitnehmerentgelte je Aktiv-Beschäftigten** pro Jahr um durchschnittlich 2.0 % gestiegen. Unter Berücksichtigung der für die Haushalte relevanten

Preissteigerungen (Konsumdeflator) von 1.8 % pro Jahr ergibt sich eine leichte Zunahme der realen Bruttolöhne. Ursächlich für das schwache Reallohnwachstum war wohl die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die mit durchschnittlich 0.1 % stagnierte. Dennoch wuchsen die realen Nettolöhne um 0.7 % pro Jahr, was auf die Steuerreform aus dem Jahr 2016 zurückzuführen ist. Somit konnten die Nettolohnverluste in den anderen Jahren des Fünf-Jahres-Zeitraums überkompensiert werden. Im letzten Jahr hat sich die Arbeitsproduktivität wieder deutlich erhöht (1.0 %). Das Institut geht davon aus, dass diese auch weiterhin – wenn auch in etwas geringerem Maße als im Jahr 2017 – steigen wird. Dies dürfte sich zumindest teilweise in den Arbeitnehmerentgelten (2.5 % pro Jahr) niederschlagen. Die Reallöhne, also nach Abgeltung der Inflation, werden mit 0.5 % etwa im selben Ausmaß wie die Produktivität zulegen können.

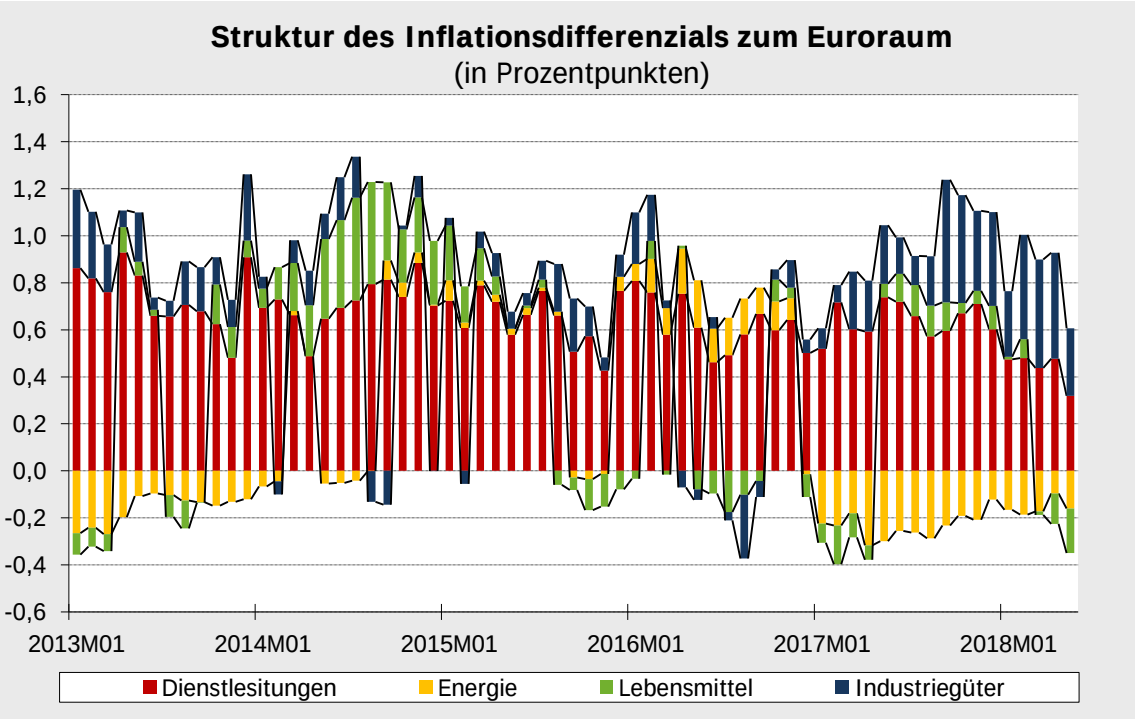



Quelle: Statistik Austria, Eurostat, eigene Berechnungen. *Inflation ohne Nahrungsmittel und Energie in AT

Die **Inflation** der vergangenen fünf Jahre (gemessen am Anstieg des VPI) fiel mit 1.5 % rund einen halben Prozentpunkt schwächer aus als in der Vergleichsperiode davor. Dies ist im Wesentlichen auf den Ölpreisverfall ab Mitte 2014 zurückzuführen, der neben einer geringeren Nachfrage nach Rohöl auch auf eine veränderte Angebotspolitik seitens der OPEC-Länder zurückzuführen war. Die Teuerungsraten sanken daraufhin weltweit. In Österreich betrugen diese in den Jahren 2015 und 2016 jeweils nur 0.9 %. Erst im Jahr 2017 stieg die Inflation wieder über die 2-Prozent-Marke, um welche sie seitdem pendelt. Während die Energiepreisentwicklung maßgeblich für die Dynamik der Inflationsraten war, erklären primär die stärkeren Preissteigerungen im Bereich der Dienstleistungen das im Vergleich zum Euroraum-Durchschnitt höhere Niveau, welche mehrheitlich auf die tourismusnahen Bereiche wie Beherbergungen, Bars und Restaurants, aber auch auf Wohnungsmieten zurückzuführen sind. Im Prognosezeitraum erwartet das Institut kaum preistreibende Impulse seitens der Energiepreise. Die Rohstoffpreise (ohne Energie) und die Nahrungsmittelpreise haben seit Mitte 2017 wieder etwas angezogen, der Preisdruck aus diesen Bereichen dürfte aber moderat bleiben. Auch von den Lohnstückkosten, die durchschnittlich um 1.9 % pro Jahr steigen sollten, dürften kaum preistreibende Impulse ausgehen.

Im Schnitt der nächsten fünf Jahre geht das Institut davon aus, dass die Inflation 2.0 % betragen wird.

Im Zeitraum 2013 bis 2017 betrug der Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex (HVPI) im Euroraum 0.7 %, während er in Österreich 1.5 % betrug. Insbesondere in den Jahren 2014 und 2015 verzeichnete Österreich, mit wenigen Ausnahmen, die höchsten monatlichen Teuerungsraten aller Länder des Euroraums, was hauptsächlich auf die vergleichsweise hohen Inflationsbeiträge aus dem Dienstleistungsbereich zurückzuführen ist. Das hohe Inflationsdifferenzial von durchschnittlich 0.8 Prozentpunkten zum Euroraum wurde aber auch von notwendigen Preisanpassungen in den Peripherieländern getrieben, die den Preisanstieg im Euroraum dämpften. Für den Prognosezeitraum erwartet das Institut eine durchschnittliche Inflationsrate von 1.8 % für den Euroraum und von 2.0 % für Österreich. Dies impliziert, dass im Jahr 2022 kein Inflationsdifferenzial zwischen Österreich und dem Euroraum mehr besteht.




Quelle: Eurostat, eigene Berechnungen

Gegenwärtig prägt die Hochkonjunktur die **Arbeitsmarktlage.** Die Beschäftigungsnachfrage fällt äußerst kräftig aus und die Arbeitslosenzahlen gehen spürbar zurück. Im Prognosezeitraum dürfte sich der Beschäftigungsaufbau etwas verlangsamen. Das Arbeitskräfteangebot sollte aus demografischen Gründen weniger stark steigen. Vor diesem Hintergrund wird bis zum Ende des Prognosezeitraums ein Rückgang der Arbeitslosenquote laut nationaler Definition auf knapp 7 ½ % erwartet. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat-Definition sollte dann 5 % betragen. Damit fällt die Arbeitsmarktprognose zwar noch optimistischer als vor einem Jahr aus, die Arbeitslosigkeit dürfte jedoch auf einem historisch hohen Niveau bleiben. Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, insbesondere solche, die die fachliche Qualifikation der Arbeitslosen erhöhen, sind wohl für eine Reduktion der strukturellen Arbeitslosigkeit notwendig.

Die Hochkonjunktur manifestiert sich gegenwärtig in einer äußerst kräftigen Expansion der **Beschäftigung**. Diese hat in der ersten Jahreshälfte um gut 2 ½ % im Vorjahresvergleich zugenommen. In sektoraler Sicht verzeichneten der Bau und die Sachgüterproduktion die stärksten Arbeitsplatzgewinne, aber auch im Dienstleistungsbereich verlief die Beschäftigungsentwicklung äußerst dynamisch. Rund 60 % der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigungszuwächse entfielen auf Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Damit steigt die Ausländerbeschäftigung weiterhin überdurchschnittlich, aber auch die Inländerbeschäftigung hat markant zugelegt. Aufgrund der Abschwächung der Konjunktur wird sich das Tempo des Beschäftigungsaufbaus im weiteren Prognosezeitraum wohl spürbar verlangsamen. Für den Zeitraum 2018 bis 2022 ist ein durchschnittlicher Beschäftigungszuwachs von 1.3 % pro Jahr zu erwarten. Hierbei wird unterstellt, dass die Arbeitsproduktivität, nach einer Stagnation in den vergangenen fünf Jahren, verhalten ansteigt (0.6 % pro Jahr). Bis zum Jahr 2022 werden laut Prognose somit knapp 250,000 zusätzliche Arbeitsplätze entstehen.

In den vergangenen fünf Jahren hat das Arbeitskräfteangebot um 270,000 Personen zugenommen. Haupttreiber dieser Entwicklung war die Arbeitnehmerfreizügigkeit in der EU. 80 % des Anstiegs des Arbeitskräfteangebots entfiel auf Personen ohne österreichische Staatsbürgerschaft. Aufgrund der Alterung der Bevölkerung sollte sich der Anstieg bei den potenziellen Erwerbspersonen im Prognosezeitraum etwas verlangsamen, allerdings dürften die Erwerbsquoten insbesondere von Frauen und Älteren weiter steigen und die Zuwanderung rege bleiben. Einen Unsicherheitsfaktor bildet weiterhin die Arbeitsmarktintegration von Asylberechtigten.

Der kräftige Wirtschaftsaufschwung schlägt sich in einer fallenden Zahl von **Arbeitslosen** nieder. Seit dem Vorjahr geht die Arbeitslosigkeit markant zurück. Diese positive Entwicklung sollte sich im nächsten Jahr noch fortsetzen. In der weiteren Prognoseperiode ist mit einer annähernden Stagnation der Arbeitslosigkeit zu rechnen. Die Beschäftigungsnachfrage dürfte sich wegen der Abkühlung der Konjunktur verlangsamen und das Arbeitskräfteangebot belebt bleiben. Weiters gibt es keine Anzeichen für einen abnehmenden qualifikatorischen Mis-Match, der Fachkräftemangel könnte aufgrund der demografischen Entwicklung sogar zunehmen. Ausgehend von 340,000 Personen im Vorjahr wird die Zahl der vorgemerkten Arbeitslosen somit bis zum Ende des Prognosezeitraums auf 310,000 Personen fallen. Das Institut unterstellt im Durchschnitt 65,000 Personen in Schulungsmaßnahmen. Laut Prognose geht die Arbeitslosenquote gemäß nationaler Definition von 8.5 % im Vorjahr bis zum Jahr 2022 auf 7.4 % zurück. Laut Eurostat-Definition ergibt sich im Jahr 2022 eine Quote von 5.0 % nach 5.5 % im Vorjahr.

Die Entwicklung der Arbeitsmarktintegration der Asylberechtigten stellt weiterhin ein Prognoserisiko dar. Gegenwärtig sind rund 30,000 Asylberechtigte beim AMS vorgemerkt (jeweils rund 50 % als Arbeitslose bzw. Personen in Schulungsmaßnahmen), Im Vorjahresvergleich beträgt der Anstieg somit rund 3,000 Personen. Die Asylberechtigten dürften auch von der guten Konjunktur profitieren. So ist die Beschäftigung von Personen aus Syrien und Afghanistan im Jahresabstand um 5,000 Personen gestiegen. Die Integration in den Arbeitsmarkt bleibt aber vor dem Hintergrund der kräftigen Zunahme der positiven Asylbescheide in den Vorjahren (26,500 im Jahr 2016 bzw. 29,500 im Jahr 2017) weiterhin nur sehr verhalten. Ein deutlich verstärkter Zustrom der Asylberechtigten auf den Arbeitsmarkt könnte die Arbeitslosigkeit zumindest temporär merklich erhöhen.

Im Vergleich zur Situation vor einem Jahr hat sich die Arbeitsmarktlage verbessert. Mit einer Quote von knapp 7 ½ % am Ende des Prognosezeitraums bleibt die Arbeitslosigkeit im historischen Vergleich aber hoch. Für eine Rückführung der strukturellen Arbeitslosigkeit sind wohl Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik erforderlich, die auf die Erhöhung der Beschäftigungsfähigkeit der Erwerbspersonen abzielen.

Die vorliegenden Daten deuten auf das Bestehen von qualifikatorischem Mis-Match, also das Auseinanderklaffen der von der Wirtschaft nachgefragten und von den Arbeitslosen angebotenen Kompetenzen hin. Die Alterung der Gesellschaft könnte den Fachkräftemangel noch verstärken. Der rasche technologische Wandel erfordert eine permanente Bereitschaft der Arbeitnehmer zu Re- und Weiterqualifikation. In diesem Zusammenhang sind beispielsweise die von der Digitalisierung der Arbeitswelt ausgehenden Herausforderungen zu nennen. Verstärkte Maßnahmen zur Erhöhung der arbeitsmarktrelevanten Qualifikationen der Arbeitslosen und der regionalen Mobilität erscheinen daher notwendig.

Gegenwärtig expandiert die Beschäftigung aus konjunkturellen Gründen äußerst kräftig. Mittelfristig sind aber weitere Anstrengungen zur Senkung der Steuerlast auf den Faktor Arbeit sinnvoll, um die Arbeitsnachfrage zu stärken. Hilfreich wären auch verstärkte Anstrengungen zur Hebung der gesamtwirtschaftlichen Produktivität, da nur so ein stabiles Wachstum der Reallöhne sichergestellt werden kann. Das Institut geht davon aus, dass die Flexibilisierung der Arbeitszeit den Wirtschaftsstandort Österreich stärkt. Bei einem positiven Zusammenhang zwischen dem Einsatz von flexiblen Arbeitszeitmodellen und der Produktivität (etwa eine bessere Abstimmung des Arbeitseinsatzes auf die Auftragslage) kann die Implementierung dieser Modelle sowohl für Unternehmen (geringe bis keine Neueinstellungskosten, weniger Leerzeiten) als auch für Arbeitskräfte (mehr Zeitsouveränität, langfristige Beschäftigungssicherheit) vorteilhaft sein. Aus Sicht des Instituts ist es daher bedauerlich, dass die Sozialpartner keinen Konsens in der Arbeitszeitfrage erzielen konnten.

Sinnvoll wäre eine Stärkung der Präventionskomponente bei der aktiven Arbeitsmarktpolitik, um das Entstehen von Langzeitarbeitslosigkeit bereits frühzeitig zu bekämpfen. Gefordert ist in diesem Zusammenhang auch die Bildungspolitik. So sind Reformen sinnvoll, die Defizite bei den Basisqualifikationen der Jugendlichen möglichst früh bekämpfen (z.B. frühkindliche Förderung insbesondere bei Kindern aus bildungsfernen Schichten bzw. mit Migrationshintergrund). Anstrengungen in diese Richtung sollten verstärkt werden. Vor dem Hintergrund der Alterung der Bevölkerung sind Präventionsmaßnahmen im Gesundheitsbereich angezeigt, um die Beschäftigungsfähigkeit im Alter zu erhöhen. Die internationale Evidenz zeigt, dass die Integration von Flüchtlingen in den Arbeitsmarkt schwierig ist und länger dauert als bei Zuwanderung aus anderen Motiven. Erfolgversprechend erscheinen möglichst frühe Integrationshilfen. Die Kürzungen der Mittel der aktiven Arbeitsmarktpolitik für Asylberechtigte (Integrationsjahr) sollten daher überdacht werden.

# 6. Monetäre Prognose

Die Leitzinsen liegen weiterhin in vielen Ländern bzw. Regionen auf historischen Tiefstständen. Im Euroraum liegt der Zinssatz für Hauptrefinanzierungsgeschäfte seit März 2016 bei 0 %. Dies ist das niedrigste Niveau seit der Einführung des Euro. Davor waren die Leitzinsen seit Herbst 2008 kontinuierlich zurückgenommen worden, mit einer kurzen Unterbrechung im Jahr 2011, als die EZB die Leitzinsen (für kurze Zeit) zwei Mal erhöhte. In der Schweiz liegt das Zielband für den Dreimonats-Libor seit Anfang 2015 vollkommen im negativen Bereich (-1.25 % bis -0.25%), und in Japan sind die Leitzinsen seit Februar 2016 negativ (-0.1 %). In den Vereinigten Staaten dagegen wurde im Dezember 2015 die Zinswende eingeleitet. Seitdem hat die Fed die Spanne für den Zielsatz für Taggeld in insgesamt sieben Zinsschritten auf gegenwärtig 1.75 % bis 2 % angehoben. Auch im Vereinigten Königreich wurde der Reposatz bereits erhöht, und zwar im November 2017 von 0.25 % auf 0.5 %.

| Leitzinsen | Europäische Zentralbank | Federal Reserve | Bank of England | Schweizerische Nationalbank | Bank of Japan |
|---|---|---|---|---|---|
| Ende 2013 | 0.25 | 0 – 0.25 | 0.5 | 0 – 0.25 | 0.1 |
| Ende 2014 | 0.05 | 0 – 0.25 | 0.5 | -0.75 – 0.25 | 0.1 |
| Ende 2015 | 0.05 | 0.25 – 0.5 | 0.5 | -1.25 – -0.25 | 0.1 |
| Ende 2016 | 0 | 0.5 – 0.75 | 0.25 | -1.25 – -0.25 | -0.1 |
| Ende 2017 | 0 | 1.25 – 1.5 | 0.5 | -1.25 – -0.25 | -0.1 |
| Durchschnitt 2013-2017 | 0.16 | 0.33 | 0.44 | -0.45 | 0.03 |
| 13.7.2018 | 0 | 1.75 – 2 | 0.5 | -1.25 – -0.25 | -0.1 |

Quelle: Nationale Zentralbanken, Thomson Reuters Datastream

Anmerkung: Zur Ermittlung der durchschnittlichen Leitzinssätze werden für den US-Dollar ein Wert von 0.1 % für den Zielsatz „nahe bei Null“ bzw. die mittleren Zinssätze verwendet, für den Schweizer Franken die angestrebten (mittleren) Zielsätze.

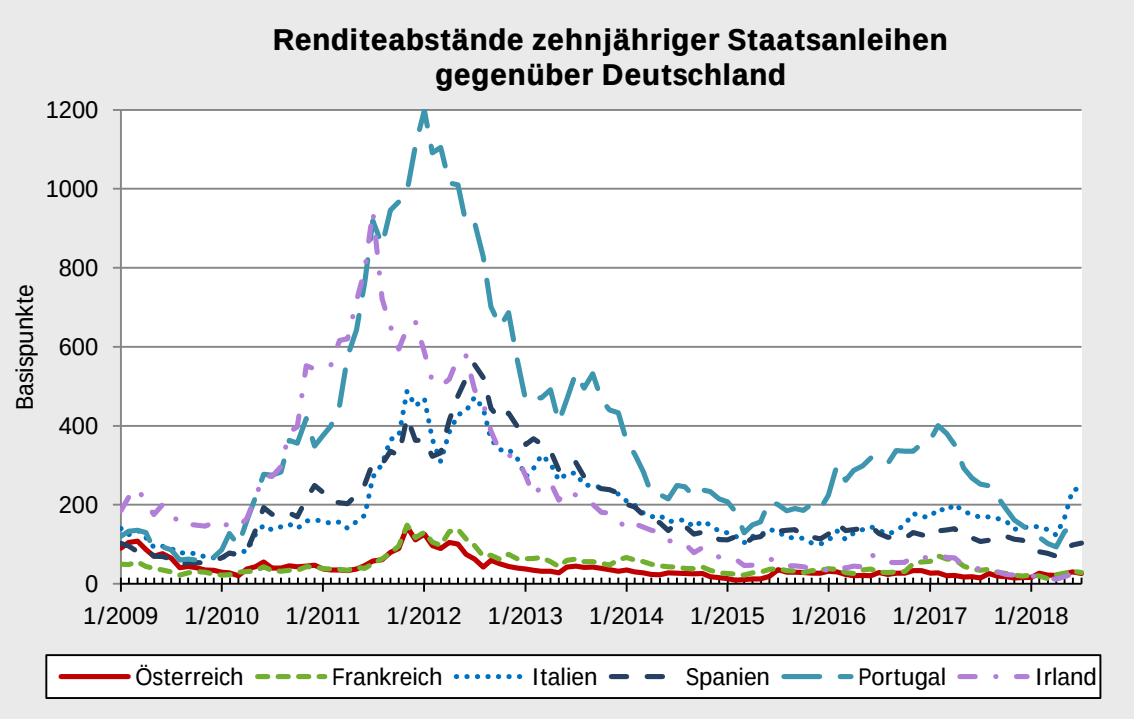
Gleichzeitig mit der Rücknahme des Zinssatzes für Hauptrefinanzierungsgeschäfte wurden im März 2016 im Euroraum auch die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität gesenkt. Letzterer beträgt seit diesem Zeitpunkt -0.40 %. Banken müssen also dafür bezahlen, wenn sie Geld (über die Mindestreserve hinaus) bei der EZB anlegen. Schon im Herbst 2008 hatte die EZB ihre Liquiditätsvergabepolitik dahingehend geändert, dass die Nachfrage der Banken vollständig bedient wird, solange genügend Sicherheiten vorliegen. Dieser Schritt trug maßgeblich zur Erhöhung der Liquidität bei und führte insbesondere dazu, dass der kurzfristige Zins am Geldmarkt (Eonia) nicht mehr um den Hauptrefinanzierungssatz fluktuiert, sondern am unteren Ende des Zinskorridors beim Einlagesatz liegt. Diese Vollzuteilungspolitik gilt nach wie vor. Was die geldpolitischen Sondermaßnahmen betrifft, so hat die EZB beschlossen, das Programm zum Ankauf von Vermögenswerten (*asset purchase programme*, APP) Ende 2018 auslaufen zu lassen. Seit März 2015 wurden zunächst monatliche Netto-Ankäufe im Ausmaß von 60 Mrd. Euro getätigt, anschließend wurde das Volumen auf 80 Mrd. Euro ausgeweitet, dann auf 60 Mrd. bzw. 30 Mrd. Euro reduziert, und von Oktober bis Dezember des laufenden Jahres werden noch Papiere im Ausmaß von monatlich 15 Mrd. Euro gekauft. Seit Beginn des Programms hat die EZB Wertpapiere

im Gesamtwert von rund 2.5 Billionen Euro erworben. Die Tilgungsbeträge der im Rahmen des Ankaufprogramms erworbenen Wertpapiere werden nach Beendigung des Ankaufprogramms, wie auch schon bisher, bei Fälligkeit wieder veranlagt. Die EZB hat darüber hinaus kommuniziert, dass die Leitzinsen im Euroraum voraussichtlich mindestens bis über den Sommer 2019 hinaus auf ihren gegenwärtigen niedrigen Niveaus bleiben werden. Das Institut geht also davon aus, dass es erst ab Herbst 2019 zu Leitzinserhöhungen kommen wird.

Die umfangreichen geldpolitischen Maßnahmen der EZB haben zu hoher Liquidität auf den Geldmärkten geführt. Dies zeigt sich etwa in den niedrigen Euro-Geldmarktsätzen. Der Satz mit einer Fristigkeit von 3 Monaten notiert nun bereits seit April 2015 im negativen Bereich und wurde zuletzt zu -0.3 % gehandelt. Auch in der ersten Jahreshälfte 2018 betrug der 3-Monats-Euribor durchschnittlich -0.3 %. Im Durchschnitt 2013 bis 2017 betrug der Zinssatz -0.0 %. Vor dem Hintergrund einer zunehmenden Kapazitätsauslastung, steigender Inflationserwartungen und zunehmender Risiken aufgrund der niedrigen Zinsen erwartet das Institut eine langsame Normalisierung der Geldpolitik durch die EZB. Das primäre Ziel der geldpolitischen Strategie der EZB ist die Erhaltung der Preisstabilität im Euroraum, wobei mittelfristig ein Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindex im Euroraum von knapp 2 % angepeilt wird. Derzeit liegt die Inflation in mehreren Ländern des Euroraums noch immer (deutlich) unter dieser Zielmarke. Allerdings steigt die Inflation in allen Ländern, und im Mai wurde vielerorts die Marke von 1.9 % erreicht bzw. überschritten. Seit Jänner 2017 wurden auch nur noch vereinzelt (Irland, Zypern) negative Inflationsraten verzeichnet. Im Zeitraum 2013 bis 2017 lag die durchschnittliche Inflation im Euroraum mit 0.7 % deutlich unterhalb des EZB-Referenzwertes. Im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2018 betrug der Preisanstieg 1.5 %. Vor dem Hintergrund der langsamen Normalisierung der Geldpolitik erwartet das Institut steigende Geldmarktzinsen und für den Zeitraum 2018 bis 2022 einen durchschnittlichen 3-Monats-Euribor von 0.3 %.

Auch an den Rentenmärkten sind die Auswirkungen der Geldpolitik der EZB zu spüren, die Renditen in vielen Euroraum-Ländern sind gegenwärtig außerordentlich niedrig. Österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen in den vergangenen fünf Jahren eine durchschnittliche Rendite von 1.0 % auf, in der ersten Jahreshälfte 2018 rentierten sie sogar bei nur 0.8 %. Deutsche Bundesanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wiesen eine noch niedrigere Rendite auf (0.5 % im Durchschnitt des ersten Halbjahres 2018). Vor dem Hintergrund der erwarteten Normalisierung der Geldpolitik der EZB und der generell guten Wirtschaftslage im Euroraum geht das Institut von einem langsamen Anstieg der langfristigen Renditen aus. Für österreichische Staatsanleihen mit einer Restlaufzeit von 10 Jahren wird für den Prognosezeitraum eine durchschnittliche Rendite von 1.4 % prognostiziert.

Prinzipiell hat die Konsolidierung der Staatshaushalte in den europäischen Krisenländern (Griechenland, Irland, Italien, Portugal, Spanien) gute Fortschritte gemacht, und damit hat sich auch das Vertrauen der Märkte in die Erfüllung der Verbindlichkeiten dieser Länder gefestigt. Griechenland hat zahlreiche strukturelle Reformen auf den Weg gebracht und die finanziellen Hilfspakete laufen im August dieses Jahres aus. Anschließend soll die staatliche Finanzierung wieder vorwiegend über den Kapitalmarkt erfolgen. Die entsprechenden Staatsanleihe-Renditen liegen derzeit auf vergleichsweise moderaten Niveaus (siehe folgende Abbildung). Zuletzt sind allerdings aufgrund der politischen Lage in Italien, Spanien und Portugal die Renditen der Anleihen dieser Länder wieder etwas gestiegen.




Quelle: Thomson Reuters Datastream

**Zinsen und Renditen**

| | 3-Monats-Euribor | 10-Jahres-Rendite öst. Staatsanleihen |
|---|---|---|
| 2015 | -0.0 | 0.7 |
| 2016 | -0.3 | 0.4 |
| 2017 | -0.3 | 0.6 |
| 2018 | -0.3 | 0.9 |
| 2019 | -0.0 | 1.1 |
| 2020 | 0.2 | 1.4 |
| 2021 | 0.6 | 1.6 |
| 2022 | 1.2 | 2.0 |

Quelle: Thomson Reuters Datastream, eigene Berechnungen

Anmerkung: Werte (Jahresdurchschnitte) in Prozent, ab 2018 Prognose

# 7. Eine Analyse des mehrjährigen Finanzrahmens der Europäischen Union[3]

Das diesjährige Sonderkapitel der Prognose behandelt den mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) der EU. Dieses Thema verdient aus der Sicht des Instituts in der gegenwärtigen Situation aus verschiedenen Gründen eine vertiefende Analyse. Zunächst ist dies darin begründet, dass in der zweiten Jahreshälfte 2018 die Ratspräsidentschaft durch die österreichische Bundesregierung übernommen wurde. Dieser obliegt es somit, das Themenfeld der EU-Finanzierung voranzutreiben. Des Weiteren fällt durch den Brexit ein großer Nettozahler in das EU-Budget weg, was zu einer Budgetlücke und der Möglichkeit grundsätzlicher Umgestaltungen im EU-Budget führt. Der neue MFR ist wesentlich dafür, festzulegen, wie die Struktur der EU-Finanzierung im Zeitraum 2021 bis 2027 aussehen wird. Eng mit dieser Finanzierungsstruktur sind auch die Aufgaben verknüpft, welche die EU in diesem Zeitraum erbringen kann. Die starke Fixierung auf Nettozahlerpositionen in den Budgetverhandlungen verhindert allerdings einen rationalen Diskurs über eine effiziente Aufgabenzuweisung an die EU. Die Folge ist daher eine deutliche Diskrepanz zwischen den in der Realität an die EU delegierten Aufgaben und solchen, welche diese optimalerweise ausüben sollte. Beispielsweise übernimmt die EU viele Aufgaben, die dem Subsidiaritätsprinzip zuwiderlaufen und keinen europäischen Mehrwert schaffen. Besonders deutlich wird dies an der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP), dem größten Budgetposten im EU-Haushalt, für den es wenig evidenzbasierte Argumente für eine Übertragung auf europäische Ebene gibt. Im Gegenzug ist die Mittelzuweisung für Programme mit klarem europäischem Mehrwert zu gering. Das Sonderkapitel zielt daher darauf ab, rationale Argumente zur Struktur und der Mittelzuweisung im Rahmen des MFR zu liefern. Zunächst wird hierbei die Struktur des EU-Budgets beschrieben und auf die Folgen des Brexit für den neuen MFR eingegangen. Anschließend wird eine optimale Aufgabenallokation in der Europäischen Union diskutiert und auf dieser Basis der neue MFR bewertet.

### Die Struktur des EU-Budgets

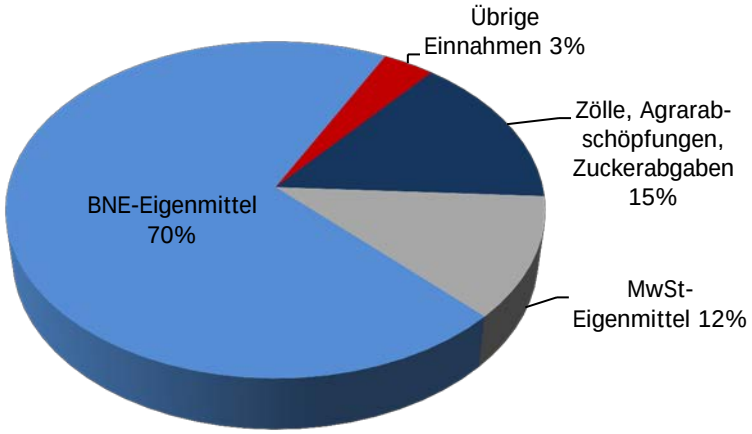
Die Finanzierung des EU-Budgets wird im sogenannten Eigenmittelbeschluss geregelt, der unbefristet gilt und nur vom Europäischen Rat einstimmig und nach Ratifizierung durch alle Mitgliedstaaten geändert werden kann. Im Eigenmittelbeschluss ist für das EU-Budget eine verbindliche Obergrenze von 1.23 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) festgelegt.[4] Zuletzt war der Jahreshaushalt auf 1 % des BNE begrenzt. Der EU-Haushalt ist grundsätzlich ausgeglichen, eine Schuldenfinanzierung ist nicht vorgesehen. Das EU-Budget wird zu rund 98 % aus Eigenmitteln und zu etwa 2 % aus sonstigen Einnahmequellen finanziert. Zu den Eigenmitteln zählen die traditionellen Eigenmittel (Zölle, Agrarabschöpfungen und Zuckerabgaben), die Mehrwertsteuer-Eigenmittel und die auf dem BNE beruhenden Eigenmittel. Die wichtigste Einnahmequelle bilden im gegenwärtigen MFR 2014–2020 die BNE-Eigenmittel. Dabei führt jedes Mitgliedsland einen Anteil seines BNE an das EU-Budget ab. Wie sich die Gesamteinnahmen im Jahr 2016 auf die verschiedenen Einnahmequellen aufteilen, zeigt Abbildung 1.

---

[3] Dieses Kapitel beruht auf Bittschi, B., Kocher, M. G., Weyerstraß, K. (2018), Finanzierung der EU nach dem Brexit: Eine Analyse des Mehrjährigen Finanzrahmens 2021-2027, erscheint in Wirtschaftspolitische Blätter.

[4] BMF (2016), EU-Beilage. Übersicht gemäß § 42 Abs. 4 Z 4 BHG 2013. Oktober 2016.

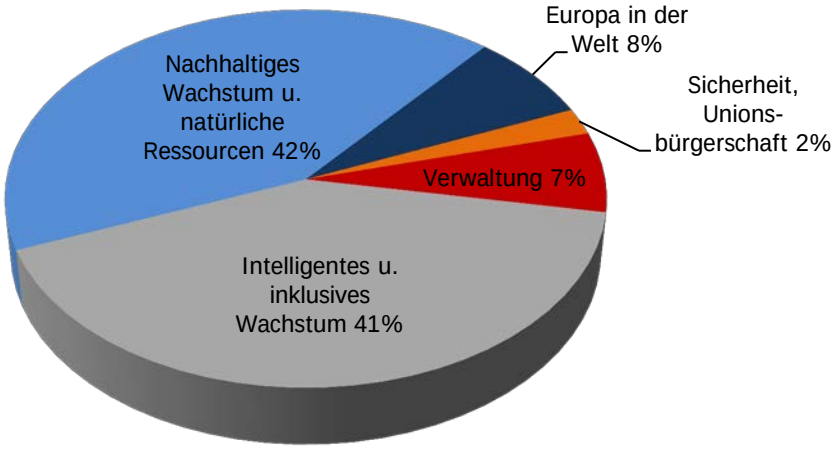
**Abbildung 1: Struktur der Einnahmen des EU-Budgets im Jahr 2016**




Quelle: EU-Kommission; eigene Darstellung

Dem Vereinigten Königreich werden 66 % der Differenz zwischen seinen Beitragszahlungen und den Leistungen, die es aus dem EU-Haushalt erhält, zurückerstattet („Briten-Rabatt"). Als Berechnungsgrundlage dienen das BNE und das Mehrwertsteuer-Aufkommen des Vereinigten Königreichs. Die Kosten des „Briten-Rabatts" werden von den anderen EU-Ländern nach Maßgabe ihres Anteils am BNE der EU getragen. Seit 2002 wird dieser Beitrag für Deutschland, die Niederlande, Österreich und Schweden auf 25 % begrenzt („Rabatt auf den Briten-Rabatt"). Die Differenz wird von den anderen Mitgliedstaaten getragen.

**Abbildung 2: Wachstum der Arbeitsproduktivität je Arbeitsstunde**




Quelle: EU-Kommission; eigene Darstellung

Wie aus Abbildung 2 hervorgeht, ist die Gruppe „Nachhaltiges Wachstum und natürliche Ressourcen“ mit 42 % für den größten Teil der Ausgaben verantwortlich. Darin verbirgt sich die GAP, die traditionell und auch im laufenden MFR 2014–2020 den größten Einzelposten im EU-Haushalt ausmacht.

In der öffentlichen und politischen Diskussion spielt oft eine Rolle, ob ein Land mehr in den EU-Haushalt einzahlt als es an direkten Zahlungen erhält („Nettozahler“ bzw. „Nettoempfänger“). Tatsächlich sind gerade für eine offene Volkswirtschaft wie Österreich, die sehr stark in den internationalen Handel eingebunden ist, die Vorteile aus dem freien Waren- und Dienstleistungshandel weitaus größer (allerdings schwierig zu quantifizieren) als die reinen Zahlungen aus dem EU-Budget.

## Folgen des Brexit für den MFR 2021 – 2027

Der Austritt des Vereinigten Königreichs aus der EU wird Konsequenzen für das EU-Budget haben.[5] Obwohl der Brexit nach derzeitigem Zeitplan erst am 29. März 2019 stattfinden wird, hatte er bereits Auswirkungen auf das EU-Budget des Jahres 2016. Die Beiträge der Mitgliedstaaten werden in Euro angegeben, aber die Staaten, die nicht im Euroraum sind, leisten die Zahlungen in nationalen Währungen auf Basis des Wechselkurses vom 31.12. des Vorjahres. Sollte sich der Wechselkurs im Lauf des Jahres ändern, wirkt sich dies auf die Beitragszahlung in Euro gerechnet aus. In Folge des Brexit-Referendums im Juni 2016 verlor das britische Pfund stark an Wert, wodurch sich eine Lücke im EU-Haushalt ergab. Die Europäische Kommission schlug vor, diese durch Einnahmen aus Strafzahlungen zu schließen. Sollte der Brexit, wie geplant, Ende März 2019 wirksam werden, würde im Jahresbudget für 2020, dem letzten Jahr des derzeitigen MFR 2014–2020, eine Finanzierungslücke entstehen. Kommt es zu keiner Einigung über die Anpassung des Haushalts für 2020, wird gemäß dem Vertrag über die Arbeitsweise der EU das Ausgabenniveau des Etats 2019 beibehalten und die Lücke durch eine Erhöhung der nationalen Beiträge geschlossen.

Neben diesem Einmaleffekt wird der Brexit das EU-Budget aber vor allem nachhaltig beeinflussen. Das Vereinigte Königreicht zählt zu den Nettozahlern in das EU-Budget. Zudem reduziert der Austritt des Vereinigten Königreichs das BNE der EU. Falls das Budget weiterhin auf 1 % des EU-weiten BNE begrenzt werden soll, würde dies Ausgabenkürzungen erfordern, denn gegenwärtig trägt das Vereinigte Königreich etwa 17 % zum BNE, wegen des „Briten-Rabatts“ aber nur rund 7 % zum Haushalt der EU bei. Darüber hinaus werden durch den Brexit der „Briten-Rabatt“ und damit auch die „Rabatte auf den Briten-Rabatt“ hinfällig, von denen derzeit Österreich, Deutschland, die Niederlande und Schweden profitieren. Wie groß die Finanzierungslücke im MFR 2021–2027 durch den Brexit letztlich sein wird, lässt sich derzeit nicht exakt quantifizieren. Auch nach dem Austritt kann sich das Vereinigte Königreich an ausgewählten Programmen der EU beteiligen und müsste dann zu deren Finanzierung beitragen. Haas und Rubio (2017) schätzen, dass sich die Finanzierungslücke durch den Brexit auf 5 bis 17 Mrd. Euro jährlich belaufen wird.

[5] Vgl. zu diesem Abschnitt Haas, J., Rubio, E. (2017), Brexit und der EU-Haushalt. Gefahr oder Chance? Bertelsmann Stiftung, Policy Paper 183.

Diese Lücke kann durch Beitragserhöhungen der verbleibenden Mitgliedstaaten oder Ausgabenkürzungen geschlossen werden. Falls das derzeitige Ausgabenniveau beibehalten werden soll, würde dies teils substanzielle Beitragserhöhungen für einzelne Länder erfordern, insbesondere für die Profiteure des „Rabatts auf den Briten-Rabatt". Für diese Länder würde der Beitrag gemäß Haas und Rubio (2017) um 20 % bis 25 %, für die übrigen Länder um 11 % bis 15 % steigen. Damit würde das EU-Haushaltsvolumen auf 1.22 % des BNE steigen und sich damit der Höchstgrenze von 1.23 % des BNE nähern. Für Österreich könnten die zusätzlichen Zahlungen rund 277 Mio. Euro pro Jahr betragen.[6] Falls man sich nicht für Einnahmensteigerungen, sondern für Ausgabenkürzungen entscheidet, müssten die Ausgaben um rund 23 Mrd. Euro verringert werden, um den EU-Haushalt bei 1 % des BNE zu stabilisieren. Eine Stabilisierung der Beiträge der einzelnen Mitgliedstaaten würde eine Ausgabenreduktion um die Nettobeiträge des Vereinigten Königreichs erfordern, gemäß den Schätzungen von Haas und Rubio (2017) also um rund 10 Mrd. Euro pro Jahr. Schließlich ist auch eine Kombination aus Ausgabenkürzungen und Beitragserhöhungen möglich.

Neben den unmittelbaren Auswirkungen auf das Budget bieten sich mit dem Brexit und den beinahe zeitgleich startenden Verhandlungen zum neuen MFR 2021–2027 Möglichkeiten für grundlegende Entscheidungen über die Gestaltung des EU-Budgets. Dazu hat die Europäische Kommission Vorschläge vorgelegt, die unter anderem die Einführung neuer EU-Abgaben vorsehen. Im Folgenden werden Überlegungen angestellt, welche Aufgaben auf EU-Ebene angesiedelt sein sollten. Anhand dieser Aufgabenzuordnung wird anschließend bewertet, ob sich die Ausgabenvorschläge der EU-Kommission in Richtung einer optimalen Aufgabenverteilung bewegen.

## Optimale Aufgabenallokation in der Europäischen Union

Zur Bestimmung einer optimalen Zuteilung staatlicher Aufgaben auf die verschiedenen föderalen Ebenen ist die Theorie des Föderalismus hilfreich. Die Zentralregierung sollte dabei öffentliche Güter bereitstellen, wenn es 1.) eine hohe Zustimmung der Bevölkerung aller untergeordneten staatlichen Einheiten hierfür gibt, d.h. die Präferenzen für dieses Gut keine starken regionalen Schwankungen aufweisen, 2.) entsprechende Skalenvorteile in der Bereitstellung des öffentlichen Gutes vorliegen bzw. 3.) die Bereitstellung auf dezentraler Ebene negative Externalitäten aufweist. Die dezentralen Einheiten wiederum sollen Güter bereitstellen, die vornehmlich deren Bevölkerung Nutzen stiften. Eine solche Zuordnung gewährleistet, dass eine Verteilung staatlicher Aufgaben auf verschiedene föderale Ebenen (z.B. Bund, Länder, Gemeinden) regional unterschiedliche Präferenzen berücksichtigt und somit eine höhere Wohlfahrt generiert als eine alleinige Bereitstellung öffentlicher Güter über die zentrale Ebene.[7] In der neueren Literatur zum fiskalischen Föderalismus wird zudem darauf hingewiesen, dass eine dezentrale Bereitstellung öffentlicher Güter die finanzielle Rechenschaftspflicht staatlicher Einheiten verbessert bzw. bei der Überwindung von Informationsasymmetrien hilfreich ist.[8] Diese Grundüberlegungen finden eine Entsprechung im

[6] Vgl. Schoof, U., Petersen, T., Aichele, R., Felbermayr, G. (2015), Brexit – potential economic consequences if the UK exits the EU, Bertelsmann-Stiftung, Policy Brief 2015/05.

[7] Siehe Oates, W. E. (1999), An Essay on Fiscal Federalism, Journal of Economic Literature, Vol. 37, S. 1120-1149.

[8] Oates, W. E. (2005), Toward A Second-Generation Theory of Fiscal Federalism, International Tax and Public Finance, 12, S. 349-373.

Prinzip der Subsidiarität, welches seit dem Maastrichter Vertrag die Kompetenzausübung innerhalb der EU normiert.

Eine von Grunde auf neu geplante Zuordnung von Aufgaben an die EU würde wohl diesen Prinzipien Rechnung tragen. Versuche einer solchen Zuordnung finden sich z.B. in Alesina et al. (2005) oder ECORYS et al. (2008).[9] In einer kürzlich erschienenen Studie von Berger et al. (2017)[10] werden diese vorherigen Ansätze erweitert und eine optimale Verteilung der Aufgaben zwischen Nationalstaaten und der EU, basierend auf den oben genannten Kriterien des Föderalismus, anhand einer gewichteten Nutzwertanalyse vorgenommen. Eine optimale Verteilung wichtiger Politikbereiche auf Basis dieser Studie zeigt Tabelle 1. Eine solche Aufgabenallokation entspricht allerdings nicht der Ausgabenstruktur des EU-Budgets (siehe Abbildung 2).

**Tabelle 1: Zuordnung von Politikfeldern auf europäische und nationale Ebene**

| Politikbereich | Optimale Allokation |
|---|---|
| Asyl und Flüchtlingspolitik | EU |
| Verteidigungspolitik (Europäische Armee) | EU |
| Körperschaftsbesteuerung (gemeinsame Bemessungsgrundlage) | EU |
| Entwicklungshilfe | EU |
| Arbeitslosenversicherung | EU |
| Schienenfrachtverkehr | Indifferent |
| Landwirtschaftspolitik (Einkommensabsicherung) | National |
| Post-sekundäre und tertiäre Bildung | National |

Quelle: Berger et al. (2017), eigene Darstellung.

Eine entscheidende Rolle in der Abweichung von idealer Aufgabenverteilung und den damit zusammenhängenden Ausgaben und den realen Gegebenheiten liegt in den heterogenen Präferenzen der EU-Bevölkerung begründet. Es ist nahezu unmöglich, Präferenzen festzulegen, welche für die gesamte EU stabil und ohne regionale Schwankungen sind. Dies zeigt sich auch in empirischen Arbeiten, welche eine Zuteilung von Aufgaben an die EU über die Mitgliedstaaten hinweg untersuchen. So finden Cerniglia und Pagani (2009)[11] zwar eine grundsätzliche Übereinstimmung der Präferenzen befragter EU-Bürger mit den oben skizzierten Punkten einer föderalen Aufteilung, allerdings kann es im Einzelfall deutliche Abweichungen geben. Für den Bereich der Verteidigung beispielsweise, eine Aufgabe, die sowohl nach der einschlägigen Literatur als auch nach den oben skizzierten Punkten 2.) und 3.) auf der höchsten föderalen Ebene angesiedelt sein sollte, gibt es in den Niederlanden eine hohe Präferenz, dies als europäische Aufgabe zu definieren, während die finnische Bevölkerung eine hohe Präferenz für eine nationalstaatlich organisierte Verteidigung hat. Die ökonomisch erzielbaren Vorteile des Föderalismus widersprechen in diesem Bereich somit den

[9] Alesina, A., Angeloni, I., Schuknecht, L. (2005), What does the European Union Do? Public Choice, Vol. 123, S. 275-319 und ECORYS, CPB und IFO (2008). A Study on EU Spending. Rotterdam.

[10] Berger, M., Harendt, C., Heinemann, F., Moessinger, M.D., Schwab, T., Weiss, S. (2017), How Europe can deliver: Optimising the division of competences among the EU and its member states, Bertelsmann Stiftung, Gütersloh.

[11] Cerniglia, F., Pagani, L. (2009), The European Union and the Member States: An Empirical Analysis of European Preferences for Competences Allocation, CESifo Economic Studies, Vol 55, S. 197-232.

nationalstaatlichen Präferenzen. Konkret würde dies bedeuten, dass Politiker einzelner Länder entgegen den Präferenzen ihrer Bevölkerung handeln müssten, um eine optimale föderale Allokation zu erzielen. Dies ist höchst unwahrscheinlich und wohl ein Grund, warum die tatsächliche Aufteilung von Aufgaben und Ausgaben innerhalb der EU im Widerspruch zu einer optimalen Aufteilung steht. Zudem findet die Untersuchung von Cerniglia und Pagani (2009), dass es eine größere Bereitschaft gibt, Aufgaben der EU zuzuweisen, wenn die Qualität nationaler staatlicher Institutionen schlecht ist. Dies trifft laut der Studie insbesondere auf die südeuropäischen Länder (Portugal, Spanien, Griechenland und Italien) zu. Dieses Ergebnis hat sich durch die wirtschaftliche Krise und das Eingreifen der europäischen Politik in diesen Ländern gewandelt. Heute zählen die südeuropäischen Länder zu den skeptischsten bezüglich der Unterstützung der EU. Dies zeigt wiederum die Schwierigkeit einer stabilen Präferenzzuordnung für die föderale Politik in Europa. Hinzu kommen die Erweiterungen der EU, welche die Heterogenität der Präferenzen erhöhen und diesen Maßstab als Entscheidungskriterium erschweren.

Vor diesem Hintergrund ist es wenig sinnvoll, pragmatische Politikempfehlungen an einer optimalen Allokation von Aufgaben und Ausgaben auszurichten. Vielmehr sollten Änderungen am EU-Budget daran gemessen werden, inwieweit sie sich in Richtung einer optimalen Allokation bewegen.

## Bewertung des MFR der Jahre 2021-2027

Zunächst gilt es, im Rahmen des MFR eine Einigung über die verbindliche Obergrenze der Finanzierung zu finden. Der Vorschlag der EU-Kommission liegt bei 1.11 % des BNE der verbleibenden EU27. In realen Größen gemessen ist das verfügbare EU-Budget somit ähnlich zum derzeitigen Finanzrahmen inklusive des Europäischen Entwicklungsfonds. Dies bedeutet daher auch, dass weitere Aufgabenzuweisungen an die EU bis in das Jahr 2027 nur in dem Rahmen stattfinden können, in dem andere Tätigkeiten von den Mitgliedstaaten übernommen werden bzw. eine Umschichtung innerhalb der bisherigen EU-Aufgaben stattfindet. Diese Umschichtungen müssten, um substanziell Mittel freizusetzen, vor allem in den beiden größten bisherigen Ausgabeblöcken. der GAP und der Regionalentwicklung, erfolgen. Insbesondere die GAP ist ein Bereich, der finanzwissenschaftlich kaum den Kriterien einer optimalen Allokation an eine zentrale Ebene genügt.

Betrachtet man nun die einzelnen Programme des MFR für die Periode 2021–2027, so zeigen sich allerdings kaum Umschichtungen in der Finanzierungsstruktur. Wenn man die Differenz der Ausgaben zwischen 2021 und 2027 zu realen Preisen betrachtet, ergeben sich nur für die Bereiche „Binnenmarkt, Innovation und Digitales“ und „Natürliche Ressourcen und Umwelt“ Kürzungen. Demgegenüber erfahren die Programme „Migration und Grenzmanagement“ und „Sicherheit und Verteidigung“ mit Steigerungen von 59.6 % bzw. 33.7 % zwischen 2021 und 2027 die größten Ausweitungen. Es zeigt sich, dass die Rückführung von Programmen, welche kaum den Kriterien einer optimalen Allokation genügen, oft nur zaghaft vonstattengehen. Die Strategie der EU-Kommission ist hierbei, ein Abschmelzen der Geldbeträge mittels Inflation herbeizuführen und somit auf Geldwertillusion zu setzen, anstatt tatsächliche Ausgabekürzungen vorzuschlagen (Becker, 2018). [12] Dieser Ansatz ist pragmatisch, allerdings verhindert er bei nahezu gleichbleibenden

[12] Becker, P. (2018), Pragmatismus und Flexibilität: der Fokus der EU-Kommission bei ihrem Vorschlag für den neuen Finanzrahmen, Wirtschaftsdienst, 98. Jahrgang, Heft 6, S. 387-391.

Gesamtmitteln allokative Effizienzgewinne mittels Umschichtungen, die einen europäischen Mehrwert generieren würden.

**Tabelle 2: Gesamtbeträge für die Mittel für Verpflichtungen des MFR nach Programm in Milliarden Euro**

| In Preisen von 2018 | 2021 | 2022 | 2023 | 2024 | 2025 | 2026 | 2027 | 2021-2027 | 2021-2027 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| Binnenmarkt, Innovation und Digitales | 23.955 | 23.918 | 24.203 | 23.624 | 23.505 | 23.644 | 23.454 | 166.303 | -2.1% |
| Zusammenhalt und Werte | 51.444 | 54.171 | 56.062 | 56.600 | 57.148 | 59.200 | 57.349 | 391.974 | 11.5% |
| Natürliche Ressourcen und Umwelt | 50.323 | 49.580 | 48.886 | 48.097 | 47.326 | 46.575 | 45.836 | 336.623 | -8.9% |
| Migration und Grenzmanagement | 3.076 | 4.219 | 4.414 | 4.647 | 4.719 | 4.846 | 4.908 | 30.829 | 59.6% |
| Sicherheit und Verteidigung | 3.154 | 3.229 | 3.183 | 3.281 | 3.517 | 3.743 | 4.216 | 24.323 | 33.7% |
| Nachbarschaft und Welt | 14.765 | 14.831 | 15.002 | 15.290 | 15.711 | 16.298 | 17.032 | 108.929 | 15.4% |
| Europäische öffentliche Verwaltung | 10.388 | 10.518 | 10.705 | 10.864 | 10.910 | 11.052 | 11.165 | 75.602 | 7.5% |
| Insgesamt | 157.105 | 160.466 | 162.455 | 162.403 | 162.836 | 165.358 | 163.960 | 1.134.583 | 4.4% |
| In % des BNE (EU27) | 1.12% | 1.13% | 1.13% | 1.12% | 1.11% | 1.11% | 1.09% | 1.11% | |

Quelle: Europäische Kommission, eigene Darstellung.

Ein Vergleich des MFR zwischen den Zeitperioden 2014–2020 und 2021–2027 auf aggregierter Programmebene wird dadurch erschwert, dass die EU-Kommission die Darstellungsebenen des MFR geändert hat. Zusätzlich ergibt sich die Schwierigkeit, welcher Vergleichsmaßstab herangezogen werden soll. Die EU-Kommission gibt in ihren Dokumenten Kürzungen zwischen den beiden MFR bei der GAP bzw. bei den Strukturfonds von 5 % bzw. 7 % an. Hierbei wird offensichtlich das letzte Haushaltsjahr 2020 des laufenden MFR mit sieben multipliziert und als Vergleich herangezogen. Vergleicht man hingegen das durchschnittliche Finanzvolumen dieser Politikbereiche zwischen beiden MFR über den gesamten Zeitraum, ergeben sich reale Kürzungen von rund 30 % (Becker, 2018).

Insbesondere für den Bereich der GAP sind diese Kürzungen vor dem Hintergrund einer Bewegung hin zu einer verbesserten Allokation grundsätzlich zu begrüßen. Enttäuschend ist allerdings, dass gerade die Direktzahlungen an die landwirtschaftlichen Betriebe real nur moderat um ca. 3 Mrd. Euro von 37.9 Mrd. Euro im Jahr 2021 auf 34.6 Mrd. Euro im Jahr 2027 gekürzt werden sollen. Gerade für diese Direktzahlungen gibt es kaum Argumente, dass diese einen europäischen Mehrwert darstellen. Idealerweise sollte diese Aufgabe gänzlich in den nationalstaatlichen Aufgabenbereich zurückfallen. Im Bereich der Kohäsionspolitik fallen die von der EU-Kommission vorgeschlagenen Kürzungen von durchschnittlich rund 7 % gerade bei solchen Fonds an, die sich

auf die Förderung einkommensschwacher Regionen konzentrieren (Südekum, 2018).[13] Generell ist dabei die Evidenzbasierung zur Wirksamkeit der Kohäsionspolitik problematisch.

Die Ausweitung der Programme „Migration und Grenzmanagement“ sowie „Sicherheit und Verteidigung“ ist allokationstheoretisch sinnvoll und ein Schritt in die richtige Richtung. Allerdings findet diese Bewegung von einem relativ niedrigen Niveau aus statt und ist zudem kaum mit einem Abbau nationalstaatlicher Zuständigkeiten verbunden, wodurch sogar neue Ineffizienzen einer doppelten Zuständigkeit entstehen können, da auch die nationalen Sicherheitsetats oftmals eine Ausweitung erfahren. Insgesamt kann die vorgeschlagene Ausgabenstruktur des MFR als pragmatisch bezeichnet werden. Dies impliziert allerdings auch, dass dies kein großer Wurf ist. Eine rationale Diskussion über die Mittelzuweisungen des MFR wird zudem durch die starke Fixierung auf Nettozahlerpositionen erschwert.

## Weitere Eigenmittel für die Finanzierung des EU-Budgets?

In einem Papier zur Gestaltung der Einnahmen des EU-Budgets im MFR 2021–2027 schlägt die Europäische Kommission eine Reformierung der bestehenden und die Einführung weiterer Eigenmittel vor.[14] Dabei handelt es sich um Einnahmen aus dem Emissionshandelssystem, also um Einnahmen aus dem Verkauf von $CO_2$-Handelsrechten, sowie einen Beitrag auf Grundlage nicht wiederverwerteter Verpackungsabfälle aus Kunststoff. Aus diesen beiden Quellen sollen jährlich 3 bzw. 7 Mrd. Euro lukriert werden. Es stellt sich grundsätzlich die Frage nach der Sinnhaftigkeit spezifischer Abgaben zur Finanzierung des EU-Budgets. Dies lässt sich dann rechtfertigen, wenn eigene Steuern der EU angestrebt werden, das EU-Budget also unabhängiger von kurzfristigen politischen Diskussionen innerhalb der Mitgliedstaaten werden soll. In diesem Sinn machen eigene Einnahmen durchaus Sinn. Allerdings sollte die langfristige Finanzierung des EU-Haushalts, wie ganz generell der Finanzierung von Ausgaben zur Bewältigung staatlicher Aufgaben, nicht auf Lenkungsabgaben basiert werden. In dem Maße, in dem Lenkungsabgaben wie beispielsweise Umweltabgaben ihre Wirkung erzielen, also etwa umweltschädliches Verhalten abzustellen, berauben sie sich gleichzeitig ihrer Bemessungsgrundlage. Stattdessen sollten zur Finanzierung der EU-Ausgaben Abgaben herangezogen werden, die stetige Einnahmen bringen. Dies dürfte etwa auf eine Finanztransaktionssteuer zutreffen. Bei einer rein nationalen Erhebung einer solchen Abgabe ist zudem die Wahrscheinlichkeit groß, dass das mobile Kapital in andere Länder umgelenkt wird. Zwar besteht dieses Risiko grundsätzlich auch dann, wenn eine solche Steuer nur in der EU, nicht aber beispielsweise in den USA eingeführt wird, es ist aber doch eher unwahrscheinlich, dass nur wegen einer Steuer, die zudem nicht auf den Bestand, sondern ausschließlich auf Finanztransaktionen eingeführt wird und wohl auch mit einem niedrigen Steuersatz, nicht mehr in der EU investiert würde. Bei der Einführung neuer Finanzquellen sollte aber jedenfalls nicht das Volumen des EU-Haushalts erhöht, sondern andere Einnahmen wie die auf dem BNE beruhenden Eigenmittel entsprechend reduziert werden.

[13] Südekum, J. (2018), Ein Budget im Geiste Macrons? Wirtschaftsdienst, 98. Jahrgang, Heft 6, S. 383-387.

[14] Vgl. EU-Kommission (2018), Ein EU-Haushalt für die Zukunft. Modernisierung der Einnahmeseite des EU-Haushalts.

TAB. 1/1: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT (ABSOLUT UND VERÄNDERUNG GEGENÜBER VORJAHR)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| BIP ZU MARKTPREISEN REAL (MRD. €) | 312,614 | 317,149 | 326,776 | 336,177 | 341,973 | 347,404 | 353,712 | 359,558 |
| | 1,1% | 1,5% | 3,0% | 2,9% | 1,7% | 1,6% | 1,8% | 1,7% |
| BIP ZU MARKTPREISEN NOM. (MRD. €) | 344,493 | 353,297 | 369,686 | 387,429 | 401,371 | 414,847 | 429,802 | 444,435 |
| | 3,4% | 2,6% | 4,6% | 4,8% | 3,6% | 3,4% | 3,6% | 3,4% |
| DEFLATOR DES BIP (2010=100) | 110,198 | 111,398 | 113,131 | 115,245 | 117,369 | 119,413 | 121,512 | 123,606 |
| | 2,3% | 1,1% | 1,6% | 1,9% | 1,8% | 1,7% | 1,8% | 1,7% |
| VERBRAUCHERPREISINDEX (2015=100) | 100,000 | 100,900 | 103,000 | 105,163 | 107,371 | 109,519 | 111,600 | 113,720 |
| | 0,9% | 0,9% | 2,1% | 2,1% | 2,1% | 2,0% | 1,9% | 1,9% |
| ARBEITNEHMER-ENTGELT JE | 47,501 | 48,563 | 49,289 | 50,521 | 51,658 | 52,949 | 54,326 | 55,738 |
| AKTIV-BESCHÄFTIGTEN | 2,2% | 2,2% | 1,5% | 2,5% | 2,3% | 2,5% | 2,6% | 2,6% |
| UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE | 3448,745 | 3502,431 | 3573,088 | 3655,269 | 3700,960 | 3737,970 | 3779,087 | 3816,878 |
| (IN 1000 PERSONEN) | 1,0% | 1,6% | 2,0% | 2,3% | 1,3% | 1,0% | 1,1% | 1,0% |
| ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF. | 9,111 | 9,059 | 8,509 | 7,672 | 7,499 | 7,597 | 7,468 | 7,386 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | 0,757 | -0,051 | -0,550 | -0,837 | -0,174 | 0,099 | -0,129 | -0,082 |

TAB. 1/2: REALES BIP UND HAUPTKOMPONENTEN (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| PRIVATER KONSUM | 162,464 | 164,904 | 167,213 | 169,704 | 171,744 | 174,156 | 176,761 | 179,405 |
| | 0,5% | 1,5% | 1,4% | 1,5% | 1,2% | 1,4% | 1,5% | 1,5% |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 62,583 | 63,918 | 64,498 | 65,401 | 66,120 | 66,781 | 67,449 | 68,124 |
| | 1,5% | 2,1% | 0,9% | 1,4% | 1,1% | 1,0% | 1,0% | 1,0% |
| BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN | 70,196 | 72,766 | 76,323 | 78,847 | 80,227 | 81,645 | 83,509 | 85,396 |
| | 1,2% | 3,7% | 4,9% | 3,3% | 1,8% | 1,8% | 2,3% | 2,3% |
| LAGERVERÄNDERUNGEN | 3,258 | 3,271 | 5,290 | 6,040 | 6,040 | 6,240 | 6,440 | 6,640 |
| IN PROZENT DES BIP | 1,0 | 1,0 | 1,6 | 1,8 | 1,8 | 1,8 | 1,8 | 1,8 |
| INLANDSNACHFRAGE | 300,127 | 306,308 | 315,465 | 322,190 | 326,322 | 331,019 | 336,383 | 341,822 |
| | 1,0% | 2,1% | 3,0% | 2,1% | 1,3% | 1,4% | 1,6% | 1,6% |
| AUSSENBEITRAG | 12,620 | 10,882 | 11,349 | 14,027 | 15,690 | 16,425 | 17,368 | 17,776 |
| IN PROZENT DES BIP | 4,0 | 3,4 | 3,5 | 4,2 | 4,6 | 4,7 | 4,9 | 4,9 |
| BIP ZU MARKTPREISEN | 312,614 | 317,149 | 326,776 | 336,177 | 341,973 | 347,404 | 353,712 | 359,558 |
| | 1,1% | 1,5% | 3,0% | 2,9% | 1,7% | 1,6% | 1,8% | 1,7% |

TAB. 1/3: WACHSTUMSBEITRÄGE DER REALEN ENDNACHFRAGEKOMPONENTEN (IN PROZENTPUNKTEN)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| PRIVATER KONSUM | 0,272 | 0,780 | 0,728 | 0,762 | 0,607 | 0,705 | 0,750 | 0,748 |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 0,292 | 0,427 | 0,183 | 0,276 | 0,214 | 0,193 | 0,192 | 0,191 |
| BRUTTOINVESTITIONEN | 0,455 | 0,817 | 1,744 | 1,022 | 0,411 | 0,478 | 0,603 | 0,601 |
| ANLAGEINVESTITIONEN | 0,275 | 0,822 | 1,122 | 0,773 | 0,410 | 0,415 | 0,537 | 0,533 |
| LAGERVERÄNDERUNGEN | 0,120 | 0,004 | 0,637 | 0,230 | 0,000 | 0,058 | 0,058 | 0,057 |
| EXPORTE I.W.S. | 1,692 | 1,067 | 3,161 | 2,784 | 2,293 | 1,912 | 2,191 | 2,177 |
| WAREN | 1,221 | 0,542 | 2,443 | 2,244 | 1,810 | 1,418 | 1,663 | 1,672 |
| DIENSTLEISTUNGEN | 0,470 | 0,504 | 0,736 | 0,566 | 0,502 | 0,500 | 0,540 | 0,519 |
| IMPORTE I.W.S. | -1,583 | -1,623 | -3,014 | -1,965 | -1,799 | -1,697 | -1,920 | -2,061 |
| WAREN | -1,404 | -1,270 | -2,045 | -1,432 | -1,338 | -1,254 | -1,441 | -1,614 |
| DIENSTLEISTUNGEN | -0,189 | -0,356 | -0,946 | -0,529 | -0,460 | -0,442 | -0,479 | -0,454 |
| BRUTTOINLANDSPRODUKT | 1,092 | 1,451 | 3,035 | 2,877 | 1,724 | 1,588 | 1,816 | 1,653 |

TAB. 1/4: INDIKATOREN DER ÖSTERREICHISCHEN WIRTSCHAFT

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| HAUSHALTSSPARQUOTE | 6,9 | 7,9 | 6,4 | 6,9 | 6,8 | 6,8 | 7,0 | 7,0 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | 0,1 | 1,0 | -1,5 | 0,5 | -0,1 | 0,0 | 0,3 | 0,0 |
| INVESTITIONSQUOTE | 22,5 | 23,1 | 23,5 | 23,6 | 23,5 | 23,4 | 23,5 | 23,5 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | -0,1 | 0,6 | 0,4 | 0,1 | -0,1 | -0,1 | 0,1 | 0,0 |
| REALZINSSATZ | -1,57 | -0,72 | -1,00 | -1,01 | -0,71 | -0,34 | -0,16 | 0,28 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | -1,07 | 0,85 | -0,28 | -0,01 | 0,30 | 0,37 | 0,18 | 0,43 |
| HVPI - HARMONISIERTER | 100,00 | 100,97 | 103,22 | 105,49 | 107,71 | 109,86 | 111,95 | 114,07 |
| VERBRAUCHERPREISINDEX | 0,8% | 1,0% | 2,2% | 2,2% | 2,1% | 2,0% | 1,9% | 1,9% |
| REALLÖHNE, BRUTTO | 42,553 | 42,991 | 42,744 | 42,911 | 42,974 | 43,185 | 43,482 | 43,780 |
| JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN | 0,8% | 1,0% | -0,6% | 0,4% | 0,1% | 0,5% | 0,7% | 0,7% |
| ARBEITSPRODUKTIVITÄT | 9,065 | 9,055 | 9,145 | 9,197 | 9,240 | 9,294 | 9,360 | 9,420 |
| JE AKTIV-BESCHÄFTIGTEN | 0,1% | -0,1% | 1,0% | 0,6% | 0,5% | 0,6% | 0,7% | 0,6% |
| LOHNSTÜCKKOSTEN | 124,850 | 127,776 | 128,403 | 130,875 | 133,196 | 135,735 | 138,286 | 140,970 |
| GESAMTWIRTSCHAFT | 2,1% | 2,3% | 0,5% | 1,9% | 1,8% | 1,9% | 1,9% | 1,9% |
| ARBEITSLOSENQUOTE EU DEF. | 5,7 | 6,0 | 5,5 | 5,0 | 5,0 | 5,1 | 5,0 | 5,0 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | 0,1 | 0,3 | -0,5 | -0,5 | 0,0 | 0,1 | -0,1 | 0,0 |
| BUDGETSALDO MAASTRICHT | | | | | | | | |
| IN PROZENT DES BIP | -1,0 | -1,6 | -0,7 | -0,2 | 0,1 | 0,1 | 0,3 | 0,4 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | 1,7 | -0,5 | 0,9 | 0,5 | 0,3 | 0,0 | 0,2 | 0,1 |

TAB. 2: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| KONSUM PRIVATE HAUSHALTE | 173,840 | 178,529 | 184,789 | 191,500 | 197,867 | 204,650 | 211,667 | 218,924 |
| | 1,7% | 2,7% | 3,5% | 3,6% | 3,3% | 3,4% | 3,4% | 3,4% |
| KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK | 7,485 | 7,696 | 7,908 | 8,127 | 8,352 | 8,626 | 8,900 | 9,182 |
| | 7,6% | 2,8% | 2,8% | 2,8% | 2,8% | 3,3% | 3,2% | 3,2% |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 68,434 | 70,642 | 72,116 | 74,771 | 76,916 | 78,929 | 81,073 | 83,276 |
| | 3,7% | 3,2% | 2,1% | 3,7% | 2,9% | 2,6% | 2,7% | 2,7% |
| BRUTTOINVESTITIONEN | 81,199 | 85,209 | 92,740 | 98,130 | 101,226 | 104,541 | 108,649 | 112,701 |
| | 3,7% | 4,9% | 8,8% | 5,8% | 3,2% | 3,3% | 3,9% | 3,7% |
| AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN | 40,720 | 43,509 | 46,828 | 49,189 | 50,425 | 51,819 | 53,777 | 55,670 |
| | 2,7% | 6,8% | 7,6% | 5,0% | 2,5% | 2,8% | 3,8% | 3,5% |
| BAUINVESTITIONEN | 36,861 | 38,025 | 40,088 | 42,158 | 43,883 | 45,432 | 47,197 | 48,960 |
| | 3,0% | 3,2% | 5,4% | 5,2% | 4,1% | 3,5% | 3,9% | 3,7% |
| STATISTISCHE DIFFERENZ | 0,697 | -0,638 | 0,431 | 0,438 | 0,445 | 0,452 | 0,460 | 0,468 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | 0,732 | -1,335 | 1,069 | 0,007 | 0,007 | 0,007 | 0,008 | 0,008 |
| INLANDSNACHFRAGE | 331,654 | 341,438 | 357,985 | 372,966 | 384,807 | 397,198 | 410,748 | 424,551 |
| | 2,9% | 3,0% | 4,8% | 4,2% | 3,2% | 3,2% | 3,4% | 3,4% |
| EXPORTE I.W.S. | 182,345 | 184,639 | 199,395 | 212,486 | 223,946 | 234,873 | 246,931 | 259,394 |
| | 2,5% | 1,3% | 8,0% | 6,6% | 5,4% | 4,9% | 5,1% | 5,0% |
| IMPORTE I.W.S. | 169,506 | 172,780 | 187,695 | 198,023 | 207,382 | 217,224 | 227,878 | 239,510 |
| | 1,5% | 1,9% | 8,6% | 5,5% | 4,7% | 4,7% | 4,9% | 5,1% |
| BIP ZU MARKTPREISEN | 344,493 | 353,297 | 369,686 | 387,429 | 401,371 | 414,847 | 429,802 | 444,435 |
| | 3,4% | 2,6% | 4,6% | 4,8% | 3,6% | 3,4% | 3,6% | 3,4% |

TAB. 3: KOMPONENTEN DER NACHFRAGE (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| KONSUM PRIVATE HAUSHALTE | 155,731 | 158,045 | 160,251 | 162,655 | 164,607 | 166,911 | 169,415 | 171,956 |
| | 0,3% | 1,5% | 1,4% | 1,5% | 1,2% | 1,4% | 1,5% | 1,5% |
| KONSUM PRIVATE ORGANISATIONEN OHNE ERWERBSZWECK | 6,742 | 6,869 | 6,972 | 7,059 | 7,147 | 7,255 | 7,356 | 7,459 |
| | 5,5% | 1,9% | 1,5% | 1,3% | 1,3% | 1,5% | 1,4% | 1,4% |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 62,583 | 63,918 | 64,498 | 65,401 | 66,120 | 66,781 | 67,449 | 68,124 |
| | 1,5% | 2,1% | 0,9% | 1,4% | 1,1% | 1,0% | 1,0% | 1,0% |
| BRUTTOINVESTITIONEN | 73,433 | 75,988 | 81,519 | 84,858 | 86,241 | 87,874 | 89,971 | 92,095 |
| | 2,0% | 3,5% | 7,3% | 4,1% | 1,6% | 1,9% | 2,4% | 2,4% |
| AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN | 37,964 | 40,240 | 43,027 | 44,748 | 45,531 | 46,442 | 47,719 | 49,031 |
| | 1,3% | 6,0% | 6,9% | 4,0% | 1,8% | 2,0% | 2,8% | 2,8% |
| BAUINVESTITIONEN | 32,252 | 32,600 | 33,434 | 34,270 | 34,870 | 35,393 | 36,012 | 36,624 |
| | 1,1% | 1,1% | 2,6% | 2,5% | 1,8% | 1,5% | 1,8% | 1,7% |
| STATISTISCHE DIFFERENZ | 1,505 | 1,447 | 2,187 | 2,177 | 2,167 | 2,157 | 2,152 | 2,147 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | -0,116 | -0,058 | 0,739 | -0,009 | -0,010 | -0,010 | -0,005 | -0,005 |
| INLANDSNACHFRAGE | 300,127 | 306,308 | 315,465 | 322,190 | 326,322 | 331,019 | 336,383 | 341,822 |
| | 1,0% | 2,1% | 3,0% | 2,1% | 1,3% | 1,4% | 1,6% | 1,6% |
| EXPORTE I.W.S. | 174,115 | 177,450 | 187,474 | 196,572 | 204,281 | 210,818 | 218,430 | 226,129 |
| | 3,1% | 1,9% | 5,6% | 4,9% | 3,9% | 3,2% | 3,6% | 3,5% |
| IMPORTE I.W.S. | 161,495 | 166,567 | 176,125 | 182,544 | 188,591 | 194,393 | 201,062 | 208,353 |
| | 3,1% | 3,1% | 5,7% | 3,6% | 3,3% | 3,1% | 3,4% | 3,6% |
| BIP ZU MARKTPREISEN | 312,614 | 317,149 | 326,776 | 336,177 | 341,973 | 347,404 | 353,712 | 359,558 |
| | 1,1% | 1,5% | 3,0% | 2,9% | 1,7% | 1,6% | 1,8% | 1,7% |

TAB. 4: PREISINDIZES (2010 = 100)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| KONSUM PRIVATE HAUSHALTE | 111,628 | 112,961 | 115,312 | 117,734 | 120,206 | 122,610 | 124,940 | 127,314 |
| | 1,4% | 1,2% | 2,1% | 2,1% | 2,1% | 2,0% | 1,9% | 1,9% |
| ÖFFENTLICHER KONSUM | 109,349 | 110,519 | 111,812 | 114,328 | 116,328 | 118,190 | 120,199 | 122,242 |
| | 2,2% | 1,1% | 1,2% | 2,3% | 1,8% | 1,6% | 1,7% | 1,7% |
| BRUTTOANLAGEINVESTITIONEN | 110,519 | 112,049 | 113,880 | 115,853 | 117,550 | 119,114 | 120,914 | 122,523 |
| | 1,6% | 1,4% | 1,6% | 1,7% | 1,5% | 1,3% | 1,5% | 1,3% |
| AUSRÜSTUNGSINVESTITIONEN | 107,261 | 108,121 | 108,835 | 109,923 | 110,748 | 111,578 | 112,694 | 113,539 |
| | 1,4% | 0,8% | 0,7% | 1,0% | 0,8% | 0,8% | 1,0% | 0,8% |
| BAUINVESTITIONEN | 114,288 | 116,640 | 119,901 | 123,018 | 125,848 | 128,365 | 131,060 | 133,681 |
| | 1,9% | 2,1% | 2,8% | 2,6% | 2,3% | 2,0% | 2,1% | 2,0% |
| INLANDSNACHFRAGE | 110,505 | 111,469 | 113,479 | 115,760 | 117,922 | 119,993 | 122,107 | 124,202 |
| | 1,9% | 0,9% | 1,8% | 2,0% | 1,9% | 1,8% | 1,8% | 1,7% |
| EXPORTE I.W.S. | 104,727 | 104,052 | 106,359 | 108,096 | 109,626 | 111,410 | 113,048 | 114,710 |
| | -0,6% | -0,6% | 2,2% | 1,6% | 1,4% | 1,6% | 1,5% | 1,5% |
| IMPORTE I.W.S. | 104,961 | 103,730 | 106,569 | 108,480 | 109,964 | 111,745 | 113,337 | 114,954 |
| | -1,6% | -1,2% | 2,7% | 1,8% | 1,4% | 1,6% | 1,4% | 1,4% |
| BIP ZU MARKTPREISEN | 110,198 | 111,398 | 113,131 | 115,245 | 117,369 | 119,413 | 121,512 | 123,606 |
| | 2,3% | 1,1% | 1,6% | 1,9% | 1,8% | 1,7% | 1,8% | 1,7% |

TAB. 5: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| WARENEXPORTE | 128,747 | 128,925 | 140,045 | 149,821 | 158,141 | 165,730 | 174,094 | 182,792 |
| | 2,1% | 0,1% | 8,6% | 7,0% | 5,6% | 4,8% | 5,0% | 5,0% |
| EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 38,641 | 40,180 | 43,004 | 45,616 | 48,155 | 50,960 | 54,058 | 57,207 |
| | 2,9% | 4,0% | 7,0% | 6,1% | 5,6% | 5,8% | 6,1% | 5,8% |
| REISEVERKEHR | 14,957 | 15,535 | 16,347 | 17,048 | 17,650 | 18,184 | 18,779 | 19,394 |
| | 5,3% | 3,9% | 5,2% | 4,3% | 3,5% | 3,0% | 3,3% | 3,3% |
| EXPORTE I.W.S. | 182,345 | 184,639 | 199,395 | 212,486 | 223,946 | 234,873 | 246,931 | 259,394 |
| | 2,5% | 1,3% | 8,0% | 6,6% | 5,4% | 4,9% | 5,1% | 5,0% |
| WARENIMPORTE | 126,608 | 128,566 | 139,514 | 146,924 | 153,595 | 160,576 | 168,111 | 176,595 |
| | 1,1% | 1,5% | 8,5% | 5,3% | 4,5% | 4,5% | 4,7% | 5,0% |
| IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 35,383 | 36,339 | 39,805 | 42,428 | 44,897 | 47,513 | 50,401 | 53,337 |
| | 2,8% | 2,7% | 9,5% | 6,6% | 5,8% | 5,8% | 6,1% | 5,8% |
| REISEVERKEHR | 7,515 | 7,875 | 8,376 | 8,672 | 8,890 | 9,136 | 9,366 | 9,577 |
| | 2,3% | 4,8% | 6,4% | 3,5% | 2,5% | 2,8% | 2,5% | 2,3% |
| IMPORTE I.W.S. | 169,506 | 172,780 | 187,695 | 198,023 | 207,382 | 217,224 | 227,878 | 239,510 |
| | 1,5% | 1,9% | 8,6% | 5,5% | 4,7% | 4,7% | 4,9% | 5,1% |

TAB. 6: EXPORTE UND IMPORTE LT. VGR (MRD. € VERKETTET AUF BASIS VON VORJAHRESPREISEN REFERENZJAHR 2010)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| WARENEXPORTE | 126,362 | 128,055 | 135,803 | 143,137 | 149,220 | 154,070 | 159,847 | 165,762 |
| | 3,1% | 1,3% | 6,1% | 5,4% | 4,3% | 3,3% | 3,8% | 3,7% |
| EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 34,514 | 35,787 | 37,802 | 39,409 | 40,887 | 42,420 | 44,117 | 45,771 |
| | 2,8% | 3,7% | 5,6% | 4,3% | 3,8% | 3,8% | 4,0% | 3,8% |
| REISEVERKEHR | 13,175 | 13,477 | 13,794 | 14,036 | 14,246 | 14,424 | 14,605 | 14,787 |
| | 4,2% | 2,3% | 2,4% | 1,8% | 1,5% | 1,3% | 1,3% | 1,3% |
| EXPORTE I.W.S. | 174,115 | 177,450 | 187,474 | 196,572 | 204,281 | 210,818 | 218,430 | 226,129 |
| | 3,1% | 1,9% | 5,6% | 4,9% | 3,9% | 3,2% | 3,6% | 3,5% |
| WARENIMPORTE | 123,281 | 127,250 | 133,736 | 138,416 | 142,915 | 147,202 | 152,207 | 157,915 |
| | 3,7% | 3,2% | 5,1% | 3,5% | 3,3% | 3,0% | 3,4% | 3,8% |
| IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 31,739 | 32,652 | 35,232 | 36,818 | 38,291 | 39,726 | 41,315 | 42,865 |
| | 1,6% | 2,9% | 7,9% | 4,5% | 4,0% | 3,8% | 4,0% | 3,8% |
| REISEVERKEHR | 6,556 | 6,757 | 7,177 | 7,320 | 7,393 | 7,467 | 7,542 | 7,599 |
| | 1,1% | 3,1% | 6,2% | 2,0% | 1,0% | 1,0% | 1,0% | 0,8% |
| IMPORTE I.W.S. | 161,495 | 166,567 | 176,125 | 182,544 | 188,591 | 194,393 | 201,062 | 208,353 |
| | 3,1% | 3,1% | 5,7% | 3,6% | 3,3% | 3,1% | 3,4% | 3,6% |

TAB. 7: EXPORT- UND IMPORTPREISINDIZES LT. VGR (2010 = 100)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| WARENEXPORTE | 101,888 | 100,679 | 103,123 | 104,670 | 105,978 | 107,568 | 108,913 | 110,274 |
| | -1,0% | -1,2% | 2,4% | 1,5% | 1,3% | 1,5% | 1,3% | 1,3% |
| EXPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 111,955 | 112,276 | 113,760 | 115,751 | 117,776 | 120,132 | 122,534 | 124,985 |
| | 0,2% | 0,3% | 1,3% | 1,8% | 1,8% | 2,0% | 2,0% | 2,0% |
| REISEVERKEHR | 113,530 | 115,266 | 118,502 | 121,464 | 123,894 | 126,062 | 128,583 | 131,155 |
| | 1,1% | 1,5% | 2,8% | 2,5% | 2,0% | 1,8% | 2,0% | 2,0% |
| EXPORTE I.W.S. | 104,727 | 104,052 | 106,359 | 108,096 | 109,626 | 111,410 | 113,048 | 114,710 |
| | -0,6% | -0,6% | 2,2% | 1,6% | 1,4% | 1,6% | 1,5% | 1,5% |
| WARENIMPORTE | 102,699 | 101,035 | 104,320 | 106,146 | 107,473 | 109,085 | 110,449 | 111,829 |
| | -2,4% | -1,6% | 3,3% | 1,8% | 1,3% | 1,5% | 1,3% | 1,3% |
| IMPORTE VON SONSTIGEN DIENSTLEISTUNGEN | 111,480 | 111,293 | 112,979 | 115,238 | 117,255 | 119,600 | 121,992 | 124,432 |
| | 1,1% | -0,2% | 1,5% | 2,0% | 1,8% | 2,0% | 2,0% | 2,0% |
| REISEVERKEHR | 114,631 | 116,539 | 116,712 | 118,462 | 120,239 | 122,343 | 124,179 | 126,041 |
| | 1,2% | 1,7% | 0,1% | 1,5% | 1,5% | 1,8% | 1,5% | 1,5% |
| IMPORTE I.W.S. | 104,961 | 103,730 | 106,569 | 108,480 | 109,964 | 111,745 | 113,337 | 114,954 |
| | -1,6% | -1,2% | 2,7% | 1,8% | 1,4% | 1,6% | 1,4% | 1,4% |
| TERMS OF TRADE, GESAMT | 99,777 | 100,310 | 99,803 | 99,646 | 99,693 | 99,701 | 99,745 | 99,788 |
| | 1,0% | 0,5% | -0,5% | -0,2% | 0,0% | 0,0% | 0,0% | 0,0% |
| TERMS OF TRADE, GÜTER | 99,210 | 99,648 | 98,852 | 98,609 | 98,609 | 98,609 | 98,609 | 98,609 |
| | 1,5% | 0,4% | -0,8% | -0,2% | 0,0% | 0,0% | 0,0% | 0,0% |

TAB. 8: AUSSENHANDELSVERFLECHTUNG ÖSTERREICHS (PROZENT BZW. PROZENTPUNKTE)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| IMPORTQUOTE, GESAMT | 49,205 | 48,905 | 50,771 | 51,112 | 51,668 | 52,362 | 53,019 | 53,891 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | -0,925 | -0,299 | 1,866 | 0,341 | 0,556 | 0,694 | 0,657 | 0,872 |
| IMPORTQUOTE, GÜTER | 36,752 | 36,390 | 37,738 | 37,923 | 38,267 | 38,707 | 39,114 | 39,735 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | -0,837 | -0,362 | 1,348 | 0,184 | 0,345 | 0,440 | 0,406 | 0,621 |
| EXPORTQUOTE, GESAMT | 52,931 | 52,262 | 53,936 | 54,845 | 55,795 | 56,617 | 57,452 | 58,365 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | -0,468 | -0,670 | 1,675 | 0,909 | 0,950 | 0,822 | 0,836 | 0,912 |
| EXPORTQUOTE, GÜTER | 37,373 | 36,492 | 37,882 | 38,671 | 39,400 | 39,950 | 40,506 | 41,129 |
| ABSOLUTE DIFFERENZEN | -0,490 | -0,881 | 1,390 | 0,789 | 0,729 | 0,549 | 0,556 | 0,624 |

TAB. 9: ARBEITSMARKT (1000 PERSONEN BZW. PROZENT)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ERWERBSFÄHIGE BEVÖLKERUNG | 5554,650<br>0,9% | 5612,242<br>1,0% | 5627,149<br>0,3% | 5634,402<br>0,1% | 5638,576<br>0,1% | 5638,332<br>0,0% | 5632,114<br>-0,1% | 5621,025<br>-0,2% |
| ERWERBSQUOTE | 78,662<br>0,9% | 78,988<br>0,4% | 79,788<br>1,0% | 80,617<br>1,0% | 81,343<br>0,9% | 82,156<br>1,0% | 82,978<br>1,0% | 83,824<br>1,0% |
| ERWERBSPERSONEN | 4369,385<br>1,8% | 4432,984<br>1,5% | 4489,772<br>1,3% | 4542,313<br>1,2% | 4586,589<br>1,0% | 4632,255<br>1,0% | 4673,418<br>0,9% | 4711,791<br>0,8% |
| INLÄNDISCHE ERWERBSPERSONEN | 3657,227<br>0,9% | 3679,503<br>0,6% | 3691,909<br>0,3% | 3694,584<br>0,1% | 3698,592<br>0,1% | 3708,738<br>0,3% | 3717,578<br>0,2% | 3727,276<br>0,3% |
| AUSLÄNDISCHES ARBEITS-KRÄFTEANGEBOT | 712,158<br>6,4% | 753,482<br>5,8% | 797,863<br>5,9% | 847,730<br>6,3% | 887,997<br>4,8% | 923,517<br>4,0% | 955,840<br>3,5% | 984,515<br>3,0% |
| SELBSTÄNDIG ERWERBSTÄTIGE | 480,200<br>2,0% | 488,800<br>1,8% | 494,500<br>1,2% | 496,478<br>0,4% | 498,960<br>0,5% | 500,208<br>0,3% | 502,709<br>0,5% | 503,966<br>0,3% |
| UNSELBSTÄNDIGES ARBEITSKRÄFTEANGEBOT | 3889,185<br>1,7% | 3944,184<br>1,4% | 3995,272<br>1,3% | 4045,835<br>1,3% | 4087,629<br>1,0% | 4132,047<br>1,1% | 4170,709<br>0,9% | 4207,826<br>0,9% |
| UNSELBSTÄNDIG AKTIV-BESCHÄFTIGTE | 3448,745<br>1,0% | 3502,431<br>1,6% | 3573,088<br>2,0% | 3655,269<br>2,3% | 3700,960<br>1,3% | 3737,970<br>1,0% | 3779,087<br>1,1% | 3816,878<br>1,0% |
| K(U)G-BEZ., ST-DLU UND PRÄSENZDIENER | 86,109<br>-2,0% | 84,440<br>-1,9% | 82,208<br>-2,7% | 80,153<br>-2,5% | 80,153<br>0,0% | 80,153<br>0,0% | 80,153<br>0,0% | 80,153<br>0,0% |
| ARBEITSLOSE | 354,332<br>11,0% | 357,313<br>0,8% | 339,976<br>-4,9% | 310,413<br>-8,7% | 306,516<br>-1,3% | 313,924<br>2,4% | 311,468<br>-0,8% | 310,794<br>-0,2% |
| ARBEITSLOSENQUOTE NAT.DEF.<br>ABSOLUTE DIFFERENZEN | 9,111<br>0,757 | 9,059<br>-0,051 | 8,509<br>-0,550 | 7,672<br>-0,837 | 7,499<br>-0,174 | 7,597<br>0,099 | 7,468<br>-0,129 | 7,386<br>-0,082 |

TAB. 10: EINKOMMENSVERTEILUNG (MRD. € ZU LAUFENDEN PREISEN)

| | 2015 | 2016 | 2017 | 2018 | 2019 | 2020 | 2021 | 2022 |
|---|---|---|---|---|---|---|---|---|
| ARBEITNEHMERENTGELT | 163,818 | 170,090 | 176,113 | 184,667 | 191,183 | 197,922 | 205,302 | 212,746 |
| LAUT VGR | 3,2% | 3,8% | 3,5% | 4,9% | 3,5% | 3,5% | 3,7% | 3,6% |
| BRUTTOBETRIEBSÜBERSCHUSS/ | 136,145 | 138,069 | 147,191 | 154,988 | 161,102 | 166,611 | 172,928 | 178,827 |
| SELBSTSTÄNDIGENEINKOMMEN | 3,3% | 1,4% | 6,6% | 5,3% | 3,9% | 3,4% | 3,8% | 3,4% |
| PRODUKTIONSABGABEN | 44,529 | 45,138 | 46,382 | 47,773 | 49,087 | 50,314 | 51,572 | 52,861 |
| MINUS SUBVENTIONEN | 4,9% | 1,4% | 2,8% | 3,0% | 2,8% | 2,5% | 2,5% | 2,5% |
| BIP ZU MARKTPREISEN NOMINELL | 344,493 | 353,297 | 369,686 | 387,429 | 401,371 | 414,847 | 429,802 | 444,435 |
| | 3,4% | 2,6% | 4,6% | 4,8% | 3,6% | 3,4% | 3,6% | 3,4% |
| PRIMÄREINKOMMEN | -2,523 | -0,180 | 0,730 | 0,745 | 0,759 | 0,775 | 0,790 | 0,806 |
| AUS DEM AUSLAND, NETTO | -675,3% | -92,9% | -505,8% | 2,0% | 2,0% | 2,0% | 2,0% | 2,0% |
| ABSCHREIBUNGEN | 61,802 | 63,578 | 66,250 | 68,734 | 71,140 | 73,808 | 76,576 | 79,256 |
| LAUT VGR | 2,9% | 2,9% | 4,2% | 3,8% | 3,5% | 3,8% | 3,8% | 3,5% |
| NETTO-NATIONALEINKOMMEN | 280,169 | 289,539 | 304,166 | 319,439 | 330,991 | 341,814 | 354,016 | 365,985 |
| ZU MARKTPREISEN | 2,5% | 3,3% | 5,1% | 5,0% | 3,6% | 3,3% | 3,6% | 3,4% |
| LAUFENDE TRANSFERS | -3,201 | -3,686 | -3,000 | -3,060 | -3,121 | -3,184 | -3,247 | -3,312 |
| AUS DEM AUSLAND, NETTO | 2,8% | 15,2% | -18,6% | 2,0% | 2,0% | 2,0% | 2,0% | 2,0% |
| VERFÜGBARES NETTOEINKOMMEN | 276,968 | 285,853 | 301,166 | 316,379 | 327,870 | 338,630 | 350,769 | 362,673 |
| DER VOLKSWIRTSCHAFT | 2,5% | 3,2% | 5,4% | 5,1% | 3,6% | 3,3% | 3,6% | 3,4% |

Autoren: Benjamin Bittschi, Ines Fortin, Daniela Grozea-Helmenstein, Jaroslava Hlouskova, Helmut Hofer, Sebastian Koch, Martin G. Kocher, Robert M. Kunst, Michael Reiter, Edith Skriner, Klaus Weyerstraß

Titel: Mittelfristige Prognose der österreichischen Wirtschaft 2018 – 2022: Wachstumskurs durch Strukturreformen stützen
Wirtschaftsprognose / Economic Forecast 103

Redaktion: Bianca Brandl

© 2018 Institut für Höhere Studien – Institute for Advanced Studies (IHS)
Eigentümer, Herausgeber und Hersteller: Institut für Höhere Studien (IHS)
Josefstädter Straße 39, 1080 Wien ♦ ☎ +43 1 59991-0 ♦ Fax +43 1 59991-555 ♦ http://www.ihs.ac.at